

Eintausend Stunden ehrenamtlich im Dienst für Blinde und Sehbehinderte

So übernahm Elke Hefner einen Teil dieser Aufgaben. Zuerst half sie beim Versand der Hörabonnements. Schnell stellte sich heraus, dass sie auch bei den Aufnahmen im Tonstudio der Blindenhörbücherei mithelfen konnte. Seitdem sorgte sie wöchentlich bis zu drei Vormittage am Mischpult für gute Aufnahmen.

300 Tage, 1.000 Stunden und 23.000 Kilometer

Zum Jahresende verabschiedete sich Elke Hefner vom Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“, nachdem sie in unmittelbarer Wohnortnähe mittlerweile einige ehrenamtliche Aufgaben übernommen hat. Der Leiter der Blindenhörbücherei, Pastor Andre Thäder, dankte ihr für ihren Dienst für blinde und sehbehinderte Menschen und wünschte ihr den Segen Gottes für ihre neuen Aufgaben. In den letzten viereinhalb Jahren war Elke Hefner an fast 300 Tagen mit über 1.000 Stunden und gut 23.000 gefahrenen Kilometern tätig.

Die Blindenhörbücherei sucht nun neue ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Interessierte können sich bei Andre Thäder melden: Telefon-Nr. 0 62 57 – 506 53 35 oder E-Mail: bhb@stimme-der-hoffnung.de

Rund 2.400 registrierte Hörer

Die adventistische Einrichtung verzeichnet rund 2.400 Nutzer an die jährlich über 18.000 CDs und rund 5.000 Kassetten ausgeliehen werden. Die Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“ bietet neben der Vertonung von Büchern auch Zeitschriften und Informationen in verschiedenen Audio-Formaten an. Etwa regelmäßig erscheinende Zeitschriften der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, aber auch

Materialien der Stadt Darmstadt sowie des Blinden- und Sehbehindertenbundes Hessen e.V. und der Blindenseelsorge der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Ein Katalog mit allen Angeboten kann bei der Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“, Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein, Telefon 06257 – 506 53-35, Telefax (06257) 506 53-84, E-Mail andre.thaeder@stimme-der-hoffnung.de, angefordert werden. Anfragen sind außerdem in Braille-Schrift möglich.

Robert Folkenberg, ehemaliger adventistischer Weltkirchenpräsident, gestorben

Ein fliegender Missionar

Am 1. Januar 1941 in Puerto Rico als Sohn eines Missionarsehepaares geboren, wuchs Folkenberg in den Vereinigten Staaten und in Kuba auf. Nach seinem Studium am Atlantic Union College (USA), am Newbold College (England) und an der Andrews University (USA) verbrachte er die meiste Zeit seines Kirchendienstes in Lateinamerika. 1970 gründete er ein Krankenhaus der Freikirche in Honduras und leitete es bis 1973. Er war mitverantwortlich für den Auf- und Ausbau adventistischer Mittelwellen- und UKW-Radiostationen in Guatemala, in der Dominikanischen Republik, in Costa Rica, auf Haiti, Puerto Rico, Guadeloupe und Martinique. Als

begeisterter Pilot sammelte er in dieser Zeit über 2.000 Flugstunden.

Innovationsfreudiger Präsident

Während der Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) der adventistischen Kirche 1990 in Indianapolis, Indiana/USA, die damals weltweit über zehn Millionen erwachsene getaufte Mitglieder zählte, wurde er zum Präsidenten der Weltkirche gewählt.

Während seiner Präsidentschaft bis Februar 1999 förderte er weltweit den Einsatz moderner Kommunikationsmedien in der Kirche; so führte er in der Kirche zum Beispiel CompuServe, das damals weltweit größte Online-Portal und Wegbereiter für die Nutzung des Internets in Privathaushalten, ein.

In seiner Dienstzeit als Präsident jährte sich 1994 die Enttäuschung der auf das zweite Kommen Jesu wartenden Milleriten zum 150. Mal. Aus diesem Anlass schrieb Folkenberg das Buch *We Still Believe!* (Wir glauben noch!). Damit wollte er seine Überzeugung teilen, „dass der Lauf der Zeit nichts von unserer Glaubensgewissheit weggenommen hat. Die ‚Verzögerung‘ hat tatsächlich lange gedauert. Wir hatten damit gerechnet, längst im Reich Gottes zu sein. Aber immer noch gilt: ‚... wir haben an Christus Anteil bekommen, wenn wir die Zuversicht vom Anfang bis zum Ende festhalten.‘“ (Hebräer 3,14)

Seine Vision: Jeder Adventist ein Missionar!

Am stärksten schlug Folkenbergs Herz für die weltweite Mission bzw. Evangelisation. Dank der Initiative „Global Mission“ entstanden weltweit Tausende von Gemeinden. Für ihn war das missionarische Engagement eines jeden Gemeindegliedes keine Option, sondern Pflicht. Sein Einsatz für die weltweite Mission steigerte sich noch, nachdem er im Februar 1999 von seinem Amt zurücktrat: Er gründete und leitete die Initiative „Share Him“, mit der die Ausbildung und der weltweite Einsatz von Nicht-Theologen als Evangelisten ermöglicht wurde. Auch im

deutschsprachigen Raum nahmen zahlreiche Adventisten verschiedener Altersstufen und Berufe dieses Angebot an, Kurz-evangelisation auf unterschiedlichen Kontinenten der Welt zu halten.

Sowohl sein Nachfolger als Präsident der Weltkirche, Pastor Jan Paulsen, als auch der derzeitige Präsident Ted Wilson, betonten in ersten Stellungnahmen Folkenbergs Innovationsgeist und seine Begeisterung für die Mission.

Innerhalb seiner Familie trauern u. a. seine Frau Anita Emmerson, sein Sohn Robert Jr., seine Tochter Kathi und fünf Enkelkinder. Robert Folkenberg Jr. ist Präsident der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in China.

Öffentliche Weihnachtsfeier der Adventisten auf der arabischen Halbinsel

Den Priestern habe das Weihnachtsspiel so gut gefallen, dass sie die Adventisten gebeten hätten, dieses nochmals aufzuführen, damit sie gemeinsam mit ihren Kirchenmitgliedern teilnehmen könnten, so Omar Tubungbanua, Organisator der Veranstaltung.

Die Besucher seien in Gruppen bis zu 20 Personen durch verschiedene Stationen des Weihnachtsgeschehens geführt worden. Schauspieler hätten das biblische Geschehen in Szenen gespielt, erzählt oder musikalisch und gesanglich

dargestellt: Stall und Krippe; Haus des Gastwirts; Herodes Thronsaal; Szene mit den Weisen oder den Hirten.

Die Szenen seien dem biblischen Bericht nachempfunden worden und hätten keine traditionellen Weihnachtsmythen enthalten, sagte Pastor Steven Manoukian, Präsident der adventistischen Kirchenleitung in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Sie hätten damit den nicht-christlichen Nachbarn den biblischen Hintergrund von Weihnachten nahebringen und die Siebentags-Adventisten als christliche Kirche darstellen wollen, die Jesus als Zentrum und Mitte ihres Glaubens habe, so Manoukian.

Adventisten in den Vereinigten Arabischen Emiraten

Zur adventistischen Kirchenleitung im Golf-Feld gehören die Staaten Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Vereinigte Arabische Emirate (VAE) sowie Jemen. Ra's al-Chaima ist eines der sieben Vereinigten Arabischen Emirate. Im Golf-Feld gibt es 16 adventistische Kirchen und fünf kirchliche Gruppen, davon sind acht Kirchgemeinden und zwei Gruppen in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Im Golf-Feld sind sieben adventistische Pastoren tätig. Umm al-Qaiwain ist das einzige Emirat der VAE ohne adventistische Gruppe oder Kirchgemeinde. Die dort lebenden Adventisten versammelten sich im nahegelegenen Emirat Ra's al-Chaima. Die adventistische Kirche in Ra's al-Chaima, Hauptsitz der adventistischen Kirchenleitung der Golfregion, bietet 1.000 Gottesdienstbesuchern Platz.

In den sieben Vereinigten Arabischen Emiraten leben 5,47 Millionen Einwohner. Davon sind rund 80 Prozent Arbeitsimmigranten, vorwiegend Asiaten, aus denen sich auch die überwiegende Mehrheit der Adventisten in der Föderation der VAE zusammensetzt.

Website der adventistischen Kirchenleitung in den Vereinigten Arabischen Emiraten: <http://adventistgulf.org/>

2015 kein gutes Jahr für Kriegsdienstverweigerer

„Während in früheren Jahren teils signifikante Fortschritte bei der Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung zu verzeichnen waren, war dies 2015 in Europa anders“, bilanzierte der Vorsitzende von EBCO, Friedhelm Schneider aus Speyer, die aktuelle Situation. Er sah dabei Probleme auf verschiedenen Ebenen.

Neue Dringlichkeit zur Aufnahme verfolgter Kriegsdienstverweigerer

Obwohl durch die Rechtsprechung des Straßburger Menschenrechtsgerichtshofes die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Menschenrecht anerkannt und ihr Schutz demnach für die 47 Europarats-Mitgliedsstaaten verbindlich zu gewährleisten ist, würden sich einige Europarats-Staaten wie die Türkei oder Griechenland ebenso beharrlich wie ungestraft weigern, dieses Recht nicht-diskriminierend umzusetzen, kritisierte Schneider.

Die Entwicklung in der Ukraine und in ihrem Umfeld zeige zudem, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gerade dann verwehrt bleibe, wenn es am wichtigsten sei: im Kriegsfall, so der EBCO-Vorsitzende. Zum ersten Mal seit 1945 sei zudem in europäischen Staaten die Wehrpflicht nach ihrer Aussetzung wieder eingeführt worden, in der Ukraine und in Litauen, bedauerte Schneider.

Und schließlich gewinne nach Darstellung der EBCO-Studie die Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern, die in ihrem Herkunftsland verfolgt werden, eine neue Dringlichkeit. Schneider: „In diesem Zusammenhang bleibt zu beachten, dass

ein als sicheres Herkunftsland deklariertes Staat nicht unbedingt ein Land ist, in dem das Recht auf Kriegsdienstverweigerung geachtet wird.“

Verletzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung „ein Skandal“

Dass Mitgliedsstaaten des Europarats und mit Griechenland auch der Europäischen Union das Recht auf Kriegsdienstverweigerung völkerrechtswidrig und dauerhaft verletzt, ist nach Ansicht Friedhelm Schneiders „ein Skandal“. Und dass Mitglieder europäischer Institutionen, in denen auch Deutschland vertreten sei, sich offenbar an diesen skandalösen Zustand gewöhnt hätten, bleibe beschämend, fügte er hinzu.

Der Speyerer Ruhestandspfarrer, der die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) in der Menschenrechtsorganisation EBCO vertritt, sprach sich bei der Vorlage des Jahresberichtes dafür aus, dass die evangelische Kirche sich bei Begegnungen mit Politikern stärker im Sinne der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 engagiere. Darin heißt es, dass die evangelische Kirche die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Menschenrecht betrachte und sich dafür einsetze, dies auch im Bereich der Europäischen Union verbindlich zu gewährleisten, so Friedhelm Schneider.

Die EBCO-Studie „Kriegsdienstverweigerung in Europa 2015“ ist die derzeit umfassendste und aktuellste Veröffentlichung zum Thema. Ihr englischsprachiger Text kann im Internet heruntergeladen werden unter www.ebco-beoc.org

Hope Channel Radio ab Januar 2016 mit neuen Sendeprogrammen

Jeden Monat soll es unter dem Sendetitel „Youngsta“ zwei kurze Beiträge geben, die jeden Samstag um 13:00 Uhr, sonntags um 15:00 Uhr und dienstags um 11:00 Uhr zu hören sind. Im Januar geht es um die Themen: „Jesus, wahrer Gott“ und „Gemeinde in BE-WEG-UNG“.

In der neuen Radioreihe „Fenster auf! Leben entdecken.“ geht es um unterschiedliche Themen, die im täglichen Sendeprogramm zu verschiedenen Zeiten eingestreut werden. Ebenfalls neu im Programm sind über den Tag verteilte Kurzbeiträge unter dem Sendemotto „Lebenszeichen“. Sie sollen den Radiozuhörern Mut machen, zum Nachdenken anregen oder Hoffnung geben.

Hope Channel Radio gehört zum Medienzentrum Stimme der Hoffnung e.V. mit Sitz in Alsbach-Hähnlein. Träger des Vereins ist die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Weitere Informationen unter: www.hope-channel.de

Vorbereitungstagung der Panorthodoxen Synode ohne

Kommuniqué beendet

In einer Mitteilung des Außenamtes des Moskauer Patriarchats hieß es, die von der Kommission begonnene Arbeit an einem Entwurf für den Ablauf des Panorthodoxen Konzils solle im „vorkonziliaren Prozess“ fortgesetzt werden. Die nächste Etappe dieses Prozesses ist eine für Januar 2016 vorgesehene „Synaxis“ (Versammlung) der Oberhäupter der 14 autokephalen Kirchen auf Einladung des Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I.

Das Panorthodoxe Konzil soll zu Pfingsten 2016 in der Irenenkirche in Istanbul (Konstantinopel) eröffnet werden, jedoch sind in jüngster Zeit Zweifel an dieser Ortswahl laut geworden.

Bei der Tagung der Spezialkommission hatte erneut der emeritierte Metropolit von Pergamon, Ioannis (Zizioulas), den Vorsitz inne. Die Delegation des Moskauer Patriarchats wurde von Metropolit Hilarion (Alfejew) geleitet. Auch die orthodoxe Kirche der tschechischen Länder und der Slowakei – deren Metropolitenwahl durch Konstantinopel in Frage gestellt wird – war in Athen präsent; sie wurde durch Erzbischof Juraj (Stransky) von Michalovce und Kosice vertreten.

Laut Bericht der griechischen Website „Romfea“ kam es bereits am 17. Dezember bei der Diskussion über den Entwurf für den Ablauf des Panorthodoxen Konzils zu „Spannungen und Hindernissen“. Dabei soll es vor allem um das Konsens-Prinzip gegangen sein, auf das sich die Oberhäupter der 14 Kirchen bei einer „Synaxis“ im März 2014 geeinigt hatten. Laut „Romfea“ hätten aber die Repräsentanten des Ökumenischen Patriarchats „und anderer Kirchen“ in Athen „übermenschliche Anstrengungen“ unternommen, um die divergierenden Standpunkte zu versöhnen.

Vor allem die Delegation des Patriarchats von Antiochien – das sich wegen der kanonischen Zuständigkeit für das Golf-

Fürstentum Katar in einem Konflikt mit dem Patriarchat von Jerusalem befindet – soll geltend gemacht haben, dass die Beschlüsse der Panorthodoxen Synode nichtig seien, wenn eine der 14 Kirchen die Versammlung verlasse und die Beschlüsse nicht unterschreibe. Beobachter schließen daraus, dass Antiochien mit dieser Drohung eine Lösung des Katar-Problems zu seinen Gunsten erreichen will.

Metropolit Hilarion traf während seines Aufenthalts in Athen auch mit dem Oberhaupt der orthodoxen Kirche von Griechenland, Erzbischof Hieronymos (Liapis) von Athen, zusammen. Bei der Begegnung im Erzbischöflichen Palais der griechischen Hauptstadt sei es um „verschiedene Themen der panorthodoxen Tagesordnung“ gegangen.

Kirchen und Friedensverbände gegen militärischen Einsatz in Syrien

Zur Besonnenheit ermutigen

In einem offenen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages betrachtet der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden den Beschluss des Parlaments mit Sorge und distanziert sich ausdrücklich von der Entscheidung. In den Schreiben heißt es: „Die Terroranschläge in Paris waren ein Verbrechen, kein militärischer Angriff auf Frankreich und seine Verbündeten.“ Und weiter: „Auch wir meinen, dass wir unsere französischen Freunde in dieser Zeit der Bestürzung nicht alleine lassen dürfen. Ein Zeichen echter Freundschaft

wäre es nun, sie auch kritisch zu begleiten. Die Kriegsrhetorik und der Aufruf zu den Waffen erscheint uns von dem reflexhaften Wunsch nach Vergeltung und Bestrafung der vermeintlichen Täter getrieben zu sein. Solidarität müsste sich darin erweisen, vor blindwütigem Handeln zu bewahren und zur Besonnenheit zu ermutigen.“

Der Vorstand zeigt sich nicht davon überzeugt, „dass durch weitere militärische Einsätze mehr Sicherheit geschaffen“ würde, sondern befürchtet „in der Folge eine noch stärkere Ausbreitung des Terrors, da militärische Einsätze genau der Gewaltlogik folgen, die von Terroristen kultiviert wird.“

Der Brief kann im Internet heruntergeladen werden unter <http://www.mennonews.de/wp-content/uploads/2015/12/2015-12-AMG-Brief-zum-Militaerischen-Einsatz-Syrien.pdf>

Zur Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland (AMG) gehören drei mennonitische Gemeindeverbände mit insgesamt 54 Gemeinden. Mennoniten verstehen sich als Teil der weltweiten Christenheit und gelten als älteste Freikirche und historische Friedenskirche. Weitere Informationen unter www.mennoniten.de

Ausweitung der Gewalt befürchtet

Auch die Vorstände der beiden evangelischen Friedensverbände Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) kritisieren den Einsatz der Bundeswehr in Syrien und befürchten dadurch eine Ausweitung der Gewalt. Stattdessen fordern AGDF und EAK politische Verhandlungen und ein verstärktes zivilgesellschaftliches Engagement, heißt es in einem gemeinsamen Vorstandsbeschluss beider Verbände.

Nach Ansicht von AGDF und EAK bedeute das militärische Eingreifen neuer Staaten in Syrien eine weitere Eskalation der Gewalt mit vielen weiteren zivilen Opfern und führe zu einer Stärkung des islamistischen Terrorismus in der Region.

„Terroristen sind mit rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen, dem IS-Terror müssen seine Grundlagen (Finanzen, Waffen, Ideologie, Zulauf) entzogen werden“, betonen die beiden Organisationen.

Deutschland trage wie andere westliche Staaten eine Mitschuld an den Ursachen des Terrors. Notwendig seien ein Verbot von Rüstungsexporten, Mittel gewaltfreier Konflikttransformation sowie langfristige Strategien für mehr wirtschaftliche Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit, unterstreichen EAK und AGDF. „Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer in den vielen Orten, in denen Opfer des Terrorismus zu beklagen sind, und der Opfer von Krieg“, hoben die beiden Friedensverbände hervor.

Fehlendes UN-Mandat

AGDF und EAK unterstützen damit ausdrücklich die Position des Friedensbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland, Renke Brahms, dessen Stellungnahme sie begrüßten. Brahms hatte in einem Positionspapier am 2. Dezember vor einem Einsatz der Bundeswehr in Syrien gewarnt und dabei auch auf das fehlende Mandat des UN-Sicherheitsrates hingewiesen, welches nach den Grundsätzen evangelischer Friedensethik für einen militärischen Einsatz als äußerstes Mittel einer rechtserhaltenden Gewalt zwingend erforderlich sei. Der EKD-Friedensbeauftragte hatte zudem betont, dass eine militärische Intervention den sogenannten Islamischen Staat nur stärken und die immer lauter werdende Kriegsrhetorik in die Irre führe.

Gewaltspirale beenden und den Dialog suchen

Zuvor hatte bereits der Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten in Großbritannien und Irland, Pastor Ian Sweeney, die Entscheidung des britischen Parlaments kritisiert, mit Luftangriffen in den Syrienkonflikt einzugreifen. Er rief dazu auf, die Gewaltspirale zu beenden und den Dialog zu suchen, da Gewalt nur das erzeuge, was sie beseitigen wolle. Dunkelheit könne die Dunkelheit nicht vertreiben, das schaffe nur das Licht.

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten sehe durchaus, dass die Bekämpfung des Terrorismus sowie Fragen in dessen Zusammenhang komplex und sehr vielfältig seien. Dennoch wären die Adventisten dem Frieden verpflichtet. Sie appellierten deshalb an alle am Syrienkonflikt beteiligten Parteien, die militärischen Aktivitäten einzustellen und sich friedlichen Konfliktlösungsmethoden zuzuwenden. „Es ist unsere Überzeugung, dass Dialog und Verhandlungen zwar schwierig, aber Gewalt und Krieg vorzuziehen sind“, so Sweeney. Die Schwäche der Gewalt sei, dass sie eine Spirale nach unten darstelle und genau das erzeuge, was sie zu zerstören suche. Anstatt das Übel zu vermindern, vervielfältige sie es. Das gelte sinngemäß auch für den Bundeswehreinsatz in Syrien, betonte Holger Teubert, Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland.

Online-Suchdienst für Weihnachtsgottesdienste

Zahlreiche katholische Pfarrgemeinden, evangelische Kirchengemeinden sowie andere christliche Kirchen aus dem gesamten Bundesgebiet haben ihre Gottesdienste und Angebote an Heiligabend, den Weihnachtstagen, an Neujahr und am Dreikönigstag in eine umfangreiche Datenbank eingetragen.

Viele Gemeinden haben neben Ort, Termin und Pfarrer oder Pastorin außerdem angegeben, ob die Kirche behindertengerecht ausgestattet ist oder Gottesdienste in Fremdsprachen angeboten

werden. Die Gottesdienste können bei dem Online-Suchdienst der evangelischen und der katholischen Kirche in Deutschland bundesweit recherchiert werden; und zwar nach Konfession, Postleitzahl oder Ort und Termin.

Ganz gleich, ob man zu Hause feiert, zu Besuch bei Verwandten oder in den Urlaub gefahren ist: Auf www.weihnachtsgottesdienste.de findet jeder leicht das passende Angebot für den festlichen Kirchgang. Wer nicht nur an den Feiertagen viel unterwegs ist, kann unter www.wegweiser-gottesdienst.de das ganze Jahr hindurch nach evangelischen, katholischen und anderen christlichen Gottesdiensten in seiner Nähe suchen.

Positive Bilanz beim Thema Kirchenasyl

Während dieser Testphase, an der auch evangelische Freikirchen teilgenommen haben, hätten dazu benannte kirchliche Ansprechpartner Unterlagen zur Überprüfung individueller Härtefälle einreichen können. Nach einer ersten Evaluation dieses Verfahrens kämen beide Seiten zu einer durchweg positiven Bewertung und sprächen sich für eine Weiterführung aus, erläuterten die Deutsche Bischofskonferenz der römisch-katholischen Kirche und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sowie das BAMF in einer gemeinsamen Pressemitteilung.

Im Rahmen der neun Monate dauernden Phase seien beim Bundesamt in insgesamt 300 Einzelfällen entsprechende Dossiers von den kirchlichen Ansprechpartnern eingereicht worden. Dabei wäre es

die den Kindern langfristig eine bessere Zukunft eröffnen. „Ein Päckchen bringt zwar für eine kleine Weile Freude, verändert aber nicht nachhaltig die schlechte Lage der Kinder und Jugendlichen“, gab Emrich zu bedenken.

Erklärung der Adventisten in Tschechien und in der Slowakei zur Frauenordination

Die adventistische Weltsynode in San Antonio, Texas/USA, hat es im Juli 2015 abgelehnt, den weltweit dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) zu gestatten, in ihrem Gebiet tätige adventistische Pastorinnen zu ordinieren.

Laut SPECTRUM argumentiere der Exekutivausschuss der Adventisten in Tschechien und in der Slowakei in seiner Erklärung zur Frauenordination mit der Aussage von Paulus im Brief an die Galater, Kapitel 3, Vers 28: „Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid ‚einer‘ in Christus Jesus.“ (Einheitsübersetzung). Die Adventisten in Böhmen, Mähren, Schlesien und der Slowakei bezögen sich aber auch auf den 14. Glaubensartikel der Siebenten- Tags-Adventisten, „Die Einheit der Gemeinde Christi“, wo festgehalten ist: „Die Gemeinde ist ein Leib mit vielen Gliedern, herausgerufen aus allen Nationen, Geschlechtern, Sprachen und Völkern. In Christus sind die Gläubigen eine neue Schöpfung. Rassistische, kulturelle, bildungsmäßige, nationale, soziale und gesellschaftliche

Unterschiede sowie Unterschiede zwischen Mann und Frau dürfen unter uns nicht trennend wirken.“

Reformation in Böhmen und Mähren versuchte Stellung der Frau wiederherzustellen

Dem Vorbild Jesu als auch der frühen christlichen Kirche folgend, seien im Mittelalter die Reformationsbemühungen in der tschechischen und später auch in der mährischen sowie slowakischen Kirche davon gekennzeichnet gewesen, die Stellung der Frauen in der Kirche wiederherzustellen. Die Verbreitung des Evangeliums durch den Reformator Jan Hus sei von frommen Frauen wie der tschechischen Königin Sophie von Bayern oder später von Anna Bodenstein (von Mochau) stark unterstützt worden, so die Erklärung. Als Nachfahren der Reformation in Mitteleuropa stünden sie mit Stolz zur Verantwortung, dieses geistliche Erbe in Kirche und Gesellschaft wiederzubeleben. Das Streben nach einer würdevollen und gerechten Stellung der Frau gehöre zu den bedeutendsten Werten, aus denen die ehemals gemeinsamen Republiken im letzten Jahrhundert entstanden seien. „Frauen sind bezüglich ihrer sozialen Stellung in der mittel-europäischen Kultur wichtiger als Männer“, schreibt der Exekutivausschuss in der Erklärung.

Keine biblischen oder theologischen Hindernisse für die Frauenordination

Im Mai 2014 hätten deshalb die Delegierten der Generalversammlung der Adventisten in Tschechien und in der Slowakei klar gemacht, dass sie „zustimmen, Frauen in unserer Kirchenregion zum Pastorendienst zu ordinieren“. Ebenso hätten sie ihre volle „Unterstützung der Position des Exekutivausschusses der Intereuropäischen Division [teilkontinentale Kirchenleitung für West- und Südeuropa] zur Frauenordination gegeben“, welche auf der November-Sitzung 2013 beschlossen worden sei. Im Weiteren sei ihre Haltung im Juni 2014 durch den Abschlussbericht des globalen Studienkomitees zur Theologie der Ordination (Theology of Ordination Study Committee, TOSC) bestätigt worden. Dieser

Bericht habe nach zweijährigem Studium festgestellt, dass es keine biblischen oder theologischen Hindernisse für die Frauenordination gäbe.

In der Erklärung der Adventisten in Tschechien und in der Slowakei zur Frauenordination heißt es weiter, dass der Heilige Geist seine Gaben allen Gläubigen, unabhängig vom Geschlecht, zuteile. Zudem hätten Frauen von Anfang an in der Kirche eine wichtige Rolle gespielt. „Ihre Entschlossenheit, Gaben und Talente sind ein Segen für den ganzen Leib Christi.“

Beschluss der Weltsynode als Ausdruck kirchlicher Autorität

Die Entscheidung der adventistischen Weltsynode im Sommer 2015 bezüglich der Frauenordination habe ihn betrübt, schreibt der Exekutivausschuss in der Erklärung, da dieser Beschluss allem vorgängig Erwähnten widerspreche. „Wir verstehen deshalb diese Entscheidung als Ausdruck der kirchlichen Autorität und nicht als eine mit Bezug zur Bibel oder zu unseren Glaubensüberzeugungen, welche die Gleichberechtigung von Männern und Frauen garantieren. Wir respektieren kulturelle Besonderheiten unserer Glaubensgenossen in anderen Teilen der Welt, erwarten aber auch, dass sie unsere respektieren.“

Laut SPECTRUM schließt die Erklärung mit einer Einladung an die Frauen in den adventistischen Gemeinden in der Tschechischen und Slowakischen Republik, sich im Gemeindedienst einzubringen, auch in den Pastorendienst, sofern sie sich von Gott dazu berufen fühlten. „Wir betrachten die Beteiligung von Frauen im Dienst am Evangelium in unserem Gebiet als äußerst notwendig und wünschenswert. Wir sind bereit, alles dafür einzusetzen, um dies zu ermöglichen“, so die Erklärung.

Adventisten in Tschechien und in der Slowakei

In Tschechien (10,5 Millionen Einwohner) und in der Slowakei (5,4 Millionen Einwohner) feiern 9.811 erwachsen getaufte Adventisten in 186 Kirchgemeinden am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, ihren Gottesdienst. Die Adventisten der

beiden Länder bilden auch nach der politischen Trennung Ende 1992 weiterhin eine Kirchenregion mit einer Leitung. Sie betreiben eine Grundschule, ein theologisches Seminar, einen Verlag, ein Altersheim sowie je eine nationale Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Slowakei (<http://adra.sk/en>) und ADRA Tschechien (<http://www.adra.cz/eng/about-us>).

Wortlaut der Erklärung der Adventisten in Tschechien und in der Slowakei zur Frauenordination:

Tschechisch:

<http://www.casd.cz/wp-content/uploads/2015/11/V%C3%BDbor-a-ordinace.pdf>

Slowakisch:

<http://www.casd.cz/wp-content/uploads/2015/11/Preklad-stanovisko-2.pdf>

Englisch:

<http://spectrummagazine.org/article/2015/12/14/czecho-slovakia-n-union-conference-issues-statement-favor-ordaining-women>

Adventistische Weltkirchenleitung: Menschen mit besonderen Bedürfnissen vermehrt einbeziehen

Das 2011 vom Verwaltungsausschuss der adventistischen Weltkirchenleitung gegründete „Komitee für Menschen mit besonderen Bedürfnissen“ sei einer anderen großen Abteilung

(Gemeindeaufbau & Sabbatschule) unterstellt gewesen. Diese Abteilung habe sich diesbezüglich vorwiegend um Sehbehinderte oder Menschen mit anderen körperlichen Behinderungen gekümmert. Sie habe aber im umfassenden Sinn den Anliegen von Menschen mit besonderen Bedürfnissen nicht genügend Aufmerksamkeit schenken können, so AR.

Die Aussagen von Ellen G. White, Mitbegründerin der adventistischen Kirche, zum Dienst an Menschen mit besonderen Bedürfnissen, hätten mitgeholfen, diese Neugewichtung zu beschließen. Es liege in Gottes weiser Voraussicht, „dass Witwen und Waisen, Blinde, Gehörlose, Gelähmte und Menschen, die auf vielfältige Weise geplagt oder behindert sind, in enge Beziehungen zu seiner Gemeinde gebracht“ werden, schrieb Ellen White. Es sei entscheidend, „wie wir solche Menschen behandeln, die unser Mitgefühl, unsere Liebe und unser uneigennütziges Wohlwollen brauchen“, so White.

Einbezug, nicht Ausgrenzung

Bei der Neuausrichtung der Dienste für Menschen mit besonderen Bedürfnissen gehe es darum, so Larry Evans, ihnen Möglichkeiten zu bieten, sich an der Erfüllung des Auftrags der Kirche zu beteiligen. In einigen Fällen müssten bauliche Anpassungen an Gebäuden vorgenommen werden. Das Hauptaugenmerk liege aber darin, den Waisen, Gehörlosen, Sehbehinderten sowie körperlich und geistig Behinderten die Beteiligung am Auftrag der Kirche zu ermöglichen und sie nicht auszugrenzen.

„Behinderung ist Teil des Menschseins“, so Evans. Viele Menschen hätten im Laufe ihres Lebens temporär oder dauerhaft eine Behinderung. Deshalb sei die Sensibilisierung der Kirche und ihrer Mitglieder auf die Anliegen von Menschen mit Behinderungen oder besonderen Bedürfnissen und für diesen Dienst entscheidend.

Die Besonderheit jeder dieser fünf Gruppen – Waisen, Sehbehinderte, Gehörlose und Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen – solle laut Evans gewahrt bleiben. Es

sei geplant einen weltweiten, adventistischen Beirat zu schaffen, um diese Anliegen bei der Entwicklung von strategischen Plänen der Kirche einzubringen. „Jede der fünf Gruppen hat der weltweiten Kirche so viel zu bieten, aber auch zu empfangen“, so Larry Evans.

Adventisten auch 2015 wieder engagiert für Kinder und Jugendliche

Mit der Broschüre „Wenn ich mal nicht weiterweiß ...“ wollen die Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland schulpflichtigen Kindern im Einflussbereich der Freikirche helfen, gesund und geschützt heranzuwachsen. Gerade dann, wenn sie sich von Erwachsenen bedrängt fühlen. Bereits 2009 hatte die Kirche die Arbeitshilfe „Sexueller Gewalt begegnen“ herausgegeben, um alle erwachsenen Mitglieder über dieses Thema zu informieren und dafür zu sensibilisieren.

Ungute Gefühle und Tipps zum Umgang damit

In der Broschüre „Wenn ich mal nicht weiterweiß ...“ werden diffuse Gefühle sowie mehrdeutige Situationen thematisiert, die für ein Kind schwierig einzuordnen sind. „Verschiedene Gesetze verbieten Erwachsenen, dich zu schlagen oder dich ständig runterzumachen. Dort steht drin, dass du selbst entscheiden darfst, mit wem du kuscheln [...] willst“, heißt es unter dem Titel „Regeln für Erwachsene“. Den Kids wird erläutert, dass Erwachsene sich im Umgang mit Kindern an Regeln halten müssen und dass es Kinderrechte gibt, auf die

sie sich beziehen können.

Nummer gegen Kummer – alles anonym

Kinder seien Jesus nie lästig gewesen, heißt es in der Broschüre. Er habe sich Zeit für sie genommen. Es gebe auch heute Erwachsene, die Kindern selbstlos helfen würden, wenn sie nicht mehr weiterwüssten. Als Ansprechstelle, die Kindern in allen Anliegen Hilfe und Beratung biete, wird die Telefonnummer 0800-1110333 angegeben. Mit einem imaginären Gesprächsverlauf werden den Kindern Tipps gegeben, wie sie Hilfe in Anspruch nehmen können. Sofern die Kinder dies wünschen, bleibt alles anonym, und niemand zwingt sie, etwas preiszugeben, das sie für sich behalten wollen.

Kirchengemeinde als Schutzraum

Die Kirche sei verpflichtet, ihren Kindern Schutz und Aufklärung zu bieten, betonten Professor Johann Gerhardt, Vorsitzender des SGb, und Pastor Jochen Hårdter, Leiter des RPI, bei der Vorstellung der Broschüre in der Freikirchenzeitschrift „Adventisten heute“. Das Religionspädagogische Institut habe das Thema „Missbrauch“ in seiner Ausbildung verankert und werde es auch zum Gegenstand des Religionsunterrichts für Kinder machen. Außerdem bietet das RPI einen thematischen Gottesdienst-Entwurf als praktische Arbeitshilfe an.

Bezugsquellen

„Wenn ich mal nicht weiterweiß ...“ gibt es kostenlos als gedruckte Broschüre über folgende Adresse: Zentrallager der STA, Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern (Telefon: 0711 44819-19; zentrallager@adventisten.de; www.adventisten.de/zentrallager).

Zum Herunterladen als PDF stehen folgende Internetseiten zur Verfügung: sexueller-gewalt-begegnen.de, adventjugend.de, sta-frauen.de und sta-rpi.net (hier auch der thematische Gottesdienst-Entwurf).

Kairo: „Think Green“ - Adventistische Schule entsorgt 240 Tonnen Müll

Laut dem Bericht der Kommunikationsabteilung der adventistischen Kirchenleitung für den Mittleren Osten und Nordafrika (MENA), mit Sitz in Beirut/Libanon, habe sich die Situation außerhalb den Mauern der Mittelschule in den vergangenen drei Monaten grundlegend verändert. Dozenten und Studenten der „Nile Union Academy“ in Kairo hätten mit der Umsetzung eines ehrgeizigen Planes für Entsorgung, Recycling und Umweltbildung in der Nachbarschaft begonnen. In zehn Tagen seien von ihnen rund 240 Tonnen Müll entsorgt worden, der durch die Lastwagen der Stadtbehörden wegtransportiert worden sei. Der Erfolg habe sowohl die Anwohner als auch die Stadtbehörden so beeindruckt, dass weitere Schulen und Stadtbezirke diese Initiative nachahmen wollten.

„Das Hauptproblem der öffentlichen Gesundheit in Ägypten ist heute die Entsorgungsfrage“, sagte Ronylson Freitas, adventistischer Experte für Umweltmanagement aus Brasilien. Er war von der lokalen adventistischen Kirchenleitung nach Ägypten eingeladen worden, um das Müllproblem anzugehen. „Mir war sofort klar, dass eine verantwortliche Abfallentsorgung das tägliche Leben der Menschen verbessern wird“, sagte Freitas.

„Think Green“

Nachdem er vorerst nur alle sechs Monate für 30 Tage nach Ägypten kommen wollte, bemerkte Ronylson Freitas bald, dass er

dauerhaft vor Ort sein musste, um bezüglich Entsorgung die Denkweise und Kultur zu ändern. Das könne man nur durch tägliches Zusammenarbeiten, Lehren und indem man Beziehungen aufbaue, so der Umweltexperte. Er sei mit seiner Frau nach Ägypten gezogen, habe eine Organisation mit dem Namen „Think Green“ (Grün denken) gegründet und plane den Bau eines „Think Green Recycling Centers“, so der MENA-Bericht. Dort wolle er für Umweltfragen sensibilisieren und im Stadtbezirk Workshops zur Wiederverwertung von gebrauchten Materialien anbieten.

„Fluchtursachen bekämpfen und faire Asylverfahren sichern“

„Als weltweit tätige Hilfsorganisation versuchen wir nachhaltig die Lebensumstände der Menschen in ihren Heimatländern zu verbessern. Da, wo als Ausweg aus einer Krise nur die Flucht bleibt, kümmern wir uns um die Schutzsuchenden und versuchen ihre Entbehrungen zu mildern“, sagte ADRA Deutschland-Geschäftsführer Christian Molke. „Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen in Deutschland und in der Europäischen Union, die Lasten gemeinschaftlich zu verteilen und faire Asylverfahren zu gewährleisten“, so Molke weiter.

ADRA Pressesprecher Martin Haase: „Menschenrechte sind weder verhandelbar noch interpretierbar. Sie dürfen nicht dem politischen Kalkül unterworfen werden.“ Politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge hätten Anspruch auf aktive Solidarität, wie sie seit Wochen durch unzählige Ehrenamtliche, durch Hilfsorganisationen und in den Kommunen praktiziert werde.

„Hilfsbereitschaft sollte sich immer an Bedürfnissen orientieren und darf keinesfalls nur unseren eigenen Überschuss an Vorräten und Ressourcen anbieten“, empfiehlt das Bündnis „Gemeinsam für Flüchtlinge“ zu deren Initiatoren neben ADRA Deutschland das Advent-Wohlfahrtswerk, die Theologische Hochschule Friedensau sowie die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zählen.

Britische Luftschläge in Syrien: Adventisten rufen zum Frieden auf

„Die zunehmende Gewalt und die Zahl der durch Gräueltaten Vertriebenen in Irak, Syrien und anderen vom Krieg zerrissenen Teilen der Welt erfüllen unsere Herzen mit Trauer. Wir solidarisieren uns mit jenen, die Angehörige, ihre Existenzgrundlage und Häuser verloren haben. Wir beten für all jene, die leiden“, heißt es in der Einleitung des Appells zum Dialog und Frieden der adventistischen Kirchenleitung in Großbritannien.

Nach dem Beschluss des britischen Parlaments, mit Luftangriffen in den Syrienkonflikt einzugreifen, anerkenne die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, dass die Bekämpfung des Terrorismus sowie Fragen in dessen Zusammenhang komplex und sehr vielfältig seien. Dennoch seien die Adventisten dem Frieden verpflichtet.

„Als Kirche drücken wir unsere tiefe Besorgnis aus über die

anhaltende Gewalt in Syrien, die Verluste an Menschenleben sowie Elend und Leid über unschuldige Männer, Frauen und Kinder bringt und die Vertreibung von einigen Millionen Bewohnern in Syrien verursacht hat“, schreibt Pastor Ian Sweeney, Präsident der Adventisten in Großbritannien und Irland im Aufruf.

Die Adventisten appellierten an alle am Syrienkonflikt beteiligten Parteien, die militärischen Aktivitäten einzustellen und sich friedlichen Konfliktlösungsmethoden zuzuwenden. „Es ist unsere Überzeugung, dass Dialog und Verhandlungen zwar schwierig, aber Gewalt und Krieg vorzuziehen sind“, heißt es im Appell.

Dunkelheit kann keine Dunkelheit vertreiben, nur Licht kann es
Es widerspreche ihrem christlich-biblischen Verständnis, Gewalt mit Gewalt zurückzuzahlen und es bringe auch nicht die gewünschten Ergebnisse, so die britische Kirchenleitung der Adventisten. Vielmehr hielten sie es mit Martin Luther King Jr., der gesagt habe: „Die äußerste Schwäche der Gewalt ist, dass sie eine Spirale nach unten darstellt und genau das erzeugt, was sie zu zerstören sucht. Anstatt das Übel zu vermindern, vervielfältigt sie es. Du magst durch Gewalt einen Lügner ermorden, aber du kannst nicht die Lüge töten, noch weniger dadurch der Wahrheit Geltung verschaffen. Durch Gewalt mordest du den Hassenden, aber nicht den Hass. In der Tat, Gewalt vermehrt nur Hass. Gewalt mit Gewalt zu erwidern vervielfältigt die Gewalt und fügt einer sternenlosen Nacht noch tiefere Finsternis zu. Dunkelheit kann keine Dunkelheit vertreiben, nur Licht kann das tun. Hass kann nicht Hass vertreiben, nur Liebe kann das“.

Adventisten bekräftigen Engagement für Erhalt der Umwelt

Die Siebenten-Tags-Adventisten hätten seit Langem den verantwortungsvollen Umgang mit dem unterstützt, was Gott geschaffen habe, heißt es in der Medienmitteilung. Die Weltkirchenleitung bekräftige erneut die Überzeugung, dass alle verantwortungsvoll mit den Ressourcen umgehen müssten, die Gott gegeben habe. Bereits 1995 habe die Kirche eine offizielle Erklärung zur Umwelt verabschiedet:

„Siebenten-Tags-Adventisten glauben, dass die Menschheit zum Bilde Gottes geschaffen wurde, als Gottes Verwalter, um sich auf eine treue und sinnvolle Art und Weise um ihre natürliche Umgebung zu kümmern. Die Natur ist ein Geschenk Gottes.

Unglücklicherweise haben Männer und Frauen die Rohstoffquellen der Erde immer intensiver auf unverantwortliche Weise ausgebeutet. Die Folge waren zahlreiche Leiden, Umweltzerstörung und die Bedrohung durch die Klimaveränderung. Trotz notwendiger weiterer Forschungen ist heute schon klar, dass das Ökosystem der Erde durch die zunehmende Emission zerstörerischer Gase [...] bedroht wird.

Es gibt schreckliche Ankündigungen von globaler Erwärmung, einem steigenden Meeresspiegel, zunehmender Häufigkeit von Stürmen und zerstörerischen Überschwemmungen, weiterer Versteppung von Landschaften und Dürrekatastrophen.

Diese Probleme haben ihre Ursache hauptsächlich in der menschlichen Selbstsucht und Gier, die sich in ständig steigender Produktion, uneingeschränktem Konsum und in der

Ausbeutung nicht mehr ersetzbarer Rohstoffe zeigt. Die ökologische Krise hat ihre Wurzeln in der menschlichen Gier und der Weigerung, weise und vernünftig mit den bestehenden Ressourcen umzugehen.

Siebenten-Tags-Adventisten befürworten einen einfachen, gesunden Lebensstil, bei dem die Menschen nicht in den Kreislauf von uneingeschränktem Konsum, Erwerb von Gütern und Produktion von Abfall geraten. Nötig ist ein Umdenken in Sachen Lebensstil auf der Grundlage der Achtung vor der Natur, der Zurückhaltung bei der Ausbeutung der Rohstoffquellen der Welt, der Neudefinition der menschlichen Bedürfnisse und der Wiederherstellung der Würde des geschaffenen Lebens.“

„Wir unterstützen die Bemühungen der Führer der Welt und aller Menschen, das zu schützen und zu respektieren, was Gott geschaffen und uns anvertraut hat“, schreibt die adventistische Weltkirchenleitung zum Klimagipfel in Paris, der am 11. Dezember abgeschlossen werden soll.

Offizielle Stellungnahmen der adventistischen Weltkirchenleitung zur Umwelt (Englisch):

Environment: (1995)

<https://www.adventist.org/en/information/official-statements/statements/article/go/0/environment/42/>

The Dangers of Climate Change (1995)

<https://www.adventist.org/en/information/official-statements/statements/article/go/0/the-dangers-of-climate-change/30/>

Stewardship of the Environment (1996)

<https://www.adventist.org/en/information/official-statements/statements/article/go/0/stewardship-of-the-environment/30/>

Süddeutsche Adventisten wählen neuen Kirchenleiter

Der aus Deggendorf in Bayern stammende neue Kirchenleiter studierte nach dem Abitur am damaligen Theologischen Seminar Marienhöhe der Siebenten-Tags-Adventisten in Darmstadt. Von 1980 bis 1984 war er Jugendpastor in München, sowie ab 1990 ordiniertes Pastor in Marburg an der Lahn. Von 1987 bis 1989 studierte er an der adventistischen Andrews Universität in Berrien Springs, Michigan/USA, und schloss mit einem Master of Divinity (M.Div.) in Theologie ab. Ab 1991 war er Abteilungsleiter für den Bereich Kinder und Jugend der regionalen Kirchenleitung der Adventisten in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. 2003 bis 2006 absolvierte Dullinger berufsbegleitend ein Masterstudium in „Leadership and Administration“ ebenfalls an der Andrews Universität. 2007 wurde er als Finanzvorstand in den Süddeutschen Verband der Freikirche berufen – eine Tätigkeit, die er bis zu seiner jetzigen Wahl ausübte. Werner Dullinger ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

Treffen zur Ermutigung

adventistischer Pastorinnen in Kopenhagen

Nach dem „Nein“ der adventistischen Weltsynode im Sommer 2015 in San Antonio, Texas/USA, wonach es den weltweit 13 teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) auch weiterhin nicht gestattet sein soll, in ihrem Gebiet Frauen, die im Pastorendienst tätig sind, zu ordinieren, seien am Treffen adventistischer Pastorinnen in Kopenhagen Erfahrungen und Reaktionen auf diesen Beschluss ausgetauscht worden. Einige der adventistischen Pastorinnen seien vom Beschluss enttäuscht gewesen, andere tief verletzt und anderen sei gar geraten worden den Pastorendienst zu verlassen, so TED-News.

Einen Tag nach dem negativen Beschluss der adventistischen Weltsynode habe Pastor Rafaat Kamal, TED-Kirchenleiter, einen ermutigenden und unterstützenden Brief an die adventistischen Pastorinnen in Nord- und Südosteuropa geschickt. Darin habe er eine solche Zusammenkunft angekündigt, an dem auch die nationalen Kirchenleiter anwesend sein sollten, um gemeinsam nachzudenken, sich auszusprechen und sich zu ermutigen.

Pastorin Guiséle Berkel-Larmonie, aus den Niederlanden, habe zur Andacht aus der Bibel, dem alttestamentlichen Propheten Micha, Kapitel 6 Vers 8 das zitiert, was Gott von allen erwarte: „Halte dich an das Recht, sei menschlich zu deinen Mitmenschen und lebe in steter Verbindung mit deinem Gott!“ (Gute Nachricht Bibel).

TED-Kirchenleitung sucht Lösung für die Ungleichheit in der Ordinationsfrage

Pastor Rafaat Kamal, TED-Kirchenleiter, bestätigte erneut seine Absicht, welche auch von der teilkontinentalen Kirchenleitung geteilt werde, so lange an dieser Problematik von Ordination und Ungleichheit zu arbeiten, bis sie gelöst sei. Die überregionalen, meist nationalen Kirchenleiter

(Unionen/Verbände) der TED-Kirchenregion informierten, was in ihrem Gebiet bezüglich des Nein-Votums der adventistischen Weltsynode unternommen worden sei. In einigen Ländern seien unterstützende Erklärungen bezüglich der Arbeit adventistischer Pastorinnen veröffentlicht worden sowie verschiedene Zugänge gesucht worden, um Lösungen zu finden.

Das wichtigste am Ermutigungstag seien aber die Gruppengespräche gewesen, so TED-News. Dort hätten die adventistischen Pastorinnen einander zugehört, über ihre Verletzungen gesprochen, sich getröstet, ermutigt, um Weisheit, Kraft, Bescheidenheit und die Willigkeit gebetet, trotz Widerstand und Schwierigkeiten weiterhin als Pastorinnen zu dienen.

Schießerei in San Bernardino: Adventisten trauern mit Opferfamilien

„Unsere Herzen sind bei den Familien, die ihre Angehörigen in der tragischen Schießerei in San Bernardino verloren haben“, schrieb der adventistische Weltkirchenleiter Pastor Ted C. Wilson auf seiner Facebookseite. Er bete für die Opferfamilien, die Verwundeten, darunter auch Amanda Gaspard (31), eine Adventistin, als auch für das medizinische Personal von Loma Linda University Health (LLUH), einem adventistischen Krankenhaus, in dem einige der Verwundeten gepflegt würden.

Die adventistische Kirchenleitung in Nordamerika bat um

Fürbitte für alle, die von diesem tragischen Vorfall betroffen worden seien, für die Trauernden, die Verwundeten, das Pflegepersonal, für jene, die in Angst lebten sowie für das Baby und die Eltern des Amok laufenden Ehepaars.

„Menschenrechte müssen Staaten, Religionen und Weltanschauungen vorgeordnet sein“

In seinem Eröffnungsvortrag „Christentum und Menschenrechte“ erklärte Prof. Dr. Thomas Schirrmacher laut den Presseinformationen Bonner Querschnitte (BQ) vor hochrangigen Repräsentanten aus Wissenschaft und Geistlichkeit beider Länder, dass der moderne Gedanke der Menschenrechte ohne seine Ursprünge im Christentum nicht ausreichend legitimiert werden könne: „Menschenrechte sind im Wesen des Menschen als Geschöpf Gottes begründet, nicht in der Zugehörigkeit zu einer Religion oder Weltanschauung.“

„Menschenrechte müssen nicht nur allen Staaten, sondern auch allen Religionen und Weltanschauungen vorgeordnet sein, sonst funktionieren sie nicht“, lautete die zentrale Forderung des Theologen und Religionssoziologen. Zwar hätten die Menschenrechte auch elementare Wurzeln im christlichen Denken, aber gerade deswegen sei die institutionelle Christenheit ihnen untergeordnet, nicht übergeordnet.

Mit dem Anspruch universeller Gültigkeit seien die Menschenrechte in Form der UNO-Menschenrechtserklärung von 1948 kodifiziert worden, allerdings ohne eine allgemein akzeptierte Herleitung oder Begründung mitgeliefert zu haben. Wenn es jedoch keine Rückbindung des Menschenrechtskataloges an eine höhere Instanz gebe, so Schirmachers Befürchtung, seien die Menschenrechte eben nur das Ergebnis einer Abstimmung und hätten bloß so lange Geltung, wie ihnen zugestimmt würde. Ihre Vorstaatlichkeit könne nur weltanschaulich begründet werden, sagte der Religionssoziologe. „Das Christentum tut sich am leichtesten mit dem über den Religionen stehenden, gewissermaßen säkularen Charakter der Menschenrechte“, so Schirmacher.

Menschenwürde ist unabhängig von Religion oder Weltanschauung

In der anschließenden Analyse der theologischen Grundlagen des Menschenrechts-gedankens hob der Theologe laut Bonner Querschnitte hervor: „Menschen, und zwar alle Menschen, nicht nur die Christen, sind Geschöpfe Gottes und Ebenbilder Gottes und haben deswegen eine unglaubliche Würde, die allem anderen vorausgeht.“ Diese Würde sei unabhängig davon, wie der einzelne Mensch zu Gott stehe, also auch davon, „ob er Christ ist oder nicht“. Menschenwürde und Menschenrechte seien demnach im Wesen des Menschen als Geschöpf Gottes begründet. Folglich schaffe nicht der Staat die Menschenrechte, sondern formuliere und schütze sie lediglich.

Christliche Kirchen dürfen Menschenrechte nicht vereinnahmen

Laut BQ lautete die abschließende Forderung Schirmachers: „Die Menschenrechte müssen nicht nur allen Staaten, sondern auch allen Religionen und Weltanschauungen vorgeordnet sein, sonst funktionieren sie nicht!“

Deshalb dürften auch die christlichen Kirchen die Menschenrechte nicht für sich vereinnahmen: „Wir Christen wissen, der Umstand, dass wir an Gott glauben, bewahrt uns nicht vor schlimmen Entscheidungen und Handlungen, wie zahlreiche Beispiele der Geschichte belegen.“ Letztlich würde

es aber „vielen religiösen Menschen weltweit helfen, wenn sie weniger den säkularen, und damit für sie eher bedrohlichen Charakter der Menschenrechte sehen würden, sondern sich mit dem Juden- und Christentum bei der Autorisierung der Menschenrechte durch den Schöpfer und der Verankerung der Menschenrechte im Geschaffensein durch Gott einsetzen würden.“

Das Symposium

Seit seiner Gründung Ende der 1990er Jahre verbindet das von Hans-Joachim Hahn koordinierte „Professorenforum“ Wissenschaftler aus unterschiedlichen Fachrichtungen, Ländern und Konfessionen zum Diskurs über christlich-abendländische Werte und Weltanschauung in ihrer Bedeutung für Wissenschaft und Gesellschaft. Dabei entstehen Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Netzwerke und Impulse in die Öffentlichkeit.

ADRA Brasilien versorgt Betroffene der Schlammlawine mit Trinkwasser

Die toxischen Bestandteile der Schlammlawine, darunter Arsen, Zink, Kupfer und Quecksilber, hätten die Wasserversorgung in der Region verschmutzt und machten das Wasser nicht behandelbar. Durch die Schlammlawine seien zwölf Personen gestorben, elf würden vermisst und 500 hätten ihr Zuhause verlassen müssen, so das Hilfswerk.

Unmittelbar nach der Katastrophe habe ADRA Brasilien die Hilfe

seitens der nationalen Regierung und des Bergbauunternehmens durch die Verteilung von Hygiene-Kits (Seife, Shampoo, Toilettenpapier, Einwegwindeln) an mehr als 600 Familien ergänzt. Mit dem Verbreiten des Schlamms hätten sich auch die Bedürfnisse der betroffenen Bewohner klarer gezeigt. Gemeinsam mit ADRA Brasilien versorgten adventistische Schulen und Pfadfindergruppen in der Region die bedürftigen Familien.

Das Hilfswerk plant nach eigenen Angaben 200.000 Liter Trinkwasser an 1.900 Familien in der Stadt Governador Valadares und 60.000 Liter an 570 Familien in Colatina auszugeben.

ADRA Brasilien

Die 1956 in Brasilien gegründete Assistência Social Adventista wurde 1983 in Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Brasilien umbenannt. Das Hilfswerk hat landesweit elf regionale Büros, so im Amazonas-Gebiet, Bahia, Mato Grosso, Rio de Janeiro, Sao Paulo als auch in den betroffenen Region Espirito Santo und Minas Gerais. 2014 hat das Hilfswerk 59 Projekte im Rahmen von 17,8 Millionen Real (4,35 Millionen Euro) ausgeführt von denen rund 126.000 Menschen profitiert haben. ADRA Brasilien gehört zum weltweiten Netzwerk von rund 130 nationalen und regionalen ADRA Büros. Mehr Infos zu ADRA Brasilien: www.adra.org.br

Hansa-Vereinigung **der**

Adventisten veröffentlicht Erklärung zur Frauenordination

Mit dieser Erklärung wolle die Hansa-Vereinigung ein Zeichen für die eigenen Ortsgemeinden setzen, sagte Pastor Jan Kozak, stellvertretender Präsident der regionalen Kirchenleitung. Die Erklärung verdeutlicht, dass das Evangelium kein Ansehen der Person kenne, „auch nicht im Amtsverständnis“.

„Schon jetzt zeichnet sich ab“, heißt es in der Erklärung weiter, „dass die Entscheidung von San Antonio viele unserer Jugendlichen, unserer Frauen und andere Gemeindeglieder von unserer Freikirche zu entfremden droht. Unsere Verkündigung steht ohnehin unter schwierigen Rahmenbedingungen. Sie haben sich durch diesen Beschluss verschlechtert, weil die Vermittlung dieser Entscheidung nach außen kaum möglich scheint. Niemand kann auf Dauer nach außen Loyalität ausüben, die nach Innen seinem Gewissen entgegensteht.“

Der leitende Kirchenrat der Hansa-Vereinigung schließt seine Erklärung daher mit den Worten: „Wir ermutigen weiterhin weibliche Gemeindeglieder, sich für das Pastorenamt zu entscheiden und bekräftigen hiermit unsere Absicht, dem Beschluss der NDV-Vollversammlung vom 23.4.2012 gemäß zu handeln, Pastoren und Pastorinnen ohne Ansehen des Geschlechtes zur Ordination zum Predigtamt zu empfehlen.“
[Erklärung im Wortlaut [hier](#)]

Am 23.4.2012 hatte die überregionale Kirchenleitung der Adventisten in Nord- und Ostdeutschland (Norddeutscher Verband, NDV) mehrheitlich beschlossen, dass innerhalb des NDV auch Pastorinnen wie ihre männlichen Kollegen ordiniert werden können. Dieses Votum entspricht zwar nicht der Beschlusslage der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten, wurde

bisher aber noch nicht umgesetzt.

Frauen können nach ihrem Theologiestudium in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zwar als Pastorin „gesegnet“ werden und damit fast alle Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vornehmen; doch ordiniert werden nur männliche Geistliche. Damit ist Pastorinnen auch das Amt des Präsidenten einer regionalen oder überregionalen Freikirchenleitung verwehrt, das eine Ordination erfordert.

Neue Direktorin des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim

Mareile Lasogga wurde in Hannover geboren und studierte evangelische Theologie in Marburg, Göttingen, Lausanne und Bern mit dem Schwerpunkt Systematische Theologie. Nach ihrer Ordination zur Pastorin der Hannoverschen Landeskirche war sie von 1998 bis 2002 Pastorin der St. Petri-Kirchengemeinde Cuxhaven und von 2002 bis 2007 Pastorin der St. Johanniskirche in Hannover. Lasogga ist durch ihre bisherigen Tätigkeiten im kirchlichen und akademischen Kontext gut vernetzt. Sie ist vertraut mit aktuellen wissenschaftlichen Diskursen und Positionen wie auch mit den Aufgaben und Herausforderungen gemeindlicher und gesamtkirchlicher Arbeit.

Besonders am Herzen liegt Lasogga die Neuformulierung der Einsichten reformatorischer Theologie unter den Bedingungen

der Gegenwart: „Theologie und Kirche haben nicht nur die Aufgabe, Traditionen für und in der Gegenwart zu aktualisieren, sondern sie müssen sich auch aktiv an der Deutung dieser Gegenwart beteiligen. Dazu bedarf es nicht nur der klaren theologischen Reflexion, sondern auch einer wachen und differenzierten Analyse unserer komplexen pluralistischen Lebenswirklichkeit“, so Lasogga.

Träger des Konfessionskundlichen Instituts ist der Evangelische Bund e.V. Das Institut beobachtet und bewertet unter anderem die aktuellen Beziehungen zwischen den christlichen Kirchen. Die Arbeit des Instituts wird zudem von der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der Evangelischen Landeskirche in Baden und der Evangelischen Kirche der Pfalz finanziell getragen. Weitere Informationen: www.konfessionskundliches-institut.de

Letztes Konzilsdokument brachte Wende zu mensenrechtlichem Verständnis der Religionsfreiheit

Nicht von ungefähr war die Erklärung „Dignitatis humanae“ über die Religionsfreiheit das letzte Konzilsdokument, das bei der feierlichen Schlussabstimmung mit 2.308 Ja- gegen 70 Nein-

Stimmen bei 8 ungültigen Stimmen am 7. Dezember 1965 angenommen und noch am selben Tag verkündet wurde. Das letztlich eindeutige Abstimmungsergebnis täuscht über die harten Auseinandersetzungen um diese Erklärung hinweg.

Überwindung von zweierlei Maß für „Wahrheit“ und „Irrtum“

In der ersten Vorlage des Konzils zu dieser Thematik wurde noch die traditionelle Auffassung aus dem 19. Jahrhundert vertreten, wonach ein Staat katholisch sein müsse, wenn die Mehrheit des Staatsvolkes Katholiken sind. In solch einem katholischen Staat sei die Bekenntnisfreiheit von Nichtkatholiken nur aufgrund des Gemeinwohls zu tolerieren. Sollten die Katholiken in einem Staat aber in der Minderheit sein, so seien den Katholiken und der Kirche alle Freiheit einzuräumen, weil es sich um die wahre Religion handle. Die Überzeugung, dass bei der Religionsfreiheit zweierlei Maß anzuwenden sei – das eine für die Wahrheit, das andere für den Irrtum – bildete den Kern dieser traditionellen Haltung.

Verhältnis von Wahrheit und Freiheit

Im Laufe des Konzils wurde klar, dass die traditionelle Toleranztheorie für die staatliche Rechtsordnung keine Geltung mehr beanspruchen konnte. In der Konzilserklärung wird die notwendige Unterscheidung zwischen der moralischen und der rechtlichen Dimension von Religionsfreiheit angebracht: Dabei blieb die moralische Pflicht, die Wahrheit zu suchen, aufzunehmen und zu bewahren, weiterhin aufrecht; gleichzeitig wurde aber für den rechtlichen Bereich die Religionsfreiheit festgehalten. Das Verhältnis von Wahrheit und Freiheit wird in der Konzilserklärung dahingehend bestimmt, dass um der Wahrheit willen die Religionsfreiheit als Recht des Menschen besteht, damit der einzelne sie in Freiheit ergreifen und danach leben kann.

Inhalt der Konzilserklärung ist daher nicht der Wahrheitsgehalt einer Religion, sondern „das Recht der Person und der Gemeinschaften auf gesellschaftliche und bürgerliche Freiheit in religiösen Dingen“, wie es im Untertitel der

Erklärung heißt. Schon im ersten Kapitel wird daher die Absicht betont „die Lehre der neueren Päpste über die unverletzlichen Rechte der menschlichen Person wie auch ihre Lehre von der rechtlichen Ordnung der Gesellschaft weiterzuführen“.

Freiheit von Zwang in religiösen Angelegenheiten

Die Nummer 2 des Konzilsdokuments formuliert die Kernaussage mit folgenden Worten: „Das Vatikanische Konzil erklärt, dass die menschliche Person das Recht auf religiöse Freiheit hat.“ Der Inhalt dieses Rechts besteht im Freisein von Zwang in zweierlei Hinsicht. So darf der Mensch einerseits nicht gezwungen werden, gegen sein Gewissen zu handeln und andererseits darf niemand daran gehindert werden, innerhalb der gebührenden Grenzen privat und öffentlich, als einzelner oder in Verbindung mit anderen, nach seinem Gewissen zu handeln.

Staat schützt Religionsfreiheit

Die Konzilserklärung beschreibt auch Rechte, die Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften als Institutionen zukommen. Das betrifft beispielsweise die Gestaltung des Gottesdienstes, die Glaubensunterweisung und -verbreitung, Ausbildung und Einsetzung religiöser Amtsträger, grenzüberschreitende religiöse Kontakte und Beziehungen, den Erwerb und Gebrauch von Gütern sowie Aktivitäten in den Bereichen Erziehung, Kultur, Caritas und soziales Leben. Aufgabe des Staates ist es, das Recht auf Religionsfreiheit zu gewähren und zu schützen. Dabei kann auch innerhalb enger Grenzen gegen den Missbrauch der Religionsfreiheit vorgegangen werden.

Jesus gewährte Glaubensfreiheit

Schließlich wird in den Nummern 9-14 der Konzilserklärung das Recht auf Religionsfreiheit aus dem Blickwinkel der Offenbarung weiter vertieft. So wird unter anderem darauf hingewiesen, dass Jesus und die Jünger die Freiheit des Menschen, zu glauben respektierten. Gleichzeitig wird in der Konzilserklärung selbstkritisch festgestellt, dass die Kirche

im Lauf der Geschichte dieser Haltung auch zuwider gehandelt hat.

Mit der Erklärung über die Religionsfreiheit hat sich die Kirche von der traditionellen Bindung an den Staat gelöst und gleichsam die Last der Freiheit auf sich genommen, die gleichzeitig auch ihr Anspruch an die weltliche Ordnung ist. Das Konzilsdokument über die Religionsfreiheit schuf gemeinsam mit der Erklärung „Nostra aetate“ über die nichtchristlichen Religionen die Grundlage dafür, dass Kirchen und Religionen im öffentlichen Raum gleichberechtigt in einen Dialog treten können. Im Verbund mit der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ befeuerte und legitimierte es den Dienst der Kirche in der Welt und als Akteur innerhalb der Staatengemeinschaft.

Weitere Meldungen und Hintergrundberichte zum Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils vor 50 Jahren im Kathpress-Themenpaket unter www.kathpress.at/konzil.

Adventistisches Krankenhaus in Hongkong mit 25-stöckigem Anbau

Laut dem Ärztlichen Direktor des Krankenhauses, Dr. Frank Yeung, wurde mit dem Bau 2011 neben dem bisherigen fünfstöckigen Hospital begonnen. Es ist das einzige private, gemeinnützige Krankenhaus im Hongkonger Stadtteil Tsuen Wan mit etwa 1,5 Millionen Einwohnern. 20 Prozent der Betten sind für Patienten mit niedrigem Einkommen reserviert. Während

bisher zwischen 300 und 400 Patienten täglich ambulant behandelt werden konnten, seien nun bis zu 1.000 möglich. Im neuen Gebäude gibt es unter anderem zehn Operationssäle, elf Betten der Intensivmedizin und vier Räume für die Endoskopie. Das Tsuen Wan Adventist Hospital in Hongkong hat neben der Allgemeinmedizin Fachabteilungen für Herzkrankheiten, Gynäkologie, Geburtshilfe, Chirurgie, Kinderheilkunde, Orthopädie und Urologie. Weitere Informationen in englischer Sprache unter www.twah.org.hk

Der „China-Doktor“

Das Krankenhaus wurde 1964 von Dr. Harry Willis Miller (1878-1977) gegründet. Der adventistische Arzt ist als „China-Doktor“ bekannt geworden. Er kam erstmals 1903 in das Land und gründete 1925 für die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Schanghai sein erstes Krankenhaus, dem 18 weitere folgen sollten, davon 14 in China. Der Missionsarzt, Chirurg, Verleger und Krankenhausleiter gründet 1971 in einem anderen Stadtteil auch das 115 Betten umfassende Hongkong Adventist Hospital. Dessen Schwerpunkte sind neben der Allgemeinmedizin Herzleiden, Onkologie, Chirurgie, Urologie, Geburtshilfe, Gynäkologie, Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Vorsorgemedizin (Prävention). Weitere Informationen: www.hkah.org.hk

Ein weltweites Netzwerk an Gesundheitseinrichtungen

Die beiden Krankenhäuser gehören zum „Adventist Health System“ der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die weltweit 175 Krankenhäuser sowie 269 Tageskliniken und Sanitätsstationen unterhält in denen jährlich über 17,7 Millionen Patienten ambulant und stationär behandelt werden. In Deutschland unterhält die Freikirche das 160-Betten-Krankenhaus „Waldfriede“ in Berlin-Zehlendorf, die Privatklinik „Nikolassee“ (17 Betten) in Berlin-Nikolassee und die Fachklinik „Haus Niedersachsen“ für Abhängigkeitserkrankungen in Dedelstorf-Oerrel bei Wolfsburg mit 66 Behandlungsplätzen.

Freikirchen heben Frieden als Grundwert hervor

Mit der nun veröffentlichten theologischen Orientierungshilfe zur Friedensethik hätten sich die 14 Mitgliedskirchen der VEF „auf Kernpunkte verständigt, die vom biblischen Vorbild zeugen, dass Böses mit Gutem überwunden werden kann“, so Hörsting am Rande der Mitgliederversammlung der Vereinigung in Friedensau. Zwar gebe es auch innerhalb der VEF eine große Bandbreite an theologischen Meinungen, und die Mitgliedskirchen würden manche Detailfragen der Friedensethik durchaus unterschiedlich beantworten: „Doch als Christen glauben wir gemeinsam an einen liebenden Gott, der uns Menschen einen außerordentlichen Wert beimisst und der will, dass wir miteinander friedvoll, in Würde und gerecht umgehen.“

Die in Form von zwölf Thesen verfasste Orientierungshilfe beginnt mit dem biblischen Menschenbild. Alle Menschen seien „als Ebenbilder Gottes geschaffen“, worin „ihre besondere Würde“ bestehe. Im Grundgesetz sei festgeschrieben, wovon die Mitglieder der VEF „geistlich überzeugt“ seien: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Weiter beschreibt die Orientierungshilfe den biblischen Grundsatz, Böses durch Gutes zu überwinden. Jesus Christus habe dieses Prinzip vorgelebt und den Christen folgerichtig das Gebot der Feindesliebe gegeben: „Das Beispiel und die Kraft Christi eröffnen uns neue, kreative, unvorhergesehene Handlungsmöglichkeiten, um Feindschaft zu überwinden und

Gottes Heil zeichenhaft zu verdeutlichen.“ Staatliche Machtmittel müssten immer „einem höheren Ziel unterstellt sein, nämlich Frieden, Ausgleich, Integration und Versöhnung.“ Die Orientierungshilfe ist unter http://www.baptisten.de/fileadmin/user_upload/bgs/pdf/Pressemitteilungen/Theologische_Orientierungshilfe_der_VEF_zur_Friedensethik.pdf abrufbar.

In Bezug auf aktuelle Herausforderungen mahnte Hörsting dazu, alles zu tun, um die Gewalt im Nahen Osten zu deeskalieren. Wenn Gewalt nur mit Gegengewalt beantwortet werde, sei der Weg Jesu verlassen. „Die westliche und die arabische Welt brauchen Versöhnung miteinander, und beide sind auf politische Verantwortungsträger angewiesen, die versöhnen und integrieren“, so Hörsting.

Bosnien und Herzegowina 20 Jahre nach dem Friedensabkommen von Dayton

Hilfe nur durch strikte Neutralität und Transparenz

Hartmut Wilfert, ehemaliger Pressesprecher der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, berichtete, dass 1992 nach Ausbruch des Krieges in Bosnien und Herzegowina immer weniger Hilfsorganisationen Zugang zum Kriegsgebiet gehabt hätten. Sie wären beschuldigt worden, nur die jeweils andere Seite zu unterstützen. Das Geheimnis der Weiterarbeit von ADRA „lag an unserer strikten Neutralität und Transparenz“. Das Hilfswerk stehe notleidenden Menschen

unabhängig von ihrer politischen und religiösen Anschauung oder ihrer ethnischen Herkunft bei. Wilfert habe den Kriegsparteien zu verstehen gegeben: „Wird der Zugang zu den Bedürftigen der anderen Seite verweigert, wird auch die ADRA-Unterstützung für die eigenen Bedürftigen eingestellt.“ So hätten im Verlauf des Krieges im ehemaligen Jugoslawien ADRA-Organisationen aus 18 Ländern über 600.000 Lebensmittelpakete im Gesamtwert von über 30 Millionen D-Mark nach Bosnien und Herzegowina sowie nach Kroatien und Serbien gebracht. Dazu seien viele Tonnen Babynahrung, medizinischer Bedarf einschließlich Geräten sowie Kleidung und Schuhe gekommen.

Gefährliche Herausforderung: Das belagerte Sarajevo

Sarajevo wäre in diesen Zahlen nicht berücksichtigt. Die belagerte Stadt sei durch die Scharfschützen eine gefährliche Herausforderung gewesen, erinnert sich Wilfert. ADRA habe bis Ende 1995 2,5 Millionen Tonnen Nahrungsmittel, 254.000 Tonnen Kleidung, 16.000 Paar Schuhe und rund 511.000 Nahrungsmittelpakete von privaten Spendern in die umkämpfte Stadt gebracht. Gleichzeitig seien über 3.400 Pakete und 1.164.600 Briefe durch ADRA aus Sarajevo befördert sowie rund 1,7 Millionen Briefe in die eingeschlossene Stadt gebracht und zugestellt worden. Etwa 50.000 Menschen hätten Medikamente oder medizinische Versorgung durch das adventistische Hilfswerk erhalten. Sehr schmerzlich wäre der Tod von zwei Mitarbeitenden bei ihrem Einsatz in Bosnien-Herzegowina gewesen. Fünf weitere seien zum Teil schwer verletzt worden. ADRA habe 1992 mit Hilfstransporten für Sarajevo, die Bedürftigen aller ethnischen Gruppen zugutekamen, begonnen. Ein Großteil der Spenden sei aus Deutschland gekommen.

Menschen sind auch noch 20 Jahre nach dem Krieg traumatisiert

Die Diplom-Psychologin Semsah Ahmetpahic, Leiterin des Projekts von Islamic Relief Bosnien und Herzegowina „Pass it forward“, gab zu bedenken, dass der Bosnienkrieg von 1992 bis 1995 zu insgesamt 258.000 Toten und Vermissten geführt habe. „Ganze Orte wurden ausgelöscht, tausende Menschen waren auf

der Flucht.“ Am 11. Juli 2015 ereignete sich eine Grausamkeit in Bosnien, die bis heute im Land tiefe Wunden hinterlassen habe. Serbische Einheiten töteten im bosnischen Srebrenica rund 8.000 muslimische Jungen und Männer. Das Massaker gelte als das schlimmste Verbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Völkermord von Srebrenica beeinflusse auch 20 Jahre danach noch das Leben in Bosnien. Die Menschen hätten nach wie vor mit den Folgen des Krieges zu kämpfen.

Islamic Relief habe seit Beginn des Krieges 1992 in Bosnien gearbeitet und zahlreiche Projekte durchgeführt, so Sema Ahmetpahic. Allein während des Krieges wären über 7.000 Tonnen Hilfsgüter durch Islamic Relief an die Menschen vor Ort verteilt worden. Die Organisation habe mitgeholfen die zerstörte Infrastruktur wieder aufzubauen und unterstütze die Bevölkerung auch jetzt noch durch zinslose Mikrokredite, damit Menschen ihre Selbständigkeit wiedererlangen und der Armut entkommen. Ein Büro in Sarajevo mit 15 Mitarbeitenden koordiniere die Arbeit. Es gebe auch ein Projekt zur Unterstützung von Waisenkindern. Neben finanzieller Hilfe würden sie Maßnahmen zur Traumabewältigung und Förderung im Bildungsbereich erhalten. Dafür würden allein in diesem Jahr 1,4 Millionen Euro aufgewendet.

Ganze Generationen traumatisiert

Das Projekt „Pass it forward“ (Gib es weiter) wende sich vor allem an Frauen und Kinder. Die Eltern litten auch 20 Jahre nach dem Krieg an den schrecklichen Erlebnissen, was sich auch auf ihre Kinder auswirke. Ziel des Projektes sei es, die geistige Gesundheit der bosnischen Gesellschaft insgesamt zu steigern, indem etwa 400 Begünstigte psychosoziale Hilfe und Unterstützung erhielten. „Die Behandelten sollen dazu befähigt werden, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen und die Hilfe, die ihnen zuteilwird, an Menschen in ihrer Umgebung weiterzugeben“, erläuterte Sema Ahmetpahic. Sie gab zu bedenken, dass schon während des Zweiten Weltkriegs die Großeltern in Bosnien durch die Grausamkeiten der serbisch-

nationalen Tschetniks traumatisiert worden seien. Mehr als 100.000 Muslime wären damals dem Terror zum Opfer gefallen. Unter diesem Trauma hätten auch ihre Kinder gelitten, die dann selbst wieder im Bosnienkrieg Schreckliches erlebten. Zudem trage die Korruption im Land dazu bei, dass die Menschen kein Vertrauen mehr zu ihrer Regierung und auf eine bessere Zukunft hätten.

Hilfsbedürftige mit Respekt behandeln

Die Teilnehmer der Journalistenreise im Oktober 2015 nach Bosnien und Herzegowina, Daniel Heinrich, Redakteur der Deutschen Welle und des Deutschlandradios, Ralph Delhees, Chefredakteur des Magazins Rhein-Main Online, und Martin Reinkowski, Journalist des Netzwerks Nost in Belgrad, äußerten sich positiv zu den von Islamic Relief vergebenen zinslosen Kleinkrediten. Sie hätten Familien zu einer neuen Existenz verholfen. Heinrich wies darauf hin, dass es in Bosnien nicht um einen Religionskrieg gegangen sei. Jedoch hätten bestimmte Personen Konflikte geschürt, um dadurch Vorteile zu erlangen. So seien zwischen den Ethnien Gräben entstanden, die es vorher nicht gegeben habe. Delhees stellt fest, dass die Bevölkerung in Bosnien desillusioniert sei. Sie fühle sich alleingelassen, da keiner helfe. Um wieder Vertrauen zu schaffen sei es notwendig Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, betonte Reinkowski. Dabei gelte es die Hilfsbedürftigen mit Respekt zu behandeln und dafür Sorge zu tragen, dass die Projekte helfen, die Würde der Menschen wieder aufzubauen.

Islamic Relief Deutschland, 1996 in Köln gegründet, ist eine international tätige Hilfsorganisation. Sie ist Teil eines Netzwerkes von Partner- und Projektbüros in über 40 Ländern. Die Nothilfe- und Entwicklungsprojekte kommen bedürftigen Menschen in Afrika, Asien, Nahost und Osteuropa zugute. Die Gründungsgeschichte von Islamic Relief geht auf das Jahr 1984 zurück und begann mit der Bekämpfung einer Hungersnot am Horn von Afrika. Weitere Informationen unter www.islamicrelief.de

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA

Deutschland wurde 1986 von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Darmstadt gegründet. Sie ist Mitglied in einem weltweiten Netzwerk mit 140 nationalen Büros. ADRA Deutschland führt Projekte in über 40 Ländern durch. Weitere Informationen unter www.adra.de

Beide Hilfsorganisationen sind Mitglied der „Aktion Deutschland hilft“ und bei „Gemeinsam für Afrika“.

Deserteurdenkmal in Hamburg eingeweiht

„Das Umdenken kam spät. Nicht zu spät, aber doch beschämend spät“, betonte der Erste Bürgermeister Olaf Scholz in seiner Ansprache. Erst 2002 seien die Urteile der Militärgerichte gegen Deserteure der Wehrmacht aufgehoben worden. „Wenn wir heute in Hamburg den Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz einweihen, dann bin ich auch erleichtert, dass es endlich soweit ist.“ Mit seiner Platzierung zwischen dem umstrittenen monumentalen Kriegerdenkmal des Infanterie-Regiments „Hamburg“ Nr. 76 aus dem Jahr 1936 und dem Fragment gebliebenen Gedenkmal von Alfred Hrdlicka setze die Hansestadt an einer zentralen Stelle ein „unmissverständliches Zeichen“.

Die Opfer der Wehrmachtsjustiz aus der Anonymität zurückgeholt
Künstler Volker Lang habe mit dem transparenten, offenen und begehbaren Denkmal die Opfer der Wehrmachtjustiz aus der Anonymität zurückgeholt, hob Kultursenatorin Professorin Barbara Kisseler hervor. „Damit erhalten sie die Würde zurück,

die ihnen das NS-Regime nahm.“ Der Gedenkort solle Anstöße liefern und zur Auseinandersetzung über Fragen der Gerechtigkeit, der Menschenwürde und der Zivilcourage einladen. Er fordere Reflektion über die Ursachen von Kriegen und ihren Folgen wie Zerstörung, Vertreibung und Flucht. Dadurch sei das Denkmal sehr aktuell.

Mit dem Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz sollen diese lange Zeit nicht anerkannten Opfer des Nationalsozialismus angemessen gewürdigt werden, erläuterte Bildhauer Volker Lang. Er entwarf einen transparenten Baukörper in der Form eines gleichseitigen Dreiecks zwischen dem 76er-Denkmal von Richard Kuöhl von 1936 und dem unvollendeten „Mahnmal gegen den Krieg“ des Wiener Bildhauers Alfred Hrdlicka aus den Jahren 1983 bis 1986. Zwei der drei Wände sind aus bronzenen Schriftgittern gebildet. Eine Betonwand schließt den Raum zum Dammtordamm ab. Die Texte der Schriftgitter sind dem Werk „Deutschland 1944“ des Autors Helmut Heißenbüttel (1921-1996) entnommen, das auch als Audioinstallation am Ort zu hören ist. Die historischen Informationen zum Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz sind als Text auf der Betonwand angebracht. Der Gedenkort wird durch acht großformatige Informationsstelen ergänzt, die in den nächsten Tagen und Wochen an den historischen Stätten der Wehrmachtjustiz, den ehemaligen Gerichtsgebäuden, den Haft- und Vollstreckungsorten und auf dem Ohlsdorfer Gräberfeld errichtet werden. Eine Broschüre zum Gedenkort ist unter www.hamburg.de/gedenkort-fuer-deserteure als Download verfügbar.

Ein Traum wird wahr

Ludwig Baumann (94), Vorsitzender der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“, dankte der Stadt Hamburg für den Gedenkort. „Das ist für mich eine bewegende Stunde und mir geht heute ein später Traum in Erfüllung.“ Er erinnerte an den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 13.5.1997: „Der 2.

Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.“

Als Fahnenflüchtiger zum Tode verurteilt und geächtet

Baumann schilderte aus eigener Erfahrung, was es bedeutet habe, ein Wehrmachtsdeserteur zu sein. Als 19-Jähriger wurde er zur Kriegsmarine eingezogen. Am 3. Juni 1942 desertierte er zusammen mit einem Kameraden bei Bordeaux in Frankreich, weil er erkannt habe, „dass es ein verbrecherischer, völkermörderischer Krieg war“. Am Tag der Desertion verhafteten ihn deutsche Grenzposten. Am 30. Juni 1942 wurde er wegen „Fahnenflucht im Felde“ zum Tod verurteilt. Davon, dass das Todesurteil in eine zwölfjährige Zuchthausstrafe umgewandelt wurde, erfuhr Baumann erst nachdem er Monate in Todesangst in der Todeszelle eines Wehrmachtsgefängnisses verbracht hatte. Er kam als Häftling ins KZ Esterwegen im Emsland und danach ins Wehrmachtsgefängnis Torgau. Er überlebte verwundet den Einsatz in einem Strafbataillon, in der sogenannten Bewährungstruppe 500, in besonders gefährdeten Abschnitten an der Ostfront.

Nach der Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft hatte er es schwer in einer Gesellschaft, in der Deserteure noch immer als „Feiglinge“ geächtet wurden. 1990 gründete er mit etwa 40 noch lebenden Wehrmachtsdeserteuren sowie einigen engagierten Wissenschaftlern und Historikern die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“. Ziel der Vereinigung war eine Aufhebung der Unrechtsurteile gegen Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“, „Kriegsverräter“, Selbstverstümmeler und andere Opfer der NS-Militärjustiz durchzusetzen, sowie deren vollständige Rehabilitierung. Das wurde mit dem Änderungsgesetz vom 23. Juli 2002 und dem Zweiten Änderungsgesetz vom 24. September 2009 des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile (NS-AufhG) von 1998 erreicht.

„Ein Beitrag für den Frieden“

Insgesamt seien laut Baumann während des Zweiten Weltkrieges

über 30.000 Deserteure zum Tod verurteilt und davon rund 23.000 hingerichtet worden. Mehr als 100.000 von der NS-Militärjustiz verurteilte Soldaten hätten KZ, Straflager und Strafbataillon nicht überlebt. Erst in seinem Grundsatzurteil vom 16. November 1995 habe der Bundesgerichtshof die Wehrmachtjustiz als eine „Blutjustiz“ gebrandmarkt, „deren Richter sich wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen hätten verantworten müssen“. Doch nicht einer der Wehrmachtrichter sei in der Bundesrepublik Deutschland jemals bestraft worden. Der Friedensaktivist zeigte sich davon überzeugt, dass auch heute Kriegsverrat „ein Beitrag für den Frieden und eine gerechtere Welt“ wäre.

Gedenkstätte auch für Kriegsdienstverweigerer

Historiker weisen darauf hin, dass zu den „anderen Opfern der NS-Militärjustiz“ auch die Gruppe der Kriegsdienstverweigerer gehöre, die bereit gewesen sei, für ihre Überzeugung keine Waffe in die Hand zu nehmen, in den Tod zu gehen.

August Dickmann wurde als erster deutscher Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg am 15. September 1939 öffentlich hingerichtet. Er war Zeuge Jehovas. Nach Angaben von Historikern wurden bis 1945 etwa 250 deutsche und österreichische Zeugen Jehovas vom Reichskriegsgericht wegen Kriegsdienstverweigerung zum Tode verurteilt und in der Regel durch das Fallbeil getötet.

Namentlich sind elf römisch-katholische Kriegsdienstverweigerer bekannt, die im Zweiten Weltkrieg hingerichtet wurden. Hermann Stöhr ist der einzige bekannte Christ einer evangelischen Landeskirche, der als Kriegsdienstverweigerer vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt wurde. Aus den Freikirchen wurden wegen Kriegsdienstverweigerung neun Adventisten, ein Baptist und ein Mitglied der Gemeinschaft der Christadelphian hingerichtet.

YouTube bei Zwölf- bis 19-Jährigen vor Facebook und WhatsApp

Dabei sind Musikvideos bei den YouTube-Nutzern am beliebtesten: Innerhalb von 14 Tagen nutzen 78 Prozent Musikclips, auf dem zweiten Rang folgen lustige Clips (66 Prozent), Platz drei belegen Tutorials (43 Prozent), also Filme, in denen Dinge gezeigt und erklärt werden. „Let`s play-Videos“ – hier kann man Anderen beim Spielen digitaler Games zusehen – werden von 38 Prozent genutzt, 34 Prozent schauen sich mindestens einmal in 14 Tagen Sportvideos an. Inhalte, die schon einmal im Fernsehen gezeigt wurden, werden von einem Viertel (24 Prozent) angeschaut, jeweils 22 Prozent finden Gefallen an Produkttests oder Action-Cam-Videos. Das sind erste Ergebnisse der JIM-Studie 2015 (Jugend, Information, Multi-Media) des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest.

Die Gesamtergebnisse der JIM-Studie 2015 werden am 27.11.2015 im Musikpark Mannheim vorgestellt. Neben Fakten zum Thema Smartphone, zur subjektiven Wichtigkeit der Medien sowie zu Themeninteressen und zum Informationsverhalten der Jugendlichen enthält die Studienreihe Basisdaten zum Freizeitverhalten der Zwölf- bis 19-Jährigen sowie Mediennutzungsdaten zu Fernsehen, Radio, Internet, Büchern und digitalen Spielen.

Die Studienreihe JIM wird vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest seit 1998 jährlich in Zusammenarbeit mit dem Südwestrundfunk durchgeführt. Die repräsentative

Studie bildet das Medienverhalten der Jugendlichen in Deutschland ab. Dazu wurden 1.200 Jugendliche zwischen zwölf und 19 Jahren im Frühsommer 2015 telefonisch befragt.

Neue Genfer Bibelübersetzung jetzt mit drei Verlagen

Die drei Verlage kooperieren bei der Übersetzung, der Publikation und dem Vertrieb der NGÜ. Erste Teilausgaben der Bibelübersetzung sind im Jahr 2000 erschienen. Seit 2006 ist die Deutsche Bibelgesellschaft (DBG) Partner der Genfer Bibelgesellschaft (Société Biblique de Genève; SBG) für die NGÜ. Das Neue Testament und die Psalmen erschienen 2010, das Neue Testament mit Psalmen und Sprüchen 2015.

Die Neue Genfer Übersetzung ist eine sogenannte kommunikative Bibelübersetzung. Dabei wird der Sinn des hebräischen und griechischen Originaltextes so verständlich wie möglich in zeitgemäßer Sprache wiedergegeben. Schlüsselbegriffe werden mithilfe von Querverweisen einheitlich verwendet und erleichtern so das Erkennen thematischer Zusammenhänge. Die NGÜ erscheint in einer als Notizbuch gestalteten Ausgabe, angelehnt an die persönlichen Reisetagebücher von Schriftstellern. Weitere Informationen zur Neuen Genfer Übersetzung: www.ngue.info

Erklärung der Adventisten zur Kandidatur für politische Ämter

Aufgrund des aktuellen Vorwahlkampfes zur Nominierung eines Kandidaten für die Präsidentschaftswahl in den USA hat die adventistische Kirchenleitung in Nordamerika eine Erklärung zur Kandidatur des Adventisten Dr. Benjamin Carson abgegeben. Dieser Stellungnahme hat sich auch die Kirchenleitung in West- und Südeuropa (Intereuropäische Division) angeschlossen, zu der die Adventisten in Deutschland, Österreich und der Schweiz gehören.

Auch diese drei nationalen Kirchenleitungen halten in einer kurzen Erklärung ihr Verständnis der Trennung von Religion/Kirche und Staat fest: „Personen, die für politische Wahlämter kandidieren, werden von der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten darin weder unterstützt, noch gehindert.“ Adventistische Kirchenmitglieder seien in ihrer persönlichen politischen Willensbekundung völlig frei, so die Erklärung. Und weiter: „Persönliche oder religiöse Äußerungen von Kandidierenden im Rahmen des Wahlkampfes werden von der Kirche als deren Meinung eingestuft und nicht kommentiert.“ Derartige Äußerungen sollten nicht mit den Glaubensartikeln oder Auffassungen der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten gleich gesetzt werden.

Die Erklärung der Adventisten in Deutschland, Österreich und der Schweiz zur Kandidatur für politische Ämter ist auf der Website der Adventisten in Deutschland verfügbar:

http://www.adventisten.de/fileadmin/downloads/151119_Erklaerung_der_Freikirche_Kandidatur_Ben_Carson.pdf

Sie wird in Kürze auch auf den Webseiten der Adventisten in Österreich www.adventisten.at und der Schweiz www.adventisten.ch verfügbar sein.

Wintersemester mit 37 neuen Studierenden in Friedensau

Damit sind dort insgesamt 190 Studierende, fünf weniger als im Vorjahr, eingeschrieben. 52 studieren Theologie und 138 Sozialwissenschaften. Zusätzlich gibt es noch 15 im Studienvorbereitungskurs „Deutsch für Ausländer“ und einen Gasthörer. Die 86 ausländischen Studierenden, einschließlich des Deutschkurses, kommen aus insgesamt 35 Ländern.

Die 1899 gegründete und 1990 staatlich anerkannte Theologische Hochschule Friedensau bietet Bachelor- und darauf aufbauende Masterstudiengänge an. An der Hochschule sind folgende Studiengänge möglich: Bachelor of Arts Theologie (B.A. – sechs Semester), Master of Arts Theologie (M.A. – vier Semester), Master of Arts Theological Studies (M.T.S. – englischsprachig vier Semester), Bachelor of Arts Soziale Arbeit (B.A. – sechs Semester), Bachelor of Arts Gesundheits- und Pflegewissenschaften (B.A. – berufsbegleitend neun Semester), Master of Arts Counseling/Beratung (M.A. – vier Semester), Master of Arts International Social Sciences (M.A. – englischsprachig vier Semester), Master of Arts Sozial- und Gesundheitsmanagement (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester) und Master of Arts Musiktherapie (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester).

Adventisten in Frankreich und Belgien stimmen einer Stellungnahme zu Gunsten der Frauenordination zu

Am 8. Juli hatten es die rund 2.300 Delegierten der adventistischen Weltsynode 2015 (Generalkonferenz-Vollversammlung) in San Antonio, Texas/USA abgelehnt, den weltweit dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) die Kompetenz zu erteilen, adventistische Pastorinnen in ihrem Verwaltungsgebiet zum Pastorendienst zu ordinieren.

Laut Jean-Paul Barquon, UFB-Generalsekretär, habe es nach dem Beschluss der Weltsynode vom Sommer 2015 im Gebiet seiner Kirchenregion Forderungen gegeben, die Tätigkeit der mehr als zehn adventistischen Pastorinnen in der UFB einzuschränken. Dieser falschen Interpretation des Beschlusses der Weltsynode habe die adventistische Kirchenleitung von Frankreich, Belgien und Luxemburg mit der verabschiedeten Stellungnahme entgeggetreten wollen. Gleichzeitig sei es ihr wichtig, damit einen Prozess anzustoßen, der die geschlechtsunabhängige Ordination zum Pastorendienst zum Ziel habe.

Das Ergebnis der Entscheidung der adventistischen Weltsynode 2015 „verändert nicht das Verständnis des Dienstes von Frauen im Leben und Auftrag der Kirche, wonach die Frauen, ebenso wie die Männer, als Älteste der Gemeinde eingeseget werden

können, um den Pastorendienst auszuführen“. Die UFB-Stellungnahme ermutigt Frauen zum Pastorendienst und fordert sie generell dazu auf, sich ihren Gaben entsprechend in der Kirche einzubringen, weil sie einen „komplementären“ Beitrag und eine echte Bereicherung brächten. Die Kirchgemeinden werden eingeladen, auf ihrer Ebene geschlechtsunabhängige Einsegnungen vorzunehmen sowie Frauen auch weiterhin als Diakone und Älteste einzusegnen.

Geschlechtsunabhängiges Gehalt

Die Kirchenleitung von Frankreich, Belgien und Luxemburg will laut Bulletin d'Information Adventiste (BIA) die notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit adventistische Pastorinnen ebenso wie ihre männlichen, ordinierten Kollegen entlohnt werden können. Sie wolle diesbezüglich bei der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) vorstellig werden, sagte Jean-Paul Barquon.

Adventistische Pastorinnen: Segnung aber keine Ordination

Frauen können auch nach dem Entscheid der Weltsynode 2015 nach ihrem mehrjährigen Theologiestudium in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zwar als Pastorinnen „gesegnet“ und damit beauftragt werden, Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vorzunehmen; doch ist diese Vollmacht örtlich begrenzt. Während die Ordination von Pastoren innerhalb der Freikirche weltweit Gültigkeit hat, dürfen gesegnete Pastorinnen nur in den Gebieten wirken, die zu einer Kirchenleitung gehören, welche die Segnung auch praktiziert. Ordiniert zum weltweiten Dienst werden lediglich männliche Geistliche. Nur sie dürfen in kirchenleitende Ämter, etwa als Präsident einer „Vereinigung“ oder eines „Verbandes“ (regionale beziehungsweise überregionale Kirchenleitung) berufen werden, da hierfür die Ordination notwendig ist.

Französischer Text (Original) der Stellungnahme:

<http://www.adventiste.org/actualite.html/678#>

Englische

Übersetzung:

<http://conversation.spectrummagazine.org/t/franco-belgian-unio>

Flüchtlinge juristisch unterstützen

„Wenn man etwas beantragt bei Behörden, dann ist das nicht immer das Angenehmste“, so Mueller. „Um wieviel schwieriger ist das für Leute, die hierher kommen und unsere Sprache nicht sprechen.“ Grundsätzlich sei es Aufgabe eines Rechtsanwalts, Flüchtlinge juristisch zu begleiten, sagte Heß. Ehrenamtliche Helfer könnten hier als Vermittler auftreten zwischen Schutzsuchenden auf der einen und Rechtsanwälten und Behörden auf der anderen Seite. Sie könnten Verständnis wecken für den „sehr verrechtlichten Rahmen“ in der Bundesrepublik.

In laufenden Asylverfahren sollten ehrenamtliche Helfer weiter darauf hinwirken, dass Flüchtlinge ihre Lebensgeschichte im Rahmen ihrer Anhörung im Detail vortragen, wobei Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden sei. Nur so könnten sich die Entscheider ein ganzheitliches Bild machen. Harald Mueller und Michael Heß machten durch verfahrenstechnische und beispielhafte Ausführungen deutlich, dass die Begleitung von Flüchtlingen bei Behördengängen durch ehrenamtliche Helfer in vielerlei Hinsicht eine große Unterstützung sein kann.

Die eigene Religion frei bekunden können

Zwar sei die Religions- und Weltanschauungsfreiheit in den Verfassungen vieler Länder geschützt, dennoch könne immer wieder beobachtet werden, dass dieses Recht durch das Verhalten staatlicher und nichtstaatlicher Akteure gefährdet wird, teilte Dr. Harald Mueller, Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinigung für Religionsfreiheit (DVR), mit. Häufig seien die Ursachen mangelndes Verständnis oder auch Gleichgültigkeit gegenüber den Belangen von Menschen, die ihren Glauben ausleben möchten und dabei mit den Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft kollidieren, so Mueller.

Ihre Ziele will die DVR unter anderem dadurch erreichen, dass sie die Situation der Religionsfreiheit in Deutschland beobachtet, Gefährdungen dokumentiert und Betroffenen beratend zu Seite steht. Ferner gehört die wissenschaftliche Erforschung und Förderung der Religionsfreiheit zu ihren Aufgaben. Dazu unterhält die DVR auch ein Institut an der Theologischen Hochschule Friedensau (bei Magdeburg).

Die Deutsche Vereinigung für Religionsfreiheit e.V. ist ein Zweig der Internationalen Vereinigung zur Verteidigung und Förderung der Religionsfreiheit, die 1946 gegründet wurde und heute ihren Sitz in Bern hat. Ziel der Vereinigung ist die Förderung und Wahrung der Grundsätze der Religionsfreiheit. Gefördert wird die Arbeit durch die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Weitere Infos: www.dv-religionsfreiheit.org

Kauder: Religionsfreiheit zentrales Mittel zum Frieden

Christen in Deutschland befänden sich zurzeit in einer der größten Herausforderungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Kauder sprach von einem „Werteprüfstand“. „Wir als Christen sind gefordert, unsere Werte zu vertreten. Wir sind auch aufgefordert, uns von niemandem bedrängen zu lassen.“ Die Strategie des sogenannten Islamischen Staats, Religionen in Europa gegeneinander aufzuhetzen, dürfe nicht unterstützt werden. „Religionsfreiheit ist das zentrale Befriedungsmittel überall in der Welt“, so der Fraktionsvorsitzende. Daher sei es notwendig, sich dafür einzusetzen.

Terrornacht in Paris: Adventisten beten und kondolieren Opferfamilien

Pastor Mario Brito, Präsident der Freikirche in West- und Südeuropa (Intereuropäische Division) mit Sitz in Bern, zu deren Gebiet die Adventisten in Frankreich gehören, drückte in einer ersten Stellungnahme seine „tiefe Betroffenheit“ und „Solidarität mit der ganzen Bevölkerung Frankreichs“ aus. Das menschliche Leben sei in Gottes Augen unendlich wertvoll, so

Brito.

„Unsere Gedanken sind bei den Menschen und Familien, die von der Tragödie in Paris betroffen sind und leiden“, sagte der Präsident der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz), Pastor Ted C. Wilson (Silver Spring, Maryland/USA). „Wir beten, dass Sicherheit und Frieden zurückkehren.“

„Hass mit Liebe besiegen“

Pastor Gunnar Scholz, Präsident der Freikirche der Siebententags-Adventisten in Berlin und Mitteldeutschland, zeigte sich in einem Rundschreiben an die dortigen Adventgemeinden betroffen „über solch eine Grausamkeit und Kaltblütigkeit, die Mord und Tod über Menschen im Namen Gottes gebracht hat“. Er wies darauf hin, dass wir hierzulande nicht nur die Flucht vor dem Krieg erleben, „sondern der Krieg selbst ist bei uns angekommen“. Es sei verständlich, dass jetzt der Ruf nach mehr Sicherheit laut vernehmbar werde. Doch der Geistliche mahnt zur Vorsicht: „Der Feind ist unsichtbar!“ Gegen solch einen Feind zu kämpfen sei schwierig. „Menschen dagegen sind sichtbar!“ Gerade jetzt, wo Menschen wegen des dortigen Terrors fliehen, seien wir aufgefordert, ihnen trotz der Gefahr, trotz des eventuellen Missbrauchs, Hilfe und Aufnahme zu gewähren.

Scholz wies auf die gerade beginnende Gebetswoche der Adventisten in Deutschland hin. Er fordert die Gemeinden auf, die jetzige Situation im Gebet vor Gott zu bringen: „Bitten wir um Trost für die Opfer und Hinterbliebenen. Beten wir für unsere Regierungen, dass sie weise und weitsichtig handeln. Beten wir um Frieden! Beten wir um Mut, jetzt nicht pauschal zu verurteilen, sondern helfend die Hand denen entgegen zu strecken, die unter Gewalt, Krieg und Terror leiden. Lassen wir uns von solchem Hass herausfordern und ihn mit Liebe besiegen!“ Nicht Abgrenzung tue Not, sondern Hinwendung.

Europäische Adventisten erarbeiten Medienstrategie 2016 bis 2020

Die Tagung mit dem Titel „Shaping Future (Zukunft gestalten) – EUD GAiN“ fand im Medienzentrum der „Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein statt. EUD steht für die adventistische teilkontinentale Kirchenleitung in West- und Südeuropa. GAiN ist die Abkürzung für „Global Adventist Internet Network“.

Die Beratungen wurden von der EUD-Kommunikationsabteilung gemeinsam mit dem adventistischen Medienzentrum in Deutschland geplant und durchgeführt. Die rund 60 Fernseh- und Radiomacher sowie Internet-, Kommunikations- und Evangelisationsverantwortlichen der adventistischen Kirchen aus Portugal, Spanien, Italien, Frankreich, Deutschland, Österreich, Bulgarien, Rumänien, Tschechien sowie der Slowakei und der Schweiz tauschten sich zuerst über realisierte und geplante Projekte aus.

Anschließend diskutierten sie Internetprojekte sowie aktuelle Trends und Entwicklungen der Internettechnologie und der sozialen Medien. An den folgenden zwei Tagen arbeiteten sie in acht Gruppen an einer Medienstrategie bis ins Jahr 2020 für die Bereiche Fernsehen, Radio, soziale Medien, Print, IT, Web und Sicherheit. Die Gruppenergebnisse wurden von einem Team gesammelt und sollen nach der redaktionellen Bearbeitung den Teilnehmenden zugestellt werden. Sie sollen im Frühjahr 2016 den nationalen Kirchenleitungen sowie der EUD-Kirchenleitung zur Beschlussfassung einer Medienstrategie bis 2020 vorgelegt

worden. Diese soll auf der EUD-Kommunikations-Website publiziert werden: <http://gain.eud.adventist.org/>

Persönliche, nicht elektronische Begegnungen

Die Medien seien nur ein Mittel, um den Mitmenschen die gute Nachricht von Jesus Christus bekannt zu machen und den Kontakt zu ihnen aufzubauen, sagte Paolo Benini, Abteilungsleiter für Evangelisation der EUD-Kirchenleitung. Das Entscheidende bleibe aber nach wie vor die persönliche Beziehung von Mensch zu Mensch, welche durch keine Medienarbeit ersetzt werden könne. Es gebe keine elektronische Kirche, so Benini.

Auf diesem Hintergrund sei im deutschsprachigen Raum die noch engere Zusammenarbeit zwischen den elektronischen Medien des Hope Channel und des Bibelstudieninstituts zu sehen, die 2015 vollzogen wurde, so Pastor Klaus Popa, Leiter der Stimme der Hoffnung. Das Hope Bibelstudien-Institut bietet auf dem Korrespondenzweg Bibelfernkurse sowie andere Kurse an.

Das Hope Bibelstudien-Institut ist das älteste Institut für kostenlosen Bibelfernunterricht in Deutschland, Österreich und der Schweiz und wurde 1948 gegründet, weil Hörer von christlichen Radiosendungen mehr über die Bibel erfahren wollten. Jährlich melden sich etwa 6.000 Teilnehmer zu den kostenlosen und unverbindlichen Bibelfernkursen an.

Mehr Informationen:

Deutschland: www.bibelstudien-institut.de

Österreich: www.bibelstudien-institut.at

Schweiz: www.bibelstudien-institut.ch

Hope Channel ist ein Radio- und TV-Sender der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Der Sender gehört zur internationalen Senderfamilie Hope Channel, die 2003 in den USA gegründet wurde. Mehr Informationen unter www.hope-channel.de.

Freikirchen unterstützen MerkeIs Flüchtlingspolitik

Im Namen der Freikirchen dankte Hörsting der Bundeskanzlerin für ihre Zuversicht, ihre Haltung und ihre Wortwahl in der Flüchtlingspolitik, die eine angemessene Ausrichtung und Zielvorgabe seien: „So wie Sie sehen wir die Not der Menschen, die zu Recht in Europa nach Asyl fragen – um ihrem Leben einen Ort zu geben, der sie in ihrer Existenz schützt. Wie sonst wollen wir unsere Werte von Humanität und Würde behaupten, wenn wir sie nicht in Belastungsproben mit Leben füllen?“

Humanitäre Grundrechte nicht verweigern

Natürlich löse die „gänzlich neue Situation“ auch Unsicherheiten aus, so Hörsting weiter. Die Frage, wie das „gesellschaftliche Miteinander friedlich und zum Wohle aller gestaltet werden“ könne, dürfe aber nicht dadurch beantwortet werden, indem man Asylsuchenden humanitäre Grundrechte verweigere. Überhaupt sei es weder ratsam noch nötig, die Anliegen der deutschen Bevölkerung und der Flüchtlinge gegeneinander auszuspielen: Die in der Flüchtlingshilfe zum Ausdruck kommende „Grundhaltung der Menschlichkeit ist dieselbe, die auch die Probleme und Nöte der hiesigen Bevölkerung aufnimmt.“

Nicht den Sorgen das letzte Wort geben

Auch auf die in der gesellschaftlichen Debatte häufig gestellte Frage, welchen Flüchtlingszuzug Deutschland verkraften könne, ging der VEF-Präsident ein. Darüber müsse geredet werden, damit eine positive Grundhaltung erhalten bleibe, so Hörsting: „Das ist eine schwere Debatte, die wir positiv, menschenfreundlich und unterstützend führen wollen.“ Dabei sei es die gemeinsame Aufgabe der Politik und der

Kirchen, in der Bevölkerung dafür zu werben, nicht den Sorgen das letzte Wort zu geben, sondern mit Zuversicht und beherzt auf Flüchtlinge zuzugehen: „Herzlich gerne wollen wir uns dabei engagiert einbringen und im Vertrauen auf Gott und in Verantwortung vor den Menschen helfen so gut wir können, damit der gesellschaftliche Frieden bewahrt werden kann und Menschen auf der Flucht bei uns Schutz finden können.“

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen wurde 1926 gegründet. Ihr gehören zwölf Mitglieds- und zwei Gastkirchen an. Verschiedene Arbeitsgruppen der VEF befassen sich mit Themen wie Evangelisation und missionarischem Gemeindeaufbau, gesellschaftlicher Verantwortung, Rundfunkarbeit, Angeboten für Kinder und Jugendliche oder theologische Aus- und Weiterbildung. Weitere Informationen: www.vef.de

Evangelische Kirche in Deutschland wählt neuen Rat

In elf Wahlgängen wurden sechs Frauen und acht Männer in den EKD-Rat gewählt. Mit Heinrich Bedford-Strohm (Bayern), Annette Kurschus (Westfalen), Kirsten Fehrs (Hamburg/Lübeck) Volker Jung (Hessen-Nassau) und Markus Dröge (Berlin) gehören dem Leitungsorgan künftig fünf Leitende Geistliche an. Zu den Ratsmitgliedern gehören außerdem die Politiker Kerstin Griese (SPD) und Thomas Rachel (CDU) sowie die Universitäts-Professoren Jacob Jousen und Elisabeth Gräß-Schmidt. Weitere Ratsmitglieder sind der Unternehmer Andreas Barner, die Hannoversche Kirchenamtspräsidentin Stephanie Springer und

Michael Diener, Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbands. Ebenfalls gewählt wurden Marlehn Thieme und der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werkes in Württemberg, Dieter Kaufmann. Als 15. Mitglied gehört die Präses der EKD-Synode, Irmgard Schwaetzer, von Amts wegen dem Rat an.

Der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern, Heinrich Bedford-Strohm, erhielt in Bremen bei seiner Wahl zum Ratsvorsitzenden 124 von 125 abgegebenen Stimmen von Synode und Kirchenkonferenz der EKD. Der 1960 in Memmingen geborene Bedford-Strohm (55) steht seit Ende 2011 als Landesbischof an der Spitze der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und ist seit November 2013 Mitglied des Rates der EKD. Dort folgte er Ende 2014 als Ratsvorsitzender auf Nikolaus Schneider. Zuvor war Bedford-Strohm nach Stationen im Pfarramt von Diakonie und Gemeinde Professor für Systematische Theologie und Theologische Gegenwartsfragen an der Universität Bamberg. Heinrich Bedford-Strohm ist verheiratet und Vater dreier erwachsener Kinder.

Mit 118 von 125 Stimmen wurde Annette Kurschus zur stellvertretenden EKD-Ratsvorsitzenden gewählt. Sie studierte in Bonn, Marburg, Münster und Wuppertal Theologie. Sie war Vikarin und dann Gemeindepfarrerin in mehreren Siegener Kirchengemeinden. 2005 wurde sie Superintendentin des Kirchenkreises Siegen. Seit 2012 steht Präses Annette Kurschus als erste Frau an der Spitze der Evangelischen Kirche von Westfalen, der viertgrößten Landeskirche in Deutschland.

Präses eines pietistischen Dachverbandes erstmals im EKD-Rat

Als „eine völlig neue Entwicklung“ bezeichnete Hartmut Steeb, Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA), die Wahl von Michael Diener in den Rat der EKD. Diener ist nicht nur Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbands, sondern auch ehrenamtlicher Erster Vorsitzender der DEA. Es sei das erste Mal, dass der Präses eines pietistischen Dachverbandes in der EKD in dieses Leitungsgremium berufen

wurde, so Steeb.

„Seine Wahl ist auch ein starkes Zeichen für das konstruktive Miteinander von EKD und Deutscher Evangelischer Allianz, wie es sich in den letzten Jahren immer mehr entwickelt hat“, sagte der Zweite Vorsitzende der Deutschen Evangelischen Allianz, Ekkehart Vetter, nach der Wahl.

Die EKD ist die Gemeinschaft von 20 lutherischen, reformierten und unierten Landeskirchen. 23 Millionen Evangelische in Deutschland gehören zu einer der 15.000 Kirchengemeinden.

Weihnachtsmarke 2015 „Stille Nacht“

Das Lied „Stille Nacht“ wurde am 24.12.1818 in der abgebildeten Kirche uraufgeführt, heißt es im Begleitschreiben des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands zur Weihnachtsmarke. Der damalige Hilfspriester Josef Mohr habe den Text gedichtet, der Organist Franz Gruber die Musik dazu komponiert. „Inzwischen hat das Lied ‚Stille Nacht‘ längst die Welt erobert und wurde bereits in über 300 Sprachen und Dialekte übersetzt.“

Die Weihnachtsmarke 2015 ist bei allen Postfilialen, Vertriebsstellen der Freien Wohlfahrtspflege und beim Advent-Wohlfahrtswerk e.V., Hildesheimer Straße 426, 30519 Hannover, Telefon 0511-97177300, E-Mail mail@aww.info, erhältlich.

Gebetswoche der Adventisten zum Thema „In der Vorfreude Leben“

Die acht „Lesungen“ des Heftes für die Gebetswoche stammen von dem Präsidenten der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung), Pastor Ted N. C. Wilson (1. Lesung), von Gerald und Chantal Klingbeil (Lesungen 2 bis 7) sowie die 8. Lesung von der Mitbegründerin der Freikirche, Ellen G. White (1827-1915).

Gerald Klingbeil stammt ursprünglich aus Deutschland und ist stellvertretender Chefredakteur der Zeitschriften „Adventist Review“ und „Adventist World“. Außerdem hält er eine Forschungsprofessur für Altes Testament und Altorientalistik am Theologischen Seminar der Andrews-Universität. Seine in Südafrika geborene und aufgewachsene Frau Chantal ist die stellvertretende Leiterin des Ellen-White-Estates und konzentriert sich in ihrer Arbeit besonders auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Wie in den vergangenen Jahren gibt es in der Heftmitte weitere Zusatzthemen als ergänzendes Material für das persönliche Studium. Es geht darin um das Thema „Menschen dienen, Gott vertrauen“ am Beispiel von Nehemia.

Zum Abschlussgottesdienst der Gebetswoche am 21. November gehört auch die traditionelle Opfersammlung für die weltweite Mission der Freikirche. Im letzten Jahr betrugen die „Gebetstagsgaben“ der knapp 35.000 Adventisten in Deutschland

rund 620.000 Euro. Für die parallel stattfindende Gebetswoche der Kinder gibt es ein eigenes Materialheft mit dem Thema „Jesus kommt bald!“. Die nächste Gebetswoche für adventistische Jugendliche findet vom 19. bis 26.3.2016 statt.

Adventistische Mediziner im Einsatz für Flüchtlinge auf Lesbos

Es sei ein unaufhörlicher Strom von weinenden, verletzten, manchmal auch sterbenden Flüchtlingen, denen er und das medizinische Team von adventistischen Freiwilligen auf Lesbos täglich zu helfen versuchten, berichtete der südafrikanische Arzt Michael-John Von Hörsten (30) in der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift Adventist Review (AR). Mit dem Klinikbus von „Adventist Help“ könnten sie auch den spät in der Nacht eintreffenden Flüchtlingen an der Nordküste von Lesbos helfen. „Wenn es am Abend kalt wird, ist der Klinikbus mit Dutzenden nassen, verängstigten Kindern gefüllt, die wir wärmen, bekleiden und denen wir zu Essen geben. Das ist so ein Privileg“, sagte der Arzt.

Das kleine Team besteht aus adventistischen Medizinerern aus Deutschland, der Schweiz und Südafrika, die alle Arten von medizinischen Problemen zu behandeln versuchten. Die Freiwilligen würden in den sich ergebenden Pausen schlafen und essen, so von Hörsten. „Adventist Help“ arbeite auch mit Freiwilligen anderer Religionen zusammen, so hätten sich Ärzte und Pflegepersonal muslimischen Glaubens als „große Hilfe“

erwiesen.

Der bloße Anblick eines ankommenden Bootes sei für ihn jedes Mal eine berührende Erfahrung. Pro Tag überquerten zwischen fünf und 30 Schlauchboote die rund acht Kilometer breite Passage zwischen der Türkei und Griechenland. Die Boote seien überfüllt mit Kindern und Erwachsenen, die sich in ihrer Verzweiflung zur Flucht vor Krieg aus Afghanistan, Irak und Syrien entschieden hätten. Dieses Jahr seien mehr als 300.000 Flüchtlinge auf Lesbos angekommen, so AR.

Detailliertere Infos zum Einsatz von „Adventist Help“ auf der Facebookseite von Michael-John Von Hörsten: <https://www.facebook.com/mjvonh>

Radeln und Helfen

Unter dem Motto „cycle4education“ sollen die Teilnehmer eigene Sponsoren suchen, für die sie Tagesdistanzen zwischen 70 und 120 Kilometern zurücklegen. Auch wenn es bei dieser Tour nicht um ein Radrennen mit Siegern und Verlierern gehe, sei das Anliegen doch mehr, als nur ein Freizeitvergnügen, teilte ADRA Deutschland mit. Die Spenden würden der Nationalität der Fahrer entsprechend dem jeweiligen ADRA-Landesbüro übergeben und für Ausbildungsprojekte in Entwicklungsländern eingesetzt.

Neben den Kosten für Hotelunterbringung und Verpflegung, die an den Organisator entrichtet werden müssten, verpflichtete sich jeder Teilnehmer, pro Tag mindestens 130,- Euro an Sponsorengeldern zu gewinnen. Als mögliche Sponsoren kämen laut ADRA Deutschland Einzelpersonen, Unternehmen,

Kirchengemeinden und Vereine infrage.

Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Radbegeisterte, Sponsoren und andere Interessenten finden ausführliche Informationen unter www.cycle4education.org. Unter diesem Link ist auch die Anmeldung für die Radtour möglich. Anmeldeschluss ist der 11. Dezember 2015.

Hochschulbibliothek in Friedensau nutzt neues Bibliothekssystem

Das Bibliothekssystem „PICA“ löst das alte System „Allegro C“ ab. Damit kann der gesamte Bibliotheksbestand der Wissenschaftsgemeinschaft zugänglich gemacht werden. Das schließt auch Raritäten ein, wie zum Beispiel die adventistische Literatur von den Anfängen der Kirche. Zudem bietet das neue System eine effektivere Suche im öffentlich zugänglichen Online-Katalog (OPAC) an. Auch E-Medien wurden in den Hochschulkatalog integriert. So stehen ab sofort mehr als 400.000 E-Books zur Ausleihe zur Verfügung.

Die Medien sind durch das neue System im Katalog des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV) recherchierbar und können damit in allen Partnerbibliotheken (dem größten Teil der wissenschaftlichen Bibliotheken in den Bundesländern Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) per Fernleihe ausgeliehen werden.

Die Theologische Hochschule Friedensau wurde 1899 gegründet und ist eine staatlich anerkannte Hochschule in Trägerschaft der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. In den Fachbereichen Christliches Sozialwesen und Theologie können neun B.A.- und M.A.-Studiengänge, zum Teil berufsbegleitend, belegt werden.

Adventistische Kirche in Mittelamerika korrigiert Mitgliederzahl

Die Gesamtmitgliederzahl der Adventisten im Gebiet der IAD-Kirchenleitung liegt bei 3,6 Millionen Personen, die in 21.179 Kirchgemeinden Gottesdienste feiern. Die IAD-Kirchenregion ist damit mitgliedermäßig die größte der weltweit dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen mit insgesamt knapp 19 Millionen Adventisten.

„Wir arbeiten nun mit genaueren Zahlen“, sagte Pastor Elie Henry, IAD-Exekutivsekretär bei der Präsentation der Mitgliederzahlen. „Es geht darum, ehrlich zu uns selbst zu sein und zu realisieren, dass wir für diejenigen, die unsere Kirche verlassen haben, verantwortlich sind.“ Das Mitgliederaudit habe gezeigt, dass viele Mitglieder die Kirche verlassen hätten, einige seien gestorben, andere weggezogen. Es sei nun auch klarer, wer die Ehemaligen seien, um die man sich erneut kümmern wolle, so Henry. Für einige Gebiete innerhalb der IAD-Kirchenleitung sei die 2012 begonnene Überprüfung der Mitgliederzahlen die erste in 40 Jahren

gewesen, sagte ein Delegierter aus Kolumbien.

Haiti mit Problemen beim Mitgliederaudit

In Haiti leben 433.000 Adventisten, damit hat Haiti die höchste Mitgliederrate der in der mittelamerikanischen Kirchenleitung vertretenen Länder. Die Zeitspanne für das Mitgliederaudit sei dort laut Adventist Review (AR) wegen fehlenden Computern und weil beim Erdbeben 2010 viele Unterlagen verschüttet worden seien bis 2020 verlängert worden. „Die meisten unserer 1.046 Kirchengemeinden und Gruppen halten jeden Samstag (Sabbat) zwei oder gar drei Gottesdienste, die gut mit Menschen gefüllt sind“, sagte Pastor Pierre Caporal, Exekutivsekretär der adventistischen Kirchenleitung in Haiti. Es könne gut sein, dass die adventistische Kirche in Haiti nach Abschluss des Mitgliederaudits trotz einer Zahlenberichtigung mehr Mitglieder habe als heute.

Zum Gebiet der IAD-Kirchenleitung mit Sitz in Miami, Florida/USA, gehören Mexiko, die mittelamerikanischen Staaten, die karibischen Inseln sowie Kolumbien und Venezuela in Südamerika.

Das Verhältnis von Adventisten zur Bevölkerung liegt in Kolumbien bei 1:184 und in Jamaika bei 1:9. In Deutschland kommen auf ein adventistisches Kirchenmitglied 2.287 Bewohner, in Österreich 2.066 und in der Schweiz 1.795.

Rainer Wanitschek wechselt zur Intereuropäischen Kirchenleitung der Adventisten

Laut Online-Dienst der Zeitschrift „Adventisten heute“ war Rainer Wanitschek 16 Jahre lang Vorsteher der Freikirche in Bayern (zwölf Jahre in Südbayern, vier in Gesamtbayern), bevor er am 1.7.2014 seinen Dienst als Präsident des Süddeutschen Verbandes aufnahm. Während seines Studiums an der Andrews-Universität in Berrien Springs, Michigan/USA, mit einem Abschluss in Theologie (Master of Divinity) absolvierte Wanitschek auch eine Ausbildung in Familienberatung. Seitdem hätten er und seine Frau zahlreiche Partnerschaftsseminare und Familienwochenenden durchgeführt.

Nach bisheriger Praxis wurde seine Frau Elvira als Koordinatorin der Arbeit für Pastorenfrauen im Bereich der Division gewählt (Shepherdess Coordinator). Elvira und Rainer Wanitschek haben vier erwachsene Söhne. Wer Nachfolger von Wanitschek als Präsident des Süddeutschen Verbandes wird, steht noch nicht fest.

Jahrbücher

über

Christenverfolgung und Religionsfreiheit erschienen

Die Jahrbücher werden von der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM), dem Internationalen Institut für Religionsfreiheit (IIRF) und den Religionsfreiheitsarbeitskreisen der drei deutschsprachigen Allianzen, der Deutschen Evangelischen Allianz, der Schweizerischen Evangelischen Allianz und der Österreichischen Evangelischen Allianz, von Thomas Schirmacher, Max Klingberg und Ron Kubsch herausgegeben.

Das Jahrbuch über Christenverfolgung enthält Artikel verschiedener Autoren, wie „Flucht ohne Wiederkehr“, „Die Bevorteilung des Islam und die Benachteiligung des orientalischen und freikirchlichen Christentums in Deutschland“ oder „Zur Situation im Irak und in Syrien“. Es wird Stellung genommen zum „11. Bericht über die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung“. In Beiträgen zu Ländern, Völkern und Kirchen geht es um den Islamischen Staat (IS) sowie um die Situation der Christen in Syrien und Indien. Ein geschichtlicher Rückblick befasst sich mit „100 Jahre Genozid an den Armeniern, Assyrern und Pontos-Griechen“. Zur weltweiten Lage des Christentums informiert unter anderem der Weltverfolgungsindex von „Open Doors“.

Das Jahrbuch Religionsfreiheit ist ähnlich aufgebaut wie das Jahrbuch über Christenverfolgung. Die Themen sind unter anderem „Islamischer Gebetsruf vom Minarett und Glockengeläut“, „Das Recht zum Religionswechsel“, „Die Lage der Bahá'í im Spiegel der Menschenrechtsverpflichtungen des Iran“, „Aleviten in der Türkei“, „Religionsfreiheit und Verfolgung im südlichen Afrika unterhalb der Sahara“, „Blasphemiegesetze in Pakistan“ und „Rohingya in Burma: Flüchtling im eigenen Land“.

Beide Jahrbücher können im Internet unter <http://www.ead.de/arbeitskreise/religionsfreiheit/downloads.html> heruntergeladen werden.

Weltgesundheitsorganisation: Verarbeitetes rotes Fleisch ist krebserregend

Die Internationale Agentur für Krebsforschung IARC unterscheidet fünf Kategorien von „krebserregend für Menschen“ bis „wahrscheinlich nicht krebserregend für Menschen“. Verarbeitetes rotes Fleisch stuft die WHO in Kategorie 1 ein, in der auch Alkohol, Tabak und Asbest klassifiziert sind. Rohes rotes Fleisch wird in Kategorie 2 „wahrscheinlich krebserregend für Menschen“ eingestuft.

Warnungen vor Fleischgenuss bereits vor 120 Jahren

Diese WHO-Erkenntnisse bestätigten Aussagen, welche Ellen G. White, die Mitbegründerin der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, bereits vor 120 Jahren gemacht habe, kommentierte Dr. med. Peter N. Landless, Direktor der Gesundheitsabteilung der adventistischen Weltkirchenleitung die WHO-Ergebnisse. Ellen G. White habe vor Fleischverzehr gewarnt und pflanzenbasierte Kost empfohlen: „Die Menschen essen fortwährend Fleisch, das tuberkulose- und krebserregende Keime enthält.“ Es sei schade, dass viele Adventisten den Ratschlägen von E. G. White nicht gefolgt seien, so Landless, in einem Artikel der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift Adventist Review (AR).

Nur Minderheit der Adventisten lebt vegetarisch

Er hoffe, dass die Adventisten diese WHO-Ergebnisse zur Kenntnis nehmen werden, nicht weil diese Thematik einen Bezug zur Erlösung habe, sondern eine Frage der Lebensqualität sei, ergänzte der Mediziner. Adventisten sei es nicht verboten, Fleisch zu essen, heißt es im AR-Artikel. Sie verzichteten aber auf den Verzehr von Schweinefleisch, Garnelen und anderem in der Bibel als „unrein“ bezeichnetem Fleisch. Von den knapp 19 Millionen Adventisten weltweit ernähre sich nur eine Minderheit vegetarisch. In Südamerika und im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gebe es unter den Adventisten starken Widerstand gegen fleischlose Kost.

Fleischkonsum reduzieren

Dr. Michael Orlich, Forschungsleiter der Adventistischen Gesundheitsstudie 2 (Adventist Health Study-2), bezeichnete die WHO-Ergebnisse als wichtig. Sie sollten „von allen berücksichtigt werden“, „die Entscheidungen treffen oder Empfehlungen betreffs Ernährung geben müssen“. Dieser Expertenbericht basiere auf hunderten Studien, welche mögliche Zusammenhänge zwischen verarbeitetem rotem Fleisch und Krebs erforscht hätten. Adventisten als auch die Öffentlichkeit im Allgemeinen wären gut beraten, den Verzehr von verarbeitetem rotem Fleisch zu reduzieren oder ganz vom Speiseplan zu streichen. Das Gleiche gelte wahrscheinlich auch für rohes rotes Fleisch, so Dr. Orlich.

Stellungnahme der WHO trotz wirtschaftlichem und politischem Druck

Dr. med. Peter N. Landless forderte in einem Interview die Adventisten auf, die Ergebnisse dieser WHO-Studie ernst zu nehmen. Die Weltgesundheitsorganisation habe Position bezogen obwohl es wirtschaftlichen und politischen Druck seitens der Fleischindustrie und von Ländern gebe, die viel rotes Fleisch exportierten. „Wenn eine große Organisation wie die WHO eine solche Stellungnahmen abgibt, dann deshalb, weil es sehr wichtig ist“, sagte der Arzt in einem Interview.

Gibt es Gott?

Die Ausführungen von William Lane Craig gründeten auf zwei Kernthesen. Erstens: „Es gibt gute Argumente für die Existenz Gottes“ und zweitens: „Es gibt keine vergleichbar guten Argumente gegen die Existenz Gottes“. Die erste Grundannahme untermauerte Craig mit der Aussage, Gott sei die beste Erklärung für die Frage, warum überhaupt etwas existiere. Ferner sei er die beste Erklärung für den Ursprung des Universums, die Feinabstimmung des Universums zur Ermöglichung intelligenten Lebens, für objektive moralische Werte und Pflichten und für die historischen Fakten über Jesus von Nazareth.

Ansgar Beckermann verfolgte mit seinen Ausführungen zwei Ziele. Zum einen wollte er durch kritische Anfragen an Craigs Thesen zeigen, dass sie nicht so gut begründet seien, wie behauptet. Zum zweiten zeige das Problem des Übels laut Beckermann, dass es einen guten und allmächtigen Gott im Sinne des Christentums nicht geben könne. Das immense Leid in der Geschichte dieser Welt lasse eher den Schluss zu, dass ihr „Schöpfer“ ein Gott zweiter Klasse sei, der sein Handwerk nicht gut verstanden habe – ein „Demiurg“. Er optiere jedoch für eine Sichtweise, die ganz ohne einen übernatürlichen Ursprung des Universums auskomme. „Was spricht für die Existenz Gottes oder anderer übernatürlicher Kräfte? Nüchtern gesehen nichts“, schreibt Beckermann in seinem jüngsten Buch „Glaube“.

In Eröffnungsstatement, zweimaliger Erwiderung und

Abschlussrede versuchten beide Professoren, die Argumente des jeweiligen Kontrahenten aufzugreifen und kritisch zu hinterfragen. Im Anschluss an die engagierte, aber dennoch faire und sachliche Debatte, gab es die Möglichkeit, aus dem Publikum Fragen an die Referenten zu stellen.

Dr. Ansgar Beckermann war von 1995 bis 2010 Professor für Philosophie an der Universität Bielefeld. Von 2000 bis 2006 war er Präsident der Gesellschaft für Analytische Philosophie. Sein Buch „Glaube“ erschien im Jahr 2013 im De Gruyter Verlag.

Dr. William Lane Craig ist Professor für Philosophie an der Talbot School of Theology der Biola University in La Miranda, Kalifornien/USA. Von 1999 bis 2006 war er Präsident der Philosophy of Time Society. Sein Buch „On Guard: Mit Verstand und Präzision den Glauben verteidigen“ ist vor kurzem auch auf Deutsch erschienen.

Organisiert wurde die Veranstaltung vom Christlichen Veranstaltungs- und Mediendienst e.V. mit Sitz in Neuried bei München. Die Debatte soll demnächst auf www.cvmd.eu als Online-Video erscheinen.

Bericht zur Religionsfreiheit 2015 in 223 Ländern und Territorien

Der seit 1999 neunte erschienene und nach 223 Ländern und Territorien gegliederte globale Bericht zur Religionsfreiheit

sei aus dem Blickwinkel einer religiösen Minderheit verfasst worden, zu der die weltweit 18,8 Millionen Siebenten-Tags-Adventisten in vielen Ländern gehörten, teilte Adventist Review (AR, nordamerikanische Kirchenzeitschrift) mit.

Da die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten den biblischen Ruhetag, den Sabbat (Samstag), feiert, gehe es im Bericht auch um die Gewährung der Sabbatfreiheit für adventistische Schüler, Studenten und Angestellte in allen Ländern der Welt.

Religiöser Fundamentalismus schränkt oft Religionsfreiheit ein
Laut dem Bericht litten Adventisten und andere religiöse Minderheiten in Zentralasien sowie in Ländern mit starkem religiösem Fundamentalismus, egal ob hinduistischer, buddhistischer oder moslemischer Ausprägung, unter besonders bedrückenden Verhältnissen.

Düstere Situation trotz weltweiter Förderung der Religionsfreiheit

„Trotz einer beispiellosen globalen Mobilisierung zur Förderung der Religionsfreiheit bleibt der Zustand der Religionsfreiheit in der Welt düster“, und es gebe Millionen von Menschen, die darunter litten, sagte Pastor Ganoune Diop, Direktor der Abteilung für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit der adventistischen Weltkirchenleitung bei der Präsentation des Berichts. „Es sind dies Männer und Frauen, die sich bewusst entschieden haben, treu zu ihrem Glauben und Gewissen zu stehen, sowie keine Kompromisse einzugehen“.

Nichtstaatliche Akteure bedrohen Religionsfreiheit

Ernüchternd sei laut Diop auch die in vielen Regionen schnell zunehmende Bedrohung der Religionsfreiheit durch nichtstaatliche Akteure wie Terrororganisationen und Milizen.

223 Länderberichte zur Religionsfreiheit

Der Bericht enthält in der Einleitung zu jedem Land eine

Übersicht zur politischen und sozialen Lage, sowie der entsprechenden Gesetzgebung, den Vorkehrungen zum Schutz der Religionsfreiheit und eine Zusammenfassung der Erfahrungen der Siebenten-Tags-Adventisten im entsprechenden Zuständigkeitsbereich.

Deutschland

Nach Angaben des Berichts könnten die 560 Kirchgemeinden der Adventisten in Deutschland, sowie deren Institutionen (Krankenhäuser, Schulen, Medienzentrum) im Allgemeinen ungehindert arbeiten. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten könne in aller Freiheit evangelisieren und sei Gastmitglied in der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland. Das Einhalten des Sabbats (Samstag) biete werktätigen Adventisten dennoch teilweise Probleme.

Österreich

Obwohl die österreichische Regierung die Ausübung der Religionsfreiheit respektiere, beklagen sich nach Angaben des Berichts religiöse Minderheiten über einen zweitklassigen Status als „religiöse Bekenntnisgemeinschaft“. Die 50 adventistischen Kirchgemeinden mit rund 4.100 Mitgliedern in Österreich sowie die Institutionen der Kirche könnten ungehindert funktionieren. Da die adventistische Kirche in Österreich aber als „religiöse Bekenntnisgemeinschaft“ eingestuft sei und nicht als eine der vierzehn „gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften“, erhalte sie für ihre Privatschulen keine staatliche Finanzierung, wie die anerkannten Kirchen. Adventisten in Österreich haben laut dem globalen Bericht zur Religionsfreiheit 2015 in der Vergangenheit des Öfteren ihre Arbeitsstelle wegen dem Einhalten des Sabbats als Ruhetag verloren. Es hätten aber auch Lösungen getroffen werden können, welche die Anliegen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer befriedigt hätten.

Schweiz

Auch in der Schweiz könnten die rund 4.500 Adventisten in 51 Kirchgemeinden ungehindert Gottesdienste feiern und ihre

Institutionen führen, heißt es im Bericht zur Religionsfreiheit 2015. Bei der Organisation von öffentlichen Evangelisationen gebe es manchmal Probleme, passende Veranstaltungsräume mieten zu können.

Der adventistische globale Bericht zur Religionsfreiheit 2015 wolle die gegenwärtigen Herausforderungen dokumentieren, so Ganoune Diop, sei aber auch Ausdruck der langjährigen Anerkennung der Religionsfreiheit durch die Adventisten als grundlegendem Menschenrecht, das die Basis für alle anderen Freiheiten bilde.

Der englische Bericht zur Religionsfreiheit 2015 in 223 Ländern der Welt steht als PDF kostenlos zum Download bereit: irla.org/world-report-2015.pdf

Erstmals ein Adventist Staatsoberhaupt der Fidschi- Inseln

Der pensionierte Generalmajor der Streitkräfte Fidschis kommt von der Insel Rotuma und erhielt seine Ausbildung unter anderem an Militäarakademien in Neuseeland und Australien. Er studierte an der Harvard Kennedy School in Cambridge, Massachusetts/USA, auch Politik- und Staatswissenschaft. Die Streitkräfte der Inselgruppe umfassen 3.500 Soldaten, davon etwa 300 Marienangehörige mit einigen Patrouillenbooten. Von den drei regulären Bataillonen war das erste an Friedensmissionen der UNO im Libanon, im Irak und in Ost-Timor

beteiligt, das zweite ist als Teil der internationalen UN-Friedenstruppe zur Sicherung des Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel (MF0) auf dem Sinai stationiert, während sich das dritte Bataillon stets in der Fidschi-Hauptstadt Suva befindet. Konrote befehligte UN-Friedenstruppen und war 1978 Kommandeur der UNIFIL, damals eine Beobachtermission, um den Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon zu bestätigen sowie dem libanesischen Staat zu helfen, die Autorität in seinem südlichen Landesteil wieder zu erlangen.

Von 2001 bis März 2006 war Konrote als Diplomat Fidschis Hochkommissar (Botschafter) in Australien und Singapur. 2006 gehörte er bis zum Militärputsch am 5. Dezember für kurze Zeit als Staatsminister für Einwanderung dem Kabinett von Laisenia Qarase an. 2014 wurde er erneut ins Parlament gewählt und amtierte bis zu seiner Berufung zum Staatspräsidenten als Minister für Arbeit, Produktivität und Sozialpartnerschaft. Die Aufgaben von Fidschis Staatsoberhaupt sind hauptsächlich repräsentativer Art. Konrote löst Ratu Epeli Nailatikau ab, der seit 2009 amtierte. Der Präsident wird jeweils für drei Jahre gewählt. Regierungschef ist seit 2007 Premierminister Voreqe (Frank) Bainimarama.

George Konrote ist Mitglied der Siebenten-Tags-Adventisten und ehrenamtlicher Ältester der adventistischen Rotuman Kirchengemeinde in Fidschis Hauptstadt Suva. Der erste adventistische Missionar kam bereits 1891 auf die Inselgruppe. Heute gibt es dort rund 24.000 erwachsen getaufte Adventisten in 154 Kirchengemeinden. Die Freikirche unterhält in der Republik Fidschi eine Hochschule, ein Gymnasium, eine Mittelschule und mehrere Grundschulen.

Etwa 55 Prozent der Bevölkerung auf den Fidschi Inseln bezeichnet sich als evangelische Christen, in der Mehrzahl Methodisten (35 Prozent). Römisch-katholisch sind neun Prozent, Hindus 28 Prozent und Muslime sechs Prozent.

Evangelische Allianz fordert verstärkten Schutz von Christen und Jesiden in Flüchtlingsunterkünften

Baake schreibt: „Die Christen, die aufgrund ihres Glaubens ihre Heimatländer verlassen mussten und nun in Deutschland sind, erleben hier wieder Verfolgung auf schrecklichste Weise“. Baake fordert die Innenminister auf, die Sicherheitsbehörden anzuweisen, „sich dem Schicksal der Christen in den Flüchtlingsheimen viel stärker als bisher anzunehmen“. Der DEA-Beauftragte verwies auf vielfältige Berichte in den Medien, die bereits seit Juli 2014 auf Beispiele für diese Übergriffe aufmerksam gemacht hätten.

Baake nannte es einen „Schlag ins Gesicht der Christen“, die in Deutschland Zuflucht suchten, wenn sie auch jetzt nicht vor „An- und Übergriffen“ geschützt würden. Die Angriffe auf Christen und Jesiden seien ebenso ein Schlag ins Gesicht der vielen Christen aus Kirchen, christlichen Werken, Verbänden und Privatorganisationen, die seit vielen Wochen und Monaten „großartige Hilfe“ leisteten, wenn sie erfahren, dass ihre Glaubensgeschwister in den Flüchtlingsunterkünften wieder „benachteiligt, vergewaltigt und verfolgt“ würden.

Der Beauftragte forderte die Innenminister zusätzlich auf, alles zu tun, um die Täter „dingfest“ zu machen. So könnten sie rasch verurteilt und dann einer möglichen „unverzöglichen“ Abschiebung zugeführt werden.

Informationen zur Deutschen Evangelischen Allianz im Internet unter www.ead.de

ADRA Deutschland legt Jahresbericht 2014 vor

„Als Teil eines global agierenden Netzwerks in mehr als 130 Ländern hilft ADRA Deutschland jährlich Millionen Menschen“, so der Bericht. Nach dem Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ verbessere ADRA die Chancen dieser Menschen auf ein würdiges Leben gemäß der allgemeinen Menschenrechte. Im Jahr 2014 seien die humanitären Krisen auf ein seit Jahrzehnten beispielloses Niveau angestiegen, teilte Geschäftsführer Christan Molke mit. Die Vielzahl der Krisen hätte immense Herausforderungen für die Arbeit von ADRA mit sich gebracht.

Als Beispiele der Projektarbeit für das Jahr 2014 nennt der Geschäftsbericht den Neubau von zwei Schulen mit Solarenergie in Somalia und Somaliland, eine Initiative gegen Mangelernährung in Burkina Faso, medizinische Grundversorgung für Binnenvertriebene im Jemen, humanitäre Hilfe für Vertriebene und Flüchtlinge in Kurdistan, die Eröffnung eines Gesundheits- und Familienzentrums in der Ukraine, die entwicklungspolitische Aktion „Kinder helfen Kindern!“, durchgeführte Freiwilligenprogramme und die in Deutschland betriebenen ADRAshops.

Fast 8,3 Millionen Euro hat das Hilfswerk im Jahr 2014 laut Bericht für seine Aufgaben ausgegeben. Dabei schlugen die allgemeinen Verwaltungskosten mit knapp 20 Prozent zu Buche,

während 78 Prozent des Budgets den Entwicklungs- und Hilfsprojekten sowie entwicklungspolitischer Bildung zugutekamen.

Den Ausgaben standen eingenommene Mittel in folgender Höhe gegenüber (gerundet): 2,7 Millionen Euro aus privaten Spenden; 2,3 Millionen Euro seitens des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland; knapp eine Million Euro von der Europäischen Kommission Humanitäre Hilfe (ECHO); 3,5 Millionen Euro von der Europäischen Union; 0,05 Millionen Euro von der ADRA Stiftung; 1,5 Millionen Euro seitens der „Aktion Deutschland Hilft“; 0,6 Millionen Euro von ADRA-Partnerorganisationen, 0,5 Millionen Euro vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie 0,02 Millionen Euro vom Bundesfamilienministerium.

Der Jahresbericht 2014 von ADRA Deutschland e. V. kann im Internet unter www.adra.de/geschaeftsberichte heruntergeladen werden.

Aktion „1000 Bibeln für Flüchtlinge“

„Die Bibel in der Muttersprache ist für viele Menschen ein Stück Heimat in der Fremde“, sagt der DBG-Generalsekretär Dr. Christoph Rösel. „Für einige Flüchtlinge wäre es aber ein großes Risiko gewesen, sie auf der Flucht bei sich zu tragen. Wir freuen uns, wenn wir jetzt mit diesen Bibelausgaben helfen können.“ Für die Aktion wählte die DBG Sprachen aus, die

besonders häufig unter den Flüchtlingsgruppen vertreten sind. Es handelt sich um Arabisch, Serbisch, Albanisch, Tigrina, Urdu und Englisch. Die Bibelausgaben bezieht die DBG über die jeweiligen nationalen Bibelgesellschaften.

Einrichtungen, Arbeitsgruppen, Werke oder Kirchengemeinden ermitteln für die Aktion in den Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünften den konkreten Bedarf. Die einzelne Bestellung ist auf 50 Bibeln beschränkt. Die Besteller übergeben die Bibeln dann persönlich. Zunächst stellt die DBG für die kostenlose Verteilung insgesamt 1000 fremdsprachige Bibeln bereit. Weitere Informationen unter: www.dbg.de

Rekordergebnis für die Bibelverbreitung

Gegenüber 2013 stieg die Zahl der verbreiteten Bibeln um sechs Prozent. Die Verbreitungszahl für biblische Schriften insgesamt um sieben Prozent. Zusätzlich zu den gedruckten Bibeln verbreiteten die Bibelgesellschaften zwei Millionen Bibelausgaben als Hörbibeln und als Text-Download digital im Internet.

Brasilien bleibt das Land mit der höchsten Verbreitungszahl, im Jahr 2014 auch befördert durch Aktionen zur Fußball-Weltmeisterschaft. „Brasilianer sind fußballverrückt“, sagt der Direktor der Brasilianischen Bibelgesellschaft, Rudi Zimmer, „und die Weltmeisterschaft war eine wunderbare Gelegenheit während des Turniers das Wort Gottes mit den feiernden Fans zu teilen“.

Nigeria und Südafrika bleiben auf dem afrikanischen Kontinent die Länder mit den höchsten Bibelverbreitungszahlen. Laut UBS gab es aber auch Zuwächse in kleineren Ländern Afrikas. In der UBS-Region Europa und Naher Osten erhöhte sich vor allem die Zahl der verbreiteten Neue Testamente. „Der Anstieg vollzog sich an einigen überraschenden Orten“, erläutern die Bibelgesellschaften und nennen als Beispiele Syrien und die Ukraine. Die Verbreitungszahlen in Asien wuchsen um durchschnittlich sechs Prozent. Länder mit den höchsten Zahlen sind Indien, China und die christlich geprägten Philippinen.

Zahlen von Verlagen und Organisationen, die nicht dem Weltverband angehören, blieben bei der UBS-Statistik unberücksichtigt. Der Weltverband der Bibelgesellschaften ist der internationale Zusammenschluss von 146 nationalen Bibelgesellschaften, zu denen auch die Deutsche Bibelgesellschaft gehört. Die Bibelgesellschaften sind in rund 200 Ländern aktiv.

Freiheitsimpulse der Reformation durch freikirchliche Minderheiten umgesetzt

Mit dieser These bezog sich die vom Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden mitveranstaltete Tagung auf die Jubiläumsaktivitäten im Vorfeld von 2017, deren Leitmotiv der Zusammenhang von Reformation, Freiheit und Demokratie ist.

Religiöse Abweichler waren auch politische Oppositionelle

Der Begriff „Nonkonformismus“ hat seinen Ursprung im England des 16. und 17. Jahrhunderts, als von allen Untertanen „Konformität“ mit der Staatskirche gefordert wurde. Religiöse Abweichler waren daher automatisch immer auch politische Oppositionelle. Der religiöse Nonkonformismus sei der „Subtext sozialer Reformbewegungen“, hieß es auf der Tagung. Die Kirchengeschichtspräsidentin Andrea Strübind (Universität Oldenburg) eröffnete das Symposium mit einem Vortrag über die maßgebliche Rolle, die Max Weber und Ernst Troeltsch, die Pioniere der deutschen Soziologie um 1900, den englischen und amerikanischen Nonkonformisten (Baptisten, Quäkern und Methodisten) an der Entstehung der modernen freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft zuschrieben. David Bebbington, Professor für Geschichte an der Universität Stirling (Schottland), zeigte auf, dass die Nonkonformisten oder „Dissenter“ im 17. und 19. Jahrhundert treibende Kraft der Liberalisierung und Demokratisierung der englischen Gesellschaft gewesen seien.

Zivilgesellschaftliches Engagement der Freikirchen

Professor Martin Rothkegel (Theologische Hochschule Elstal bei Berlin) erinnerte daran, dass Luther die Ableitung politischer Freiheitsforderungen aus der „Freiheit des Christenmenschen“ ausdrücklich abgelehnt habe. Dagegen fände sich die politische Forderung nach uneingeschränkter Religionsfreiheit bereits bei den Täufern des 16. Jahrhunderts. Der erste moderne demokratische Staat sei 1636 durch den (zeitweiligen) Baptisten Roger Williams im nordamerikanischen Rhode Island gegründet worden.

Der Theologe und Historiker William Brackney (Acadia University, Kanada) machte auf den maßgeblichen Anteil von Quäkerinnen, Methodistinnen und Unitarierinnen an den Anfängen der Frauenemanzipation aufmerksam. Erich Geldbach (Marburg), Massimo Rubboli (Genua), Karl Heinz Voigt (Bremen) und weitere Referenten referierten über Religionsfreiheit, Abschaffung der

Sklaverei, Pazifismus, Bildungs- und Lebensreform als Schwerpunkte des zivilgesellschaftlichen Engagements englischer und amerikanischer Freikirchen vor allem im 19. Jahrhundert. Die Verwurzelung des amerikanischen Bürgerrechtlers Martin Luther King Jr. in den Traditionen des nonkonformistischen Protestantismus beleuchtete abschließend der Leiter der Evangelischen Akademie Neudietendorf, Michael Haspel.

Adventistische Theologieprofessoren geben Legitimation als „ordinierte“ Pastoren zurück

Am 8. Juli hatten es die rund 2.300 Delegierten der adventistischen Weltsynode 2015 (Generalkonferenz-Vollversammlung) in San Antonio, Texas/USA mit rund 40 zu 60 Prozent abgelehnt, den weltweit dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) die Kompetenz zu erteilen, adventistische Pastorinnen in ihrem Verwaltungsgebiet zum Pastorendienst zu ordinieren.

Jeder der neun Professoren habe nach Angaben von Pastor Jiří Moskala, Dekan des Theologischen Seminars, individuell ein entsprechendes Schreiben an den Generalsekretär der Weltkirchenleitung, G. T. Ng, gerichtet, da die Andrews University, das „Flaggschiff“ adventistischer Ausbildungsstätten, eine Institution der Weltkirchenleitung

ist. Die zurückgesandten Legitimationen laufen Ende Dezember 2015 aus und müssen erneuert werden.

Die in den Schreiben angegebenen Gründe variierten, so Moskala. Die Professoren erlebten die gegenwärtige Ordinationspraxis als eine sakramentale Ermächtigung, die das männliche Geschlecht voraussetze und nicht als Segnung für geschlechtsunabhängige, geistliche Gaben, wie dies die Adventisten immer gelehrt hätten.

Einige Theologen hätten laut Jiří Moskala darauf hingewiesen, dass Ordination Teil der Arbeitsrichtlinien der Kirche sei und kein Artikel der 28 adventistischen Glaubensüberzeugungen, wie dies heute den Anschein habe. Für sie sei dieser Antrag auf Auswechslung der Legitimationsbezeichnung eine Frage des Gewissens sowie der Aufrichtigkeit und ergebe sich aus einem tiefen Gefühl der Ungerechtigkeit und Unfairness Kolleginnen gegenüber, die als Pastorinnen dienen.

Adventistische Pastorinnen: Segnung aber keine Ordination

Adventistische Frauen können nach der Entscheidung der Weltsynode weiterhin nach ihrem mehrjährigen Theologiestudium in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zwar als Pastorinnen „gesegnet“ und damit beauftragt werden, Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vorzunehmen; doch ist diese Vollmacht örtlich begrenzt. Während die Ordination von Pastoren innerhalb der Freikirche weltweit Gültigkeit hat, dürfen gesegnete Pastorinnen nur in den Gebieten wirken, die zu einer Kirchenleitung gehören, welche die Segnung auch praktiziert. Ordiniert zum weltweiten Dienst werden lediglich männliche Geistliche. Nur sie dürfen in kirchenleitende Ämter, etwa als Präsident einer „Vereinigung“ oder eines „Verbandes“/„Union“ (regionale beziehungsweise überregionale Kirchenleitung) berufen werden, da hierfür die Ordination notwendig ist.

Reaktionen auf Beschluss der Weltsynode in Europa

Nach der Entscheidung der adventistischen Weltsynode 2015 zur

Kompetenzregelung bezüglich der Frauenordination haben die überregionalen Kirchenleitungen (Unionen) in Dänemark, Italien, den Niederlanden und Norwegen auf unterschiedliche Weise reagiert.

Norwegen

Am 20. September hat der Exekutivausschuss der nationalen, adventistischen Kirchenleitung in Norwegen (NORUC) beschlossen, zukünftig keine Pastoren mehr zu ordinieren. Sowohl Pastoren als auch Pastorinnen sollen mit einem Fürbittgebet in den vollen Pastorendienst eingeführt werden.

Dänemark

Der Exekutivausschuss der Adventisten in Dänemark (DUChC) hat am gleichen Tag beschlossen, nach Abschluss der Pastoralassistentenzeit ausschließlich den Begriff „Pastor/Pastorin“, ohne die Bezeichnung „ordiniert“ oder „gesegnet“, gleichermaßen für Männer und Frauen zu verwenden.

Niederlande

Adventisten in den Niederlanden wollen Frauen auch in Zukunft ordinieren. In einer Erklärung nach dem Beschluss der Weltsynode hält die niederländische Kirchenleitung fest: „Die Delegierten der adventistischen Kirchengemeinden in den Niederlanden haben im Herbst 2012 beschlossen, Frauen in gleicher Weise wie ihre männlichen Kollegen zum Pastorendienst zu ordinieren. Dieser Beschluss trat im Juni 2013 in Kraft und bleibt es weiterhin. Die Entscheidung der Generalkonferenz-Vollversammlung von San Antonio ändert daran nichts.“

Italien

Die Kirchenleitung der Adventisten in Italien (UICCA) hat am 16. September „ein respektvolles, aber starkes Zeichen des Dissenses und des Protests“ gegenüber der Entscheidung der adventistischen Weltsynode 2015 (Generalkonferenz-Vollversammlung) zur Frauenordination publiziert und geeignete administrative Maßnahmen angekündigt.

Italiens Adventisten opponieren gegen Beschluss zur Frauenordination der Weltkirche

Am 8. Juli hatten es die rund 2.300 Delegierten der adventistischen Weltsynode 2015 (Generalkonferenz-Vollversammlung) in San Antonio, Texas/USA mit rund 40 zu 60 Prozent abgelehnt, den weltweit dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) die Kompetenz zu erteilen, adventistische Pastorinnen in ihrem Verwaltungsgebiet zum Pastorendienst zu ordinieren.

Die Kirchenleitung der Adventisten in Italien führt in ihrer Stellungnahme zum Beschluss der Weltsynode an, dass die Frage der Frauenordination kirchenintern bereits seit 1950 diskutiert werde. Sie sei auch auf den Weltsynoden 1990 und 1995 thematisiert worden. Im Weiteren hätten bereits 2013 die adventistischen Pastoren in Italien einstimmig für die Ordination von adventistischen Pastorinnen zum Pastorendienst votiert und auch die Studienkommission der Weltkirche zur Ordinationsfrage (TOSC) habe 2014 festgehalten, dass es weder biblische noch theologische Hindernisse zur Frauenordination gebe.

In der Stellungnahme heißt es: „Die UICCA (Italienische Union der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten) fühlt sich gezwungen, ein respektvolles aber auch starkes Signal an die

Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) zu senden, um ihren Protest beziehungsweise ihren Dissens zur Abstimmung der Generalkonferenz-Vollversammlung (Weltsynode) zum Ausdruck zu bringen. Die Weltsynode hat in der jüngsten Generalkonferenz-Vollversammlung im Namen der Einheit der Kirche gegen das Grundprinzip der Freiheit sowie der Meinungsverschiedenheit im religiösen und kulturellen Kontext verstoßen. Im Namen der Würde der weiblichen Pastoren, die in unserem Gebiet ihren Dienst leisten, können wir nicht akzeptieren, dass ihre Mission weiterhin nicht vollständig anerkannt und damit diskriminiert wird. Die UICCA behält sich vor, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Meinungsverschiedenheit in offensichtlicher Weise, auch mit administrativen Maßnahmen, zum Ausdruck zu bringen.“

Weltethos-Ausstellung in der Adventgemeinde Berlin- Köpenick lädt zu religionsübergreifender Mitmenschlichkeit ein

Bei der feierlichen Eröffnung der Ausstellung am Samstag, 17.10.2015, bezeichnete der Bezirksbürgermeister des Bezirks Treptow-Köpenick von Berlin, Oliver Igel, die Religion als den Anker des Lebens. Im Hinblick auf religiös motivierte Gewalt erklärte Igel: „Von einigen Dingen kann es nie genug geben.

Dazu gehören der interreligiöse und der interkulturelle Dialog.“ Besonders angesichts der hohen Flüchtlingszahlen böte der Dialog die Chance zum Dazulernen. Durch den Dialog könne es gelingen, die neu hinzugekommenen Menschen zu begrüßen und von ihnen zu profitieren.

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt dankte der Adventgemeinde für ihren gesellschaftlichen Beitrag, den sie mit der Ausstellungspräsentation leiste. Sie erinnere an die gemeinsamen Werte der Weltreligionen, die sich in der Wertschätzung des Menschen zeigten. In Anwendung auf die Flüchtlingsbewegungen betonte Schmidt: „Menschen abzuweisen, widerspricht dem Weltethos.“

Gunnar Scholz, Präsident regionalen Freikirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten, wies zur Ausstellungseröffnung darauf hin, dass ein Frieden dort unmöglich sei, wo man nur nach den Fehlern des Anderen suche. Stattdessen sei es wichtig, den Wert des Anderen zu entdecken und ihm Freiheit zuzugestehen. Diese Freiheit habe Jesus gelebt und den Fremden als Beispiel und zum Vorbild genommen. „Wo man aufeinander zugeht, kann so mancher Konflikt viel besser ausgeräumt werden, als wenn man Druck aufeinander ausübt“, hob Scholz hervor.

In der multireligiösen Welt sei es unverzichtbar, über ein Grundwissen über die Religionen zu verfügen, unabhängig ob man selbst religiös sei oder nicht. Darauf wies Dr. Martin Bauschke, Referent der Stiftung Weltethos, in seiner Einführung in das Anliegen der Weltethos-Ausstellung hin. Andernfalls könne man nicht zwischen Islam und Islamismus unterscheiden und halte den IS für typisch islamisch. Bauschke erinnerte an ein Schreiben von 125 muslimischen Gelehrten an die Führer des IS. Darin bekräftigten die muslimischen Gelehrten, dass es im Islam verboten sei, Unschuldige zu töten, Christen zu schaden, Menschen zur Konversion zu zwingen oder sie zu foltern.

Der Gedanke des Weltethos biete einen Mehrwert gegenüber reiner Menschlichkeit, nämlich die Mitmenschlichkeit, so Bauschke. Es sei nicht nur das Recht des Einzelnen, menschlich behandelt zu werden. Ebenso sei es dessen Pflicht, anderen Menschen gegenüber mitmenschlich zu sein. Diesen Leitgedanken könnten Glaubende der Weltreligionen und Nichtglaubende teilen.

Die Ausstellung „Weltreligionen – Weltfrieden – Weltethos“ kann bis zum 1. November dienstags, donnerstags und sonntags von 15 bis 19 Uhr kostenfrei im Gemeindezentrum der Adventgemeinde Berlin-Köpenick besucht werden. Begleitvorträge finden am 24. Oktober um 19 Uhr zur Religionsfreiheit mit Dr. iur. Harald Mueller, dem Leiter des Instituts für Religionsfreiheit an der Theologischen Hochschule Friedensau, sowie am 31. Oktober um 19 Uhr zum Islam mit der Sozialwissenschaftlerin Jana Kaufmann-Päschel statt.

Weitgehende Einigung bei Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils 2016

In einem vom serbisch-orthodoxen Patriarchat veröffentlichten Abschlussmitteilung heisst es, die Vertreter „aller orthodoxen autokephalen Kirchen“ hätten die endgültige Fassung der bereits 2009 bei der 4. Panorthodoxen Konferenz ausgearbeiteten Vorlage über „Die Autokephalie (Selbständigkeit) von Kirchen und die Art und Weise ihrer Proklamation“ sowie die beiden Vorlagen über das Verhältnis

der Orthodoxie zu den anderen christlichen Kirchen und über die Bedeutung des Fastens akzeptiert.

Laut CBS KULTUR INFO sind die beiden letzteren Vorlagen bei der 2. bzw. bei der 3. Panorthodoxen Konferenz (in den Jahren 1982 bzw. 1986) erstmals erstellt und bei den drei Sitzungen des interorthodoxen Ad hoc-Komitees zur Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils in den Jahren 2014/2015 überarbeitet worden.

Moskauer Patriarchat und Kirche von Georgien unterzeichneten dritte Vorlage nicht

Eine dritte Vorlage aus dieser Serie über „Die Mission der orthodoxen Kirche in der Welt von heute“ (ursprünglich 1986 unter dem Titel „Der Beitrag der orthodoxen Kirche zur Förderung von Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit, Geschwisterlichkeit und Liebe zwischen den Völkern und zur Überwindung von rassischer und sonstiger Diskriminierung“ entwickelt) fand keine allgemeine Zustimmung. Die Vertreter des Moskauer Patriarchats und der Kirche von Georgien hätten „nicht unterzeichnet“, so die Abschlussmitteilung. Das Spitzengremium (Heilige Synod) des Moskauer Patriarchats hatte bereits bei seiner Tagung im Juli festgestellt, dass das Dokument in der vorliegenden Form nicht akzeptabel sei. Die von Metropolit Hilarion (Alfejew) geleitete russisch-orthodoxe Delegation wurde beauftragt, bei der 5. Panorthodoxen Konferenz „prinzipielle Änderungsvorschläge“ einzubringen. Derzeit ist unklar, wie es mit dieser Vorlage für das Konzil weitergehen soll, dessen Eröffnung zu Pfingsten nächsten Jahres, am 19.6.2016, vorgesehen ist. Bei der Versammlung der Oberhäupter der orthodoxen Kirchen (Synaxis) im März 2014 in Konstantinopel war ausdrücklich vereinbart worden, dass sowohl in der Vorbereitungsphase als auch bei der Durchführung des Panorthodoxen Konzils das Konsens-Prinzip zu gelten hat.

5. Panorthodoxe Konferenz mit vielsprachigem Gottesdienst eröffnet

Die 5. Panorthodoxe Konferenz wurde zunächst vom emeritierten

Metropolit von Pergamon (Bergama), Ioannis (Zizioulas), geleitet; an den beiden letzten Tagen vom Pariser Metropolit Emmanuel (Adamakis). Hauptzelebrant der Liturgie zum Konferenzauftakt war der zum Ökumenischen Patriarchat gehörende orthodoxe Metropolit für die Schweiz, Jeremias (Kaligiorgis), der auch Sekretär für die Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils ist. Der vielsprachige Gottesdienst in griechischer, kirchenslawischer, arabischer, serbischer, tschechischer, albanischer, französischer und englischer Sprache brachte die übernationale Dimension der Orthodoxie zum Ausdruck.

Auseinandersetzungen um Katar und Ukraine überschatteten Vorbereitungen

Überschattet waren die Arbeiten der 5. Panorthodoxen Konferenz, welche eigentlich schon in der ersten Jahreshälfte 2015 hätte stattfinden sollen, von den Auseinandersetzungen um Katar und um die Ukraine. Das Fürstentum Katar gehört kirchlich zum kanonischen Territorium des Patriarchats von Antiochien. Die Einsetzung eines Metropoliten, der sich der vielen palästinensischen christlichen Immigranten in Katar annimmt, durch den Patriarchen von Jerusalem, hat zu einem heftigen Konflikt zwischen den Patriarchaten von Antiochien und Jerusalem geführt.

Besorgnis des Moskauer Patriarchats über „unkanonische Aktionen“ in der Ukraine

Metropolit Hilarion (Alfejew) übermittelte zunächst besonders herzlich gehaltene Glückwünsche des Moskauer Patriarchen an die 5. Panorthodoxe Konferenz. Kyrill I. erinnerte daran, dass die Arbeit der Konferenz der „Stärkung der kirchlichen Einheit“ dienen solle. Die Diskussion der Entwürfe für das Panorthodoxe Konzil werde die Repräsentanten der orthodoxen Kirchen einander näher bringen, um „im Geist Jesu“ einen Konsens zu erreichen. Zugleich betonte der Leiter des Aussenamts der russisch-orthodoxen Kirche die „tiefe Besorgnis“ des Moskauer Patriarchats über „unkanonische

Aktionen“ von Bischöfen aus der ukrainischen Emigration, die dem Ökumenischen Patriarchen unterstehen. Diese Bischöfe reisten in die Ukraine ohne den Primas der (autonomen) ukrainisch-orthodoxen Kirche zu verständigen, sie breiteten den „roten Teppich“ für „exkommunizierte und laisierte Priester“ aus, denen eine „autokephale“ ukrainische Kirche versprochen werde. Er appelliere an den Ökumenischen Patriarchen, diese für die „panorthodoxe Einheit“ zerstörerischen Vorgänge zu beurteilen und den beteiligten Bischöfen weitere Handlungen in dieser Richtung zu untersagen, so Metropolit Hilarion.

Die 1. Panorthodoxe Konferenz hatte bereits 1961 auf Rhodos stattgefunden. Damals hatte man auf Vorarbeiten für ein Panorthodoxes Konzil aufgebaut, die an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert im Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel, damals eine der bestorganisierten Ortskirchen Europas, in die Wege geleitet worden waren.

Quelle: Christian B. Schäffler mit News-Input der Stiftung Pro Oriente (poi), Wien

Anleitung „Gemeinsam für Flüchtlinge“

In dem 24-seitigen Heft wird eingangs auf die „Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zur aktuellen Flüchtlingssituation“ vom 22.9.2015 hingewiesen. Sie betont die christliche Verantwortung, für alle Menschen da zu sein, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion

oder Weltanschauung. Motivation für die Zuwendung von Christen zu jedem Menschen, der Hilfe braucht, sei die im Evangelium ausgedrückte Solidarität Gottes. Adventisten wendeten sich ausdrücklich gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit.

An Bedürfnissen orientiert

In der Einführung geht es um die Begriffe „politisch Verfolgte“ und „Kriegsflüchtlinge“ sowie um die Integration der Schutzsuchenden. Außerdem wird erläutert, was das Ehrenamt leisten kann und wo professionelle Intervention notwendig ist. Betont wird: „Hilfsbereitschaft sollte sich immer an Bedürfnissen orientieren und darf keinesfalls nur unseren eigenen Überschuss an Vorräten und Ressourcen anbieten.“

Für die Koordination der Flüchtlingshilfe auf Bundesebene habe die Freikirche eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Freikirche, von ADRA, des AWW und der Theologischen Hochschule Friedensau eingerichtet. Auf Bundesländerebene gebe es insgesamt sieben „Beauftragte für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge“ als Koordinatoren und Ansprechpartner für die ehrenamtlichen Gruppen und Helferkreise. Auf kommunaler Ebene würden adventistische Kirchengemeinden und Helferkreise innerhalb von Städten und Landkreisen in der Regel ehrenamtlich in verschiedenen Initiativen und Projekten für Flüchtlinge mitarbeiten – wo es sinnvoll erscheine, in Kooperation mit anderen Organisationen und Partnern in den Netzwerken der Flüchtlingshilfe. Soweit wie möglich sollten die Kriegsflüchtlinge angeleitet werden, sich selbst zu helfen. Die Versorgungsstruktur dürfe keinesfalls nur „von oben nach unten“ verlaufen.

Möglichkeiten ehrenamtlicher Hilfe

Was das Ehrenamt leisten kann, wird an praktischen Beispielen erläutert. Möglich wären unter anderem Sammlung und Verteilung von Sachspenden, Nachbarschaftshilfe bei Behördengängen, Sprachkurse, Nachhilfeunterricht, interkulturelle Events, sportliche Aktivitäten, Freizeitangebote und freiwillige Mitarbeit der Flüchtlinge in gemeinnützigen und öffentlichen

Einrichtungen als sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit während über den Asylantrag entschieden wird. Die örtlichen Kirchengemeinden könnten Räumlichkeiten für Sprachkurse, Begegnungstreffen oder Kinderkrabbelgruppen zur Verfügung stellen. Wichtig sei zu bedenken: „Hilfe für Flüchtlinge ist nicht zuerst eine Sache der Gefühle, sondern des festen Willens, Menschen zu helfen und sie zu begleiten, damit sie in unserem Land an- und vorankommen.“

„Gemeinsam für Flüchtlinge“ gehe grundsätzlich von einem Engagement in Projekten aus. Ein Projekt orientiere sich immer an den Bedürfnissen – und zwar nicht an den eigenen, sondern an denen der Flüchtlinge. Das bedeute: genau hinschauen, hinhören, sich einfühlen, Informationen einholen und Kontakte mit den bestehenden Netzwerken und Initiativen in der Stadt aufnehmen. Dabei sei es notwendig, die eigenen Möglichkeiten realistisch zu bewerten.

Unterstützung

Die Initiative „Gemeinsam für Flüchtlinge“ könne auch die ehrenamtliche Arbeit von adventistischen Helferkreisen finanziell fördern. Dabei müsse es sich um klar definierte und zeitlich befristete Projekte handeln, die für Flüchtlinge beziehungsweise mit ihnen gemeinsam ins Leben gerufen werden. Ehrenamtliche Gruppen und Helferkreise könnten auf Anfrage bei ihrem Projekt auch inhaltlich unterstützt werden. Die Theologische Hochschule Friedensau biete sowohl Workshops zu speziellen Fragen des Umgangs mit und des Dienstes an politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen als auch eine Beratung für Planung, Management und Finanzierung von Projekten und Programmen an.

Turbulenzen der Weltwirtschaft können Adventisten Millionen kosten

Mitgliederstatistik: 18,8 Millionen Adventisten

Am 30. Juni seien weltweit knapp 18,8 Millionen Menschen durch die Glaubenstaufe Mitglied der Siebenten-Tags-Adventisten gewesen, führte David Trim aus, der Direktor des Büros für Archive, Statistik und Forschung der Weltkirche. Gegenüber Dezember 2014 sei auch die Zahl adventistischer Gemeinden und Gruppen weltweit von 148,023 auf 149,850 gestiegen.

Hohe Eintritts- und Austrittsrate

Sorgen mache ihm der große Mitgliederverlust. „Die Verluste untergraben die vielen, vielen Kircheneintritte“, so Trim. Von 1965 bis Ende 2014 seien global über 33 Millionen Menschen durch die Taufe adventistische Christen geworden, davon hätten aber 13 Millionen die Kirche wieder verlassen, – das seien 40 Prozent.

In zwei weltweit angelegten Befragungen ehemaliger Adventisten haben diese laut David Trim als Hauptgrund bei anderen Kirchenmitgliedern subjektiv erlebte Heuchelei für das Wegbleiben oder den Kirchenaustritt angegeben. 63 Prozent verließen laut den Studien die Kirche als junge Erwachsene. Weiter Austrittsgründe: Sie hätten sich nach und nach innerlich von der Kirche entfernt; Mangel an Mitgefühl; moralisches Fehlverhalten ihrerseits, sodass sie sich nicht mehr zugehörig fühlten. Viele hätten auch stressige Lebensumstände wie Umzug, Todesfall eines Angehörigen, Heirat oder Scheidung als Gründe angeführt. Vierzig Prozent gaben an, dass sie nach dem Wegbleiben oder Kirchenaustritt von

niemandem seitens der Kirche daraufhin angesprochen worden seien.

„Wir müssen es irgendwie gemeinsam schaffen, eine andere Kirche zu werden, die Menschen erreicht und sie spüren lässt, dass sie zu uns gehören“, sagte Pastor Michael Ryan, ehemaliger allgemeiner Vizepräsident der Weltkirchenleitung.

Finanzbericht: Sinkende Einnahmen

Es sei unklar, so Pastor Juan R. Prestol-Puesán, der neugewählte Finanzchef der Weltkirchenleitung, ob 2015 genügend „Zehntengelder“ (zehn Prozent des Einkommens), freiwillige Gaben und andere Einnahmen eingehen werden, um das Budget der Weltkirchenleitung zu erreichen. Bis Ende September seien 67,5 Millionen US-Dollar eingegangen, zwei Millionen Dollar weniger als im Vorjahr.

Prestol-Puesán zeigte den Delegierten in einem Schnellkurs auf, wie die Weltwirtschaft die Finanzen der Weltkirche beeinflusst. Es habe 2015 einen Zeitpunkt gegeben, an dem der Aktienindex in den USA um 12 Prozent, in Europa um 21 Prozent und in Japan um 20 Prozent gefallen sei. Gleichzeitig sei der Wert des US-Dollars gegenüber anderen wichtigen Währungen gestiegen, weil Investoren US-Dollar als sichere Währung gekauft hätten. Für die Finanzabteilung der Weltkirche sei dies eine schwierige Zeit gewesen, da sie zwar in US-Dollar arbeite, aber 53 Prozent der Einnahmen aus anderen Währungen stammten, die zwischenzeitlich weniger wert gewesen seien.

„Das Zusammenspiel von Schwächung der Finanzmärkte, der Stärke des US-Dollars und der wirtschaftlichen Situation in Ländern, die für unsere Einnahmen wichtig sind, deuten auf das Szenario eines aufkommenden Sturms hin“, sagte Prestol-Puesán.

Nach der Abstimmung zur Frauenordination durch die Weltsynode: Aufruf zur Einheit

Anlässlich der adventistischen Weltsynode in San Antonio, Texas/USA, hatten es die mehr als 2.300 Delegierten abgelehnt,

den dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) die Kompetenz zu erteilen, dass diese adventistische Pastorinnen für ihr Kirchengebiet zum Pastorendienst ordinieren dürfen.

Adventistische Frauen können nach ihrem Theologiestudium in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zwar als Pastorinnen „gesegnet“ und damit beauftragt werden, Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung vorzunehmen; doch ist diese Vollmacht örtlich begrenzt. Während die Ordination von Pastoren innerhalb der Freikirche weltweit Gültigkeit hat, dürfen gesegnete Pastorinnen nur in den Gebieten wirken, die zu einer Kirchenleitung gehören, welche die Segnung auch praktiziert. Ordiniert zum weltweiten Dienst werden lediglich männliche Geistliche. Nur sie dürfen in kirchenleitende Ämter, etwa als Präsident einer „Vereinigung“ oder einer „Union“/eines „Verbandes“ (regionale beziehungsweise überregionale Kirchenleitung) berufen werden, da hierfür die Ordination notwendig ist.

Vor dieser Entscheidung der Weltsynode im Sommer 2015 hatten bereits überregionale Kirchenleitungen (Unionen/Verbände) in den USA sowie in den Niederlanden adventistische Pastorinnen zum Pastorendienst ordiniert.

Nach der Entscheidung der Weltsynode 2015 hat die überregionale Kirchenleitung Norwegens beschlossen, so lange keine Pastoren mehr zu ordinieren, bis die Weltkirche eine nicht-diskriminierende Regelung für Pastorinnen und Pastoren beschließt. Die überregionale Kirchenleitung in Dänemark hat entschieden die Unterscheidung zwischen „ordinierten“ und „gesegneten“ Pastoren aufzuheben. Die Kirchenleitung in den Niederlanden hat als Reaktion auf den Beschluss der Weltsynode 2015 festgehalten, dass sie weiterhin Pastorinnen ordinieren wird.

Auf diesem Hintergrund haben laut AR die Leiter der Weltkirche (General Conference) sowie die dreizehn teilkontinentalen

Kirchenleiter während drei Sitzungen einen Aufruf an alle kirchlichen Funktionsebenen zur Respektierung der Ordinationsentscheidung der Weltsynode 2015 erarbeitet und einstimmig verabschiedet. „Wir appellieren an alle kirchlichen Gremien, die Entscheidung der Weltsynode zu respektieren. Jedes einseitige und eigenmächtige Handeln, das im Widerspruch zum verabschiedeten Vorgehen steht, ebnet den Weg für Risse und Zersplitterung“, heißt es im Dokument. Auf dem Glaubensweg könne es vorkommen, dass Christen unterschiedliche Auffassungen hätten. Es sei dann „gegenseitiger Respekt, aufmerksames Zuhören, Bereitschaft zum Verstehen und Unterordnung unter die Leitung des Heiligen Geistes auf dem Weg zur Einheit angezeigt.“

Nach der Verlesung des Aufrufs durch Pastor G. T. Ng sagte der adventistische Weltkirchenleiter, Pastor Ted Wilson: „Wir mögen Differenzen haben, aber wir sind eine Kirche mit einem Auftrag.“

Wahlen

Einige der an der Weltsynode im Sommer 2015 nicht besetzten Abteilungsleitungen der Weltkirche, wurden laut AR einstimmig folgendermaßen besetzt:

- Sam Neves und Tanya Holland wurden zu stellvertretenden Direktoren der Kommunikationsabteilung der Weltkirchenleitung gewählt.
- Pastor Elias Brasil de Souza wurde zum Direktor des Biblischen Forschungsinstituts (Biblical Research Institute BRI) ernannt.
- Neben den drei wiedergewählten stellvertretenden Direktoren des Biblischen Forschungsinstituts BRI, Kwabena Donkor, Ekkehardt Müller und Clinton Wahlen wurde auch Frank M. Hasel neu in diese Position gewählt. Hasel war bisher Dekan des Theologischen Seminars am adventistischen „Seminar Schloss Bogenhofen“ in Österreich.

LEAD-Konferenz: Kulturelle Unterschiede im weltweiten Adventismus

In der zweitägigen LEAD-Konferenz „Gottes Mosaik der Kulturen“, die vom adventistischen Institut für Weltmission organisiert worden war und vor der Geschäftssitzung stattfand, wurden die Kirchenleiter für die unterschiedlichen Kulturen innerhalb der adventistischen Weltkirche sensibilisiert. Es gebe nicht nur zwischen Ländern unterschiedliche Kulturen, sondern auch zwischen den Generationen und den Adventisten verschiedener Länder. Es brauche in einer Weltkirche kulturelle Intelligenz, die durch die bewusste Begegnung mit Menschen anderer Kulturen gefördert werden könne, sagte Pastor Cheryl Doss, Leiter der LEAD-Konferenz.

Frauen mit Händedruck begrüßen?

Als Russe habe er in den USA, wie er dies gewohnt war, bei einer Gruppe Menschen zuerst die Männer per Händedruck begrüßt und bei den Frauen auf ein „Signal“ gewartet, um sie auch per Handschlag zu begrüßen, erläuterte Pastor Artur Stele, einer der sechs allgemeinen Vize-Präsidenten der Weltkirchenleitung. Amerikanische Frauen hätten ihm kaum angezeigt, per Händedruck begrüßt werden zu wollen, weshalb er ihnen in der ersten Zeit in den USA auch nicht die Hand gegeben habe. Dies habe aber einige von ihnen verletzt.

Kultur und Theologie

Kultur betreffe aber auch die adventistische Theologie, wo es ebenso unterschiedliche Kulturen gebe, so Artur Stele. In gewissen Weltregionen machten Adventisten am Sabbat (Samstag), dem biblischen Ruhetag, zwar einen Sabbatspaziergang am Ufer eines Sees oder Meeres entlang, vermieden dabei aber jede Berührung mit dem Wasser. In anderen Ländern spazierte man am Sabbat auch im Uferwasser, bade aber niemals und noch andere Adventisten hätten kein Problem damit, am Sabbat zu baden.

Gebetshaltung: Knien, stehen, sitzen?

Es gebe auch kulturelle Unterschiede in der Gebetshaltung unter Adventisten. Er habe es erlebt, so Stele, dass ein ausländischer Pastor beim Gebet zu Beginn des Gottesdienstes in einem anderen Land seine Hände in den Hosentaschen gehalten

habe, mit dem Resultat, dass ihm niemand bei der Predigt zugehört habe. In den USA sei es bei den Adventisten üblich, so Stele, beim Beten im Gottesdienst zu knien, in Russland stehe man. Auch gebe es Kulturen, in denen man nur schon beim Gedanken, beim Beten sitzen zu bleiben, die Stirn runzle.

„Kulturbedingtes Verhalten ist etwas vollständig Erlerntes“, sagte der Exekutivsekretär der Weltkirchenleitung Pastor G. T. Ng bei der Quiz-Auswertung des Lernerfolgs der LEAD-Konferenz.

Gottfried Locher zum Präsidenten von Europas Protestanten gewählt

Laut der SEK-Medienmitteilung vertritt die GEKE rund 50 Millionen Protestantinnen und Protestanten von 107 reformierten, unierten, lutherischen, methodistischen und vorreformatorischen Kirchen aus mehr als 30 Ländern Europas und Südamerikas. Das dreiköpfige GEKE-Präsidium wird ergänzt durch Klára Tarr Cselovszky, Außenamtsleiterin der Lutherischen Kirche in Ungarn und Michael Weinrich, Professor für systematische Theologie an der Ruhr-Universität Bochum.

„Wieder steht Europa vor großen Herausforderungen“, so Gottfried Locher mit Blick auf die aktuelle Flüchtlingskrise. „Wieder ist die geeinte Stimme des Protestantismus unerlässlich. Bezeugen wir das Evangelium in den sozialen, politischen und ethischen Zusammenhängen.“

Locher war bereits 2012 in das dreiköpfige Präsidium gewählt worden. Er führt die Geschäfte der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa bis zur kommenden Vollversammlung im September 2018, die auf Einladung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und der Evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt in Basel stattfindet. Bereits ein Jahr zuvor ist der Kirchenbund im März 2017 gemeinsam mit den Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn Gastgeber des zweiten gesamteuropäischen Treffens der Synodalen in Bern.

Sich schützend vor Minderheiten stellen

Baildam betonte, dass die Friedensauer Hochschule sich zwar als „theologisch“ bezeichne, aber nicht nur Theologen, sondern im Fachbereich „Christliches Sozialwesen“ auch Studierende für soziale Berufe ausbilde. Wobei auch Theologen in ihrer Tätigkeit für den Menschen da sein sollten. Er erinnerte daran, dass in Friedensau Studierende aus über 30 Ländern eingeschrieben seien. Das lasse eine große kulturelle Vielfalt erkennen.

Sich gegen Ausländerfeindlichkeit wehren

Gerade Christen sollten sich, so Baildam, gegen Ausländerfeindlichkeit wehren und helfen, kulturelle Missverständnisse aufzuklären. Sie könnten sich keine Vorurteile gegen andere leisten, nur weil sie anders seien: anders durch eine andere Hautfarbe, Sprache und Kultur sowie durch einen anderen Gott oder ein anderes Verhalten. Niemand

sollte sich über den andern erheben, sondern den andern höher achten als sich selbst, wie schon der Apostel Paulus in seinem Philipperbrief schreibt.

„Wir dürfen nie vergessen, dass wir nicht immer Recht haben“, gab Baidam zu bedenken. Deshalb gelte es, Verständnis gegenüber jenen zu zeigen, die andersartig oder auch anderer Meinung seien. Fanatiker, die an ihrem Glauben derart festhielten, dass sie Andersgläubige nicht tolerierten, handelten nicht menschlich. Doch Christen müssten in ihrem Land durch Menschlichkeit auffallen. Sie sollten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und sich schützend vor Minderheiten stellen.

Bachelor- und Mastergrade verliehen

Insgesamt wurden 38 Studierende aus neun Ländern in den Bereichen Theologie und Sozialwesen mit einem Bachelor (B.A.) oder Master (M.A.) graduiert. Dr. Stefan Höschele, Dekan des Fachbereichs Theologie, übergab Urkunden an zwei B.A. und sieben M.A. in Theologie sowie an vier Master of Theological Studies (M.T.S.). Letztere stammen aus Kenia, Tansania und Nigeria. Dr. Horst Rolly, Dekan des Fachbereichs Christliches Sozialwesen, übergab Diplome an neun B.A. in Soziale Arbeit und vier B.A. in Gesundheits- und Pflegewissenschaften. M.A. erhielten zwei Graduierte in Counseling (Beratung), eine in Musiktherapie, drei in Sozial- und Gesundheitsmanagement sowie sechs in International Social Sciences. Von den letztgenannten Absolventen stammt nur einer aus Deutschland, die anderen kommen aus Äthiopien, Kenia, der Republik Moldau und Tansania.

DAAD-Preis an Absolvent aus Tansania verliehen

Der Prorektor der Theologischen Hochschule Friedensau, Dr. phil. habil. Thomas Spiegler, verlieh den diesjährigen Preis des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) an Peter Joseph Bulengela. Er stammt aus Tansania und ist Absolvent des Masterstudiengangs Counseling an der Theologischen Hochschule Friedensau. Er erhält diesen mit 1.000 Euro dotierten Preis für besondere akademische Leistungen und sein interkulturelles

Engagement. Bulengela arbeitete bereits neben seinem Studium als Sozialarbeiter in der Migrationsberatungsstelle des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Burg bei Magdeburg. Seine hervorragenden Sprachkenntnisse in Deutsch, Englisch, Swahili und Sukuma leisten ihm, der als Kind mit seinen Eltern bereits fünf Jahre in Deutschland verbracht hatte, sehr gute Dienste. Beim DRK ist er in der Betreuung von Flüchtlingen tätig, die überwiegend aus dem Nahen Osten, insbesondere aus Syrien und Afghanistan kommen. Der DAAD-Preis, der seit mehr als zehn Jahren vergeben wird, ist dafür eingerichtet worden, um die Leistungen der ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen zu würdigen.

Konzert zum Studienjahresbeginn

Bereits am Vortag wurden in Friedensau in einem Gottesdienst etwa 40 neue Studierende willkommen heißen. Außerdem gab es am Nachmittag das traditionelle Konzert zum Studienjahresbeginn der Theologischen Hochschule Friedensau. Die Ausführenden waren das Kammerorchester der Hochschule unter der Leitung von Jürgen Hartmann (Berlin). Auf dem Programm standen „Schwedische Kostbarkeiten“; gemeint war damit die Musik der Komponisten Per Brant (1714–1767) und seine Sinfonia in D, Hinrich Philip Johnsen (1717–1779), mit dem Konzert in F für 2 Fagotte und Streicher, sowie Ludvig Norman (1831–1885), mit der Konzert-Ouvertüre Es-Dur op. 21. Die Schwedischen Tänze op. 63 von Max Bruch (1838–1920) beschloss die musikalische Hommage an den Norden Europas. Vor über 50 Jahren wurde das Orchester von Professor Wolfgang Kabus ins Leben gerufen, der es bis 1999 leitete. Es setzt sich aus Berufsmusikern, Musiklehrern und Laien zusammen, die in musikalisch vielfältigen Konzerten ihr Können unter Beweis stellen.

Die 1899 gegründete staatlich anerkannte Theologische Hochschule Friedensau umfasst die beiden Fachbereiche Christliches Sozialwesen und Theologie mit einer Anzahl wissenschaftlicher Institute. Hier können die Studiengänge

B.A. Soziale Arbeit und B.A./M.A. Theologie, M.A. Sozial- und Gesundheitsmanagement, M.A. Counseling, Master of Theological Studies, M.A. Musiktherapie sowie M.A. International Social Sciences belegt und ein duales B.A.-Studium Gesundheits- und Pflegewissenschaften sowie ein Kurs „Deutsch als Fremdsprache“ absolviert werden. An der Hochschule sind rund 200 Studierende aus über 30 Ländern eingeschrieben.

Gedenken an Adventisten als Opfer des armenischen Völkermords vor hundert Jahren

Auf Anordnung der jungtürkischen Regierung wurden am 24.4.1915 die in der damaligen osmanischen Hauptstadt Istanbul/Konstantinopel lebenden armenischen Intellektuellen festgenommen und im Landesinneren ermordet. Schätzungen zufolge verloren mehr als 1,5 Millionen Christen zwischen 1895 und 1922 in Kleinasien ihr Leben. Gut ein Viertel der Bevölkerung des Osmanischen Reiches bekannte sich bis 1914 zum Christentum, heute sind es nur noch wenige zehntausend.

Todesstoß auch für adventistische Gemeinden

Dr. Daniel Heinz, Leiter des Historischen Archivs der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa mit Sitz an der Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, erinnert in seinem Artikel „Im Tal des Todesschatten“ in der Oktober-Ausgabe 2015 der Zeitschrift „Adventisten heute“ an das

Schicksal der Adventisten während des Genozids im Osmanischen Reich. Seit 1889 habe die Freikirche in dem Land missioniert. Doch das Vorgehen der jungtürkischen Bewegung hätte auch ihren Gemeinden den Todesstoß versetzt. Nahezu 250 der knapp 450 Adventisten, die meisten armenischer Abstammung, wären laut Heinz auf grausame Weise umgekommen. Einige hätten nach Syrien, in den Libanon, nach Ägypten, in die Sowjetunion oder nach Griechenland fliehen können. Nur wenigen sei es gelungen, in die USA oder nach Frankreich zu emigrieren. Nach dem Genozid habe es nur noch etwa 100 Adventisten in der Türkei gegeben, zumeist in und um Istanbul lebend, von denen jedoch die meisten in den darauffolgenden Jahrzehnten auswanderten.

Verfolgung und Unterdrückung auf der Tagesordnung

Dass diese 250 Adventisten mit ihren Kindern und Jugendlichen als Märtyrer starben, weil sie ihrem christlichen Glauben in einer ihnen feindlich gesonnenen islamischen Welt die Treue hielten, scheine auch bis heute kaum im Bewusstsein der adventistischen Weltkirche verankert zu sein, beklagt Daniel Heinz. Von Anfang an sei die adventistische Mission im Osmanischen Reich verboten gewesen, so der Archivleiter. Verfolgung und Unterdrückung von Adventisten, deren einheimischen Buchevangelisten und Pastoren hätten auf der Tagesordnung gestanden.

Dzadur G. Baharian, der Mitbegründer und „Vater“ der adventistischen Mission im Osmanischen Reich, sei im Laufe seines 23-jährigen Missionsdienstes über dreißigmal inhaftiert worden, bevor er im Juli 1915 den Märtyrertod starb. Er wurde – so der Bericht eines am Mord beteiligten Augenzeugen – in Anatolien bei Sivas von kurdischen Milizionären umgebracht. Er sollte Christus abschwören und auf der Stelle zum Islam konvertieren. Als sich der Missionar widersetzte und die Hände zum Gebet faltete, sei er erschossen worden.

Doch bereits 1909 habe die Ermordung von mindestens sieben namentlich bekannten Mitgliedern und einiger Kinder in der Region Adana die armenischen Adventisten erschüttert. Wie

viele von ihnen damals ums Leben kamen bleibe ungewiss, so Heinz. Das Massaker im Gebiet von Adana hätte etwa 20.000 armenische Todesopfer gefordert. Dzadur Baharian habe noch Schlimmeres für die Zukunft befürchtet. Um ein Auseinanderbrechen des Osmanischen Reiches zu verhindern, sei schließlich der Islam zur Staatsideologie erhoben worden und die Christen hätten als Feinde des Reiches gegolten.

Gesichter mit Brandmalen verunstaltet

In das Bild eines religiös gefärbten Genozids, an dem ausschließlich Muslime beteiligt gewesen seien, passe die Tatsache, dass besonders viele christliche Geistliche den Tod gefunden hätten, erläuterte Daniel Heinz. Auch adventistische Pastoren wären vor die Wahl gestellt worden, den Islam anzunehmen oder den Todesmarsch anzutreten, der mit dem Hungertod in der syrischen Wüste bei Deir ez-Zor (heute in der Nähe von Raqqa, der Hochburg des „Islamischen Staates“/IS) endete, wenn man nicht schon vorher massakriert wurde oder an körperlicher Erschöpfung starb. „Adventistische Waisenkinder, deren Eltern umgebracht worden waren, fielen der Zwangsislamisierung zum Opfer und wurden im Gesicht mit türkisch-muslimischen Brandmalen verunstaltet“, so Heinz.

Das adventistische Mädchen Serpouhi Tavoukdjian, das in einem arabischen Harem überlebte, berichtete von diesen Qualen: „Man hielt mich fest, und in Gegenwart einer großen Menschenmenge zeichnete eine Frau den türkischen Halbmond mit den Sternen auf Stirn, Wange und Kinn. Das Tätowieren verursachte große Schmerzen. Ich sollte islamisch erzogen werden und den Sohn meines arabischen Herrn heiraten. Ich betete aber weiterhin zu Jesus, und Er hat mich nach Jahren des Wartens und der Einsamkeit auf wunderbare Weise aus der Sklaverei befreit.“ Serpouhi gelang es, 1924 in die USA auszureisen. Sie hielt ihre dramatischen Erlebnisse in dem Buch „Exiled: Story of an Armenian Girl“ (1933) fest.

Adventistische Pastoren ermordet

Wie Baharian seien weitere adventistische Pastoren und

Missionsmitarbeiter, zum Teil mit ihren Familien, ermordet oder zu Tode gequält worden. Daniel Heinz nennt in seinem Artikel folgende Namen: E. Ayzazian (36 Jahre alt, 14 Jahre Pastor, starb 1915 an Hungertyphus bei Sivas), B. Toudjian (40 Jahre alt, fünf Jahre Pastor, seine Frau, sein Vater und zwei Kinder wurden mit ihm 1915 bei Malatia ermordet), G. Aressian (24 Jahre alt, fünf Jahre Missionshelfer, verstarb 1917 an Erschöpfung in Thessaloniki), M. Ashikian (30 Jahre alt, vier Jahre Hilfspastor, mit seiner Frau 1915 bei Malatia ermordet), H. Apovian (30 Jahre alt, vier Jahre Hilfspastor, 1915 ermordet, seine Familie verschollen), H. Shadarifian (32 Jahre alt, vier Jahre Pastor, 1915 ermordet, später auch seine Familie), O. Pirenian (Hilfspastor, ermordet, keine weiteren Angaben) und Diran Tcherakian (46 Jahre alt, sechs Jahre Pastor, umgekommen auf einem Todesmarsch 1921 bei Diyarbakir).

Von diesen Pastoren sei ausdrücklich überliefert, dass sie ihren adventistischen Glauben öffentlich bekannt und mit ihrem Leben bezahlt hätten. Es wären noch andere adventistische Pastoren und Missionsarbeiter zu Tode gekommen, doch sei nichts Näheres über ihr Schicksal bekannt. Von über zwölf adventistischen Buchevangelisten hätten lediglich zwei die Verfolgung überlebt. Allerdings kenne man von den meisten adventistischen Opfern des Völkermords nicht einmal mehr die Namen. Die von Heinrich Erzberger, dem Schweizer Missionsvorsteher in Konstantinopel, in den Jahren 1918 bis 1920 zusammengetragene Liste der adventistischen Opfer des Genozids scheine nicht erhalten geblieben zu sein.

Im Tal der Todesschatten

Das prominenteste adventistische Opfer des Genozids – neben Dzadur Baharian – war laut Daniel Heinz der zuletzt erwähnte Diran Tcherakian. Der Hochschullehrer, Lyriker und Meister der armenischen Sprache, wurde erst 1913 Siebenten-Tags-Adventist. Nach dem Tod Baharians übernahm der Intellektuelle die geistliche Betreuung der verfolgten Mitglieder. Den furchtbaren, über eintausend Kilometer langen Todesmarsch, den

er auf sich nehmen musste, beschrieb Tcherakian bis zuletzt, indem er immer wieder Briefe und geheime Nachrichten, auf Zettel gekritzelt, gegen Geld an die adventistischen Missionsangestellten in Konstantinopel überbringen ließ. Auf einen dieser Zettel schrieb er 1921 kurz vor seinem Tod am Ufer des Flusses Tigris bei Diyarbakir mit zittriger Hand: „Und wenn ich auch wandere durchs Tal der Todesschatten, fürchte ich kein Unglück, denn Du, mein Gott, bist bei mir...“ (Psalm 23,4).

Flüchtlinge so behandeln, wie man selbst behandelt werden möchte

Gleichzeitig werden in der ADRA-Erklärung Einheimische gebeten, die Flüchtlinge in ihren Orten so zu behandeln, wie sie selbst in solch einer Situation behandelt werden wollen. Das Menschenrecht auf Asyl sollte Vorrang haben. Politiker und Bevölkerung müssten verstehen lernen, dass die Behandlung von Flüchtlingen nicht davon abhängig gemacht werden könne, welche Landesgrenzen sie gezwungen seien zu überqueren noch aus welcher Religion oder Kultur sie stammen. Die Menschenwürde sollte geachtet werden. Dazu gehörten sanitäre Anlagen, sichere Unterkünfte, medizinische Versorgung und Respektierung der menschlichen Grundrechte.

Flüchtlinge sollten nicht nur mit Lebensmitteln und Unterkunft versorgt werden, sondern auch Sprachkurse sowie Vermittlung beim Umgang mit Behörden, Zugang zu vorhandenen

Unterstützungen und psychosoziale Hilfe erhalten. Im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention setze sich ADRA für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge und deren Recht auf Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen ein.

ADRA grenzüberschreitend tätig

ADRA selbst sei grenzüberschreitend tätig. Nach einem Bericht vom 21. September anlässlich einer Zusammenkunft von ADRA-Verantwortlichen in Mexiko unterstützen die ADRA-Organisationen International, Kanada, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Norwegen finanziell die Hilfe für Flüchtlinge durch ADRA-Schwesterorganisationen in Serbien, Syrien, im Irak, Libanon und Jemen.

Syrien und Irak gehörten laut Anna Lefik, Mitarbeiterin von ADRA Deutschland, zu den Ländern mit den meisten Binnenvertriebenen. Sie hätten Zuflucht in leerstehenden Gebäuden, provisorischen Behausungen und Flüchtlingscamps gefunden. Dort seien die Menschen aufgrund der schlechten hygienischen Bedingungen einem hohen Krankheitsrisiko ausgesetzt. ADRA führe deswegen Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene durch. Dazu gehörten der Zugang zu sauberem Wasser und die Einrichtung von sanitären Anlagen. Mithilfe von psychosozialer Betreuung lernten die Betroffenen die Geschehnisse zu verarbeiten und besser mit ihrer Situation umzugehen. Erwachsene und Kinder würden mit Sprachkursen und Schulunterricht gefördert.

Transitländer

Transitländer wie Serbien stünden derzeit vor immensen Herausforderungen, so Anna Lefik. Einerseits möchten sie schutzbedürftigen Menschen helfen, andererseits werde die Belastung durch die steigende Zahl an Flüchtlingen immer größer. Daher biete ADRA in den Transitländern gemeinsam mit anderen Organisationen Unterstützung bei den Asylverfahren, ermögliche Zugang zu grundlegenden Informationen und leiste medizinische und psychosoziale Betreuung. ADRA habe in Belgrad ein Informationszentrum in der Nähe von Bus- und Bahnhöfen

eingerrichtet, das als Anlaufstelle für Asylsuchende diene. Dieses Center werde auch von ADRA Deutschland finanziell unterstützt.

ADRA Deutschland

Im Ausland sei ADRA Deutschland seit Jahren in verschiedenen Projekten weltweit aktiv, so Anna Lefik. Im Inland fänden Hilfsprojekte über bestehende Strukturen statt. Dazu hätten sich die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die Theologische Hochschule der Adventisten in Friedensau bei Magdeburg, das Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) sowie ADRA Deutschland in dem Bündnis „Gemeinsam für Flüchtlinge“ zusammengeschlossen.

In der Bundesrepublik fänden Hilfsprojekte über die bestehenden Strukturen der adventistischen Ortsgemeinden sowie des Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) statt. Bei diesen Projekten stehe die Integration der Flüchtlinge im Fokus, informierte Anna Lefik. Ein gutes Beispiel sei die Kooperation des ADRA-Shops in Stendal mit dem kultur- und generationsübergreifenden Netzwerk Maranata e.V. Als Ehrenamtliche unterstützten Asylsuchende das ADRA-Shop-Team bei ihren täglichen Aufgaben und machten sich so mit dem Leben in Deutschland vertraut.

ADRA Österreich

Auch in Österreich würden die Strukturen der örtlichen Adventgemeinden genutzt, erläuterte Corinna Wagner, Mitarbeiterin von ADRA Österreich. So stelle die Adventgemeinde Mödling in Niederösterreich Räumlichkeiten zur Lernbetreuung von Flüchtlingskindern zur Verfügung. In Innsbruck (Tirol) und in Bruck an der Mur (Steiermark) würden ehrenamtliche ADRA-Helfer regelmäßig Kleidung aus ihrer Kleiderkammer in Heime für Asylbewerber bringen. Auch in Villach (Kärnten) und in Braunau (Oberösterreich) betreuten Ehrenamtliche Asylbewerber mit Deutschkursen, Kleidung, Möbel und anderen Haushaltsgegenständen. Im Nordirak betreue ADRA Kurdistan Flüchtlingsfamilien im Raum Erbil. Dieses Projekt werde von ADRA Österreich finanziell unterstützt.

ADRA Schweiz

ADRA Schweiz unterstütze wie ADRA Deutschland das Flüchtlingsprojekt von ADRA Serbien in Belgrad finanziell. Das Informationszentrum sei täglich geöffnet. Dort erhielten die Flüchtlinge korrekte Informationen zu ihren Rechten. Viele Menschen wären nach der langen Reise erschöpft und teilweise auch traumatisiert. Das Zentrum biete ihnen deshalb zusätzlich eine grundlegende medizinische Versorgung sowie psychologische Unterstützung an. Es stünden Übersetzer zur Verfügung, die aus den Ursprungsländern der Flüchtlinge stammten aber auch fließend Serbisch sprechen würden. Alle relevanten Informationen stünden zudem in sechs Sprachen zur Verfügung. Mobile Teams seien in Belgrad unterwegs, um Flüchtlinge mit konkreten Informationen zu versorgen. Zweimal in der Woche würden sie von Médecins sans Frontières Angestellten unterstützt, damit auch in der Stadt medizinische Hilfe geleistet werden könne.

Ein Weihnachtsgeschenk für Kinder in Osteuropa

So kümmert sich ADRA Deutschland beispielsweise in der Republik Moldau um vernachlässigte Kinder aus meist armen Familien. Im Dorf Vadul lui Voda werden sie in einem Zentrum versorgt, ärztlich behandelt und wieder fit für die Schule gemacht. Die Mitarbeitenden suchen das vermittelnde Gespräch mit den Eltern oder Verwandten, damit die Kinder so schnell wie möglich in ihre Familien zurückkehren können. Bis dahin sind sie im Zentrum gut untergebracht und können spielen und

lernen.

Es kann gepackt werden

Kinder jeder Altersklasse können bis zum 22. November Pakete packen und sie auch bemalen. Es werde dazu wieder einen Kreativwettbewerb geben. Die Geschenkpakete gehen in diesem Jahr nach Albanien, Bosnien und Herzegowina, in das Kosovo, Litauen, Mazedonien, Montenegro, die Republik Moldau, Serbien und in die Ukraine. Gerade in der Ukraine freuten sich die Kinder nach den monatelangen Auseinandersetzungen besonders auf ein Geschenk zu Weihnachten. Viele hätten mit der Familie das Zuhause verlassen müssen und seien jetzt in Notunterkünften, wie in dem Familienzentrum von ADRA in Kiew, untergekommen.

Eingepackt werden können zum Beispiel Spielsachen, Bastel- und Schulbedarf, Kamm, Bürste, Spiegel, Zahnbürste, Haarspangen, Schal, Socken, Strumpfhose, Mütze, Handschuhe und Süßigkeiten. Bestimmte Dinge dürfen nicht mitgesandt werden. Näheres dazu und wo die Pakete abgegeben werden können beim Aktionstelefon 06151-811522 oder unter www.kinder-helfen-kindern.org

**Neues Schuljahr auf der
„Marienhöhe“ wieder mit
Gesundheitstagen und**

Sponsorenlauf

Wie der neue Schulleiter, Dr. Christian Noack, mitteilte, hat die Marienhöhe dieses Schuljahr 21 Schüler mehr als im Vorjahr. Davon besuchen 453 das Gymnasium, 179 die Real- und 56 die Grundschule. 44 Schüler wohnen im hauseigenen Internat. 70 Prozent der Internatsschüler stammen aus adventistischem Elternhaus oder sind selbst Mitglieder der Freikirche. Bezogen auf die Gesamtschülerzahl beträgt der Anteil der Adventisten zwölf Prozent. Von den 63 Lehrkräften sind 35 Adventisten, die 7 Internatspädagogen gehören jedoch alle der Freikirche an.

Alle Schüler der Marienhöhe machen laut Noack beim diesjährigen Sponsorenlauf mit, und auch einige Eltern, Lehrer und Angestellte der Marienhöhe seien unter den Läufern. Sie müssten sich einen oder mehrere Sponsoren suchen, die sich bereit erklären, jede Geländerunde von ca. 800 Metern Länge mit einem bestimmten Betrag zu honorieren. „Die ganze Schule ist auf den Beinen und läuft eine wunderschöne Strecke auf dem Marienhöher Campus“, so der Schulleiter. Da nicht 600 Menschen auf einmal loslaufen könnten, fänden vier Läufe von je 45 Minuten am Vormittag statt. Die erlaufenen Spenden gehen jeweils zur Hälfte an ein Entwicklungshilfe-Projekt in Kambodscha sowie an den Verein „Hilfe für krebskranke Kinder Frankfurt e.V.“, teilte Noack mit.

Das 1925 eröffnete „Seminar Marienhöhe“ hat seit 1950 ein staatlich anerkanntes Gymnasium. 1994 folgte die Realschule und 2010 die Grundschule. Weitere Informationen: www.marienhoehe.de

Mitgliederversammlung der ACK beschäftigt sich mit „Mission“

Dass das Zeugnis für den christlichen Glauben und der interreligiöse Dialog nicht im Widerspruch stehen, darüber waren sich die Delegierten auf einem Studientag zum Thema „Missionsverständnis im Gespräch“ einig, den sie gemeinsam mit den Geschäftsführern der regionalen ACKs und Vertretern der Evangelischen Allianz durchführten. Grundlage war das Papier „Das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt“, das vom Vatikan, dem Ökumenischen Rat der Kirchen und der weltweiten Evangelischen Allianz verabschiedet worden war.

Einer Mission, bei auf andere Druck ausgeübt werde, erteilte Anja Middelbeck-Varwick, Professorin für katholische Theologie an der Freien Universität Berlin, eine klare Absage. Mission bestünde vielmehr darin, überzeugend seinen Glauben zu leben und auf den universalen Heilswillen Gottes zu vertrauen. Dies habe auch seine Grundlage in den Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils, in denen ausgedrückt wird, dass in den anderen Religionen auch Wahres von Gott gesagt werde.

Ein authentisches Zeugnis des Glaubens sah Johannes Berthold, Vorsitzender des Sächsischen Gemeinschaftsverbandes und Professor für Religionspädagogik an der Fachhochschule Moritzburg, als die „Muttersprache des Glaubens“ an. „Die eigene Gewissheit des Glaubens kann sich angstfrei auch der Gewissheit des anderen aussetzen“, sagte Berthold. Es gehe nicht um den Besitz, sondern um die Ergriffenheit von der Wahrheit.

Einem solchen Missionsbegriff stimmte auch die Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus von der Universität Erlangen zu. Zwar gebe es im Islam keinen eindeutigen

Missionsauftrag, aber mit dem Begriff der „Dawa“ bestünde ein ähnliches Konzept. Es gehe darum, den eigenen Glauben vorzuleben und dadurch überzeugend zu erscheinen. Der Dialog mit anderen Religionen könne so nicht nur das Verständnis für den anderen wecken, sondern auch das eigene Bewusstsein für den Glauben stärken.

Der Studientag mit dem Blickpunkt auf den muslimisch-christlichen Dialog war ein weiterer Baustein im Prozess „MissionRespekt“, der aufgrund des Papiers „Das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt“ angestoßen wurde. Im vergangenen Jahr wurde dazu ein großer Kongress in Berlin veranstaltet, bei dem das Papier diskutiert wurde. Die ACK will den Prozess weiter verfolgen.

Im Herbst 2013 hatte die Bundes-ACK beschlossen, eine Phase der Kommunikation und Reflexion mit der Neuapostolischen Kirche (NAK) zu gestalten. Dazu gehört die Orientierungshilfe, die 2008 von der ACK Baden-Württemberg erstmals veröffentlicht wurde und nun auf Bundesebene weiter entwickelt und dem gegenwärtigen Gesprächsstand angepasst wurde. Nach der endgültigen Abstimmung mit der Kirchenleitung der NAK ist der Text nun zur Herbst-Mitgliederversammlung der ACK, die vom 30. September bis 1. Oktober in Berlin stattfand, veröffentlicht worden.

In der Orientierungshilfe werden Möglichkeiten ökumenischer Begegnungen und Zusammenarbeit aufgezeigt, wie beispielsweise das gegenseitige Überlassen von Räumlichkeiten in besonderen Fällen wie Trauungen oder Bestattungsfeiern, sowie die Beteiligung von Chören und Orchestern der NAK bei Gottesdiensten der ACK-Mitgliedskirchen. In den vergangenen Jahren habe sich in der NAK ein bemerkenswerter Wandlungs- und Öffnungsprozess vollzogen, heißt es in dem Text. Grundlage sei der im Jahr 2012 veröffentlichte Katechismus der Neuapostolischen Kirche. Er stelle erstmals systematisch und umfassend den neuapostolischen Glauben verbindlich dar und zeige eine ökumenische Öffnung.

Auch wenn aus ökumenischer Sicht noch Anfragen und Unterschiede deutlich würden, stellten diese kein Hindernis für ökumenische Kontakte dar, heißt es in der Orientierungshilfe. Seither gibt es auf lokaler Ebene zunehmend Berührungen unterschiedlicher Art zwischen neuapostolischen Gemeinden und Gemeinden der ACK-Mitgliedskirchen. In rund 20 Orten führte dies inzwischen zu Gastmitgliedschaften von NAK-Gemeinden in lokalen ACKs, in Hannover ist die NAK Mitglied der lokalen ACK. In Mecklenburg-Vorpommern hat die Neuapostolische Kirche vor kurzem den Gaststatus auf regionaler Ebene beantragt.

Die Orientierungshilfe ist im Internet verfügbar unter:
http://www.oekumene-ack.de/fileadmin/user_upload/Material_Aktuelle_Meldungen/ACK-NAK_Orientierungshilfe_2015.pdf

„Für ein Miteinander in Vielfalt“

„Fremdenfeindlichkeit, Hass oder Rassismus sind mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar“, heißt es in der Erklärung „Für ein Miteinander in Vielfalt“. Sie steht unter dem Bibelwort „Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst“ (Levitikus 19,34).

Vier Thesen bestimmen den Inhalt der Stellungnahme, die jeweils in Bitten für die Mitgliedskirchen münden. Erstens: „Flüchtlinge brauchen unsere Hilfe.“ Daher werden die Mitgliedskirchen gebeten, neben Unterstützung im Alltag nach

Möglichkeit auch Räume für die Feier von Gottesdiensten zur Verfügung zu stellen.

Zweitens: „Flüchtlinge bereichern unser Land.“ Darin läge eine große Chance. Allerdings stellten die große Zahl und die Aufgabe ihrer Integration vor Herausforderungen, die entschlossen angegangen werden müssten.

Drittens: „Flucht und Vertreibung müssen ein Ende haben.“ Daher begrüßt die ACK alle Aktivitäten, die zur Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern beitragen. Sie mahnt auch: „Wo wir selbst in die Ursachen von Flucht und Vertreibung verstrickt sind, mahnen wir zur Buße und Umkehr.“

Viertens: „Aus Erfahrung setzen wir uns für ein Miteinander in Vielfalt ein.“ Die ACK könne besonders bei der Integration und dem interreligiösen Dialog helfen, da sie bei den Mitgliedern ihrer Gliedkirchen auf einen großen Erfahrungsschatz zurückgreifen könne. Gleichzeitig bittet sie alle, die nach Deutschland kommen, „die gewachsene Vielfalt zu respektieren und ihren Beitrag zu leisten, unser Zusammenleben in Frieden und Freiheit mit zu gestalten“.

Die Erklärung kann im Internet abgerufen werden unter:
http://www.oekumene-ack.de/fileadmin/user_upload/Material_Aktuelle_Meldungen/Erklaerung_ACK_zur_Fluechtlingssituation.pdf

Christliche Werte können

Langfristig Frieden bringen

Nabil Costa, Direktor des Dachverbandes Libanesischer Baptisten (LSESD), verstehe die Bedenken, ob die Europäer den Zustrom von Flüchtlingen bewältigen könnten. In seinem Appell „Von den Kirchen im Libanon an die Kirchen in Europa“, der vom Evangelischen Missionswerk in Deutschland (EMW) verbreitet wird, schreibt er: „In meiner Heimat Libanon wurden wir schon mit all diesen Ängsten konfrontiert und kämpfen immer noch mit diesen Fragen.“ Inzwischen bestehe ein Viertel der Bevölkerung im Libanon aus syrischen Flüchtlingen. Seit Beginn des Krieges in Syrien vor vier Jahren „kämpfen wir mit der Herausforderung, ihnen zu Nahrung, Unterkunft und Schulbildung zu verhelfen“. Costa bekennt, dass die Christen im Libanon anfangs Angst gehabt hätten, den geflohenen Syrern zu beizustehen, denn viele wären Muslime.

„Aber wir erkannten schnell, dass die meisten Flüchtlinge unschuldige Menschen sind, die in Frieden lebten und nichts mit diesem ganzen Krieg zu tun haben“, so Nabil Costa. Als Christen hätten sie nicht wegsehen können, während Unschuldige leiden. „Also überwandem wir unsere Ängste und teilten die Liebe Christi durch praktische Maßnahmen wie die Versorgung mit Lebensmitteln, Decken, Öfen und Schulbildung.“ Es sei nicht leicht gewesen, aber mit Hilfe Gottes wären die Barrieren zwischen den Gemeinschaften überwunden und Christen und Muslime ermutigt worden, sich gegenseitig in einem freundlicheren Licht zu betrachten. „Wir haben unseren Glauben nicht verwässert“, betonte der Direktor des baptistischen Dachverbandes. „Im Gegenteil, wir stehen ein für die Werte, die Jesus uns im Gleichnis vom barmherzigen Samariter lehrte.“

Flüchtlinge sollen europäische Werte achten

Es werde auch in Europa Bewusstseinsbildung und Geduld auf allen Seiten erfordern, um Muslime, Christen und Menschen anderen Glaubens oder ohne Glauben zu befähigen, zusammenzuleben. Mitgefühl zu zeigen bedeute aber nicht,

eigene Werte und Traditionen aufzugeben, stellte Costa klar. Die europäischen Christen müssten ihre Werte, Gesetze, Überzeugungen und kulturellen Systeme bewahren. Die eintreffenden Flüchtlinge sollten europäische Werte achten, nicht sie gemäß ihrer Vorstellungen ändern, während sie Hilfe erfahren. Wenn sie ihr neues Zuhause nicht schätzen, seien sie immer noch frei, zu ihrem alten zurückzukehren.

Wenn die Flüchtlinge am Ende in Europa bleiben, so hofft Nabil Costa, könnte innerhalb von zehn oder zwanzig Jahren eine neue Generation auf dem Kontinent entstehen, die sich eine friedliche Kultur zu Eigen mache. „Eine Kultur nicht der Rache und des Hasses, sondern eine, die ihnen ermöglicht, in Frieden mit allen Glaubensrichtungen zu leben.“ Die Art und Weise, wie Europa und die Kirchen auf die Flüchtlingskrise reagierten, werde nicht nur Auswirkungen auf das Heute haben, sondern auch auf die Zukunft der Muslime in Europa und auf diejenigen im Nahen Osten in den kommenden Jahrzehnten.

Freikirchenforschung nicht nur Rückschau

Katholische Kirche und Freikirchen

Der katholische Theologe Hans Gasper (Bonn) beleuchtete die Freikirchen aus römisch-katholischer Sicht. Er erinnerte an das Wort des Kirchenvaters Tertullian (gest. nach 220): „Man wird nicht geboren als Christ, Christ wird man.“ Johann Adam Möhler habe bereits 1832 in seinem Hauptwerk „Symbolik“ Respekt vor Methodisten und Pietisten gezeigt, obwohl er sie

der Zeit entsprechend als „protestantische Sekten“ bezeichnete. Er schätzte an ihnen, dass sie auf ein christliches Leben Wert legten, das von Glaubenserfahrungen geprägt wird. Besonders aufgrund der Wiedervereinigung Deutschlands sei auch innerhalb der hiesigen römisch-katholischen Kirche bewusst geworden, dass in einer pluralistischen Gesellschaft die Menschen nicht mehr automatisch durch Geburt und Kindertaufe Christen würden. Viele Menschen hätten keinen Bezug mehr zum Christentum. Sie müssten eine eigene Entscheidung für den Glauben treffen. Dazu wäre eine bessere Kenntnis der Bibel notwendig, um mehr über den Glauben zu erfahren. Die Katholiken hätten die missionarische Dimension des Glaubens neu entdeckt, nämlich das Evangelium unter die Leute zu bringen. Hierin stimmten sie mit den Freikirchen überein. Papst Franziskus habe keine Berührungängste gegenüber Evangelikalen, wie sein Besuch im Juli 2014 in der Pfingstgemeinde von Pastor Giovanni Traettino in Caserta/Italien zeige. Freikirchen würden aus katholischer Sicht nicht mehr zu den „Sekten“ gezählt.

Mut zur eigenen Geschichte

Dr. Johannes Hartlapp (Friedensau) sprach über „Adventistische Geschichtsforschung im Spannungsfeld von Selbst- und Fremdwahrnehmung“. Für Adventisten hätten Geschichte und Gegenwart immer zusammengehört. Dabei habe die Gefahr bestanden, die Geschichte der eigenen Freikirche zu verklären und sich selektiv mit der Geschichte zu befassen, um die eigene Identität zu bekräftigen. Das adventistische Archiv in Hamburg wurde 1943 durch einen Bombenangriff zerstört. Erst 1980 begann der Aufbau eines neuen „Historischen Archivs der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa“, das heute seinen Sitz an der Theologischen Hochschule Friedensau hat. Dadurch sei ein offener Austausch über die eigene Geschichte ermöglicht worden. Der Mut zur eigenen Geschichte habe dazu geführt, dass die Freikirchenleitungen in Deutschland und Österreich 2005 in einer gemeinsamen Erklärung ein Schuldbekenntnis zur NS-Zeit ablegten. 2014 folgte von der

deutschen Freikirchenleitung unter der Überschrift „Schuld und Versagen“ eine Erklärung anlässlich des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren.

Hunger nach Erfahrung

Der Pfarrer der bayerischen Landeskirche Dr. Moritz Fischer (Neuendettelsau) befasste sich mit der Pfingstkirchenforschung. Dabei gehe es nicht nur um die Pfingstgemeinden in Deutschland, sondern um die Erforschung der weltweiten Pfingstbewegung. Das sei auch wichtig, um die aus Migranten bestehenden Pfingstgemeinden in der Bundesrepublik in den Blick zu bekommen. Trotz Zersplitterung der Pfingstbewegung gebe es auch Gemeinsamkeiten, wie den „Hunger nach Erfahrung“, um den Glauben sichtbar zu machen. Auch die gottesdienstlichen Formen ähnelten sich. Zu beobachten sei zudem ein sozialer und bildungsmäßiger Aufstieg in der Gesellschaft, wenn sich jemand mit einer Pfingstgemeinde identifiziert.

Neue Freikirchen

Um die Erforschung „neuer“ Freikirchen ging es Dr. Reinhard Hempelmann (Berlin), dem Leiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen. Diese „neuen“ Freikirchen vom charismatisch-pfingstlichen und evangelikalen Typ grenzten sich von den sogenannten „klassischen“ Freikirchen ab. Da es nicht „die“ Freikirchen gebe, könne man auch nicht von „den“ neuen Freikirchen sprechen. Jede einzelne müsse für sich betrachtet werden.

Mit dem „Beitrag der Freikirchen zur neutestamentlichen Wissenschaft“ befasste ich der Methodist und Theologieprofessor Dr. Hermann Lichtenberger (Tübingen). Seine These: Die Universitäten in Deutschland seien offen bei der Promotion in evangelischer Theologie bei Methodisten, Mennoniten und Baptisten. Auch könnten Angehörige bestimmter Freikirchen sich im Fachbereich Theologie habilitieren. Die Aussprache ergab jedoch, dass es hierzu unterschiedliche Erfahrungen gibt.

Umfangreiche methodistische Geschichtsforschung

Dr. Michael Wetzel (Zwönitz/Erzgebirge) wies darauf hin, dass sich schon John Wesley (1703-1791), einer der Begründer der methodistischen Bewegung, mit der Kirchengeschichte befasst habe. Anfangs hätte die methodistische Geschichtsschreibung mit ihren Bekehrungsgeschichten mehr erbaulichen Charakter gehabt. Inzwischen gebe es eine Fülle wissenschaftlicher Bücher, Monografien und Artikel über die Geschichte der methodistischen Kirche. Das sei auch der „Studiengemeinschaft für Geschichte der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK)“ zu verdanken. Themen bei denen noch geforscht werden sollte, wären die Geschichte der Methodisten in der NS-Zeit und in der DDR. Wissenslücken gebe es auch in der Zeit nach 1945.

Zum Abschluss stellte Professor Dr. Frank Lüdke (Marburg) Perspektiven aus der Historiographie der Gemeinschaftsbewegung, dem sogenannten „Neupietismus“, vor. Professor Dr. Martin Rothkegel (Elstal bei Berlin), referierte über „Taufertum und Baptismus: Zwei freikirchliche Traditionen und ihre Historiographie“. Rothkegel stellte fest, dass das Taufertum, welches aus der Reformation des 16. Jahrhunderts hervorging, durchaus in Deutschland in die akademische Forschung einfließe, wenn auch nicht mit einem eigenen Lehrstuhl. Das sei jedoch beim Baptismus nicht der Fall, der erst seit 1834 in Deutschland vertreten ist.

Die in Friedensau gehaltenen Referate werden im VFF-Jahrbuch dokumentiert, das 2016 erscheinen soll.

Adventistischer Führungskongress zum Thema Resilienz

Die Referate im Plenum gingen der Frage nach, wie man mit Belastungen, Herausforderungen und Stress in der kirchlichen Arbeit als ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeitende umgehen kann, ohne dabei auszubrennen. Oder wie man nach einer Krise, im Sinne einer Selbstregulation, wieder zu Kräften kommen kann. Die Teilnehmenden hatten während des Referats die Möglichkeit, ihre Fragen per SMS für die anschließende Vertiefungsrunde mit den Referenten zu übermitteln. Laut der Teilnehmerbroschüre zum Kongress versteht man unter Resilienz „die Eigenschaft von Menschen oder von ganzen Organisationen, Belastungen stand zu halten und auch unter schwierigen Bedingungen gesund und leistungsfähig zu bleiben“.

Organisationale Resilienz

Unsere Zeit sei geprägt von Nichtberechenbarkeit, was viele Menschen überfordere, sagte Dr. Dietmar Nowotka, Organisationsberater, im Referat über „Organisationale Resilienz“. Resilienz sei aber keine Persönlichkeitseigenschaft im Sinne eines Besitzes, sondern eine psychische Anpassungsleistung, die Aktivität erfordere und gelernt werden könne. Organisationen könnten durch den Aufbau resilienter Strukturen, wie verbesserter interner Kommunikation und Changemanagement als andauernder Aufgabe, wachsam und transparent auf neue Situationen reagieren oder diese vorwegnehmen. Durch gemachte Erfahrungen, die reflektiert würden, könnten neue Erkenntnisse gewonnen und in Kompetenzen umgewandelt werden.

Ruhe und Achtsamkeit

Karin Roth, Leiterin der Ombudsstelle der Erzdiözese Salzburg/Österreich, teilte ihre Erfahrungen im Umgang mit

Stress, der mit zunehmender Intensität das eigene Wahrnehmungsfeld entsprechend verenge. Sie stellte einen Selbstentwicklungskreislauf mit sieben Bereichen vor, der unter anderem über Selbstwahrnehmung, Selbstakzeptanz, Selbstverantwortung, Selbstvertrauen und Selbstreflexion zu mehr Achtsamkeit gegenüber sich selbst und der Umwelt und zu mehr Gelassenheit führen könne.

Wichtigkeit von Werten

Sich nach Werten auszurichten, habe einen starken Einfluss auf die Resilienz, die psychische Widerstandsfähigkeit und damit auf die Fähigkeit, Krisen zu bewältigen, sowohl für Menschen, als auch für Organisationen, sagte Pastor Marc André Naumann im Workshop „Mit Werten führen“.

Resolution für Zukunftskonferenz

„Die Adventgemeinde war und ist eine Adventbewegung“, heißt es in der Einleitung zu einer Resolution der Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Führungskongress, die sie in der Abschlussveranstaltung an die drei Kirchenleitungen der vertretenen deutschsprachigen Länder richteten. Sie fordern darin die drei Kirchenleitungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz dazu auf, „im Sinne einer Zukunftskonferenz Raum zu schaffen, um einen gemeinsamen Weg zum Dienst an der Gesellschaft zu finden und unter dem Segen Gottes unserem Auftrag gerecht zu werden.“

Weitere Informationen unter: <http://sta-fuehrungskongress.de>

Blindenhörbücherei stellt Versand von Hörkassetten ein

„Zu Beginn des Dienstes von Blindenhörbüchereien wurden Tonbandspulen an blinde und sehbehinderte Hörer verschickt“, erinnerte Pastor Andre J. Thäder, Leiter der Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“. Die Einführung der Kompaktkassetten habe einen deutlichen Fortschritt mit sich gebracht: Das Kopieren, Versenden und Hören von Büchern und Zeitschriften wurde einfacher. Trotzdem sei einigen Nutzern der Abschied von der Spule nicht leicht gefallen. Ähnliches erlebe die Blindenhörbücherei seit 2010 mit der Umstellung auf DAISY-CDs. Diese Technik wurde speziell für blinde und sehbehinderte Nutzer entwickelt. Und doch seien laut Thäder manche bei der „bewährten“ Kassette geblieben.

Das Team der Blindenhörbücherei des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ könne das bei älteren Hörern nachvollziehen. „Wir haben deshalb bis jetzt neben alten Hörbüchern auch fast alle neuen Abonnements auf Kassetten angeboten“, erläuterte Pastor Thäder. Inzwischen sei der Kreis der Kassettenhörer aber sehr klein geworden, der Vorrat an Kassetten schrumpfe und immer mehr Laufwerke der Kassetten-Kopieranlage seien defekt. So müsse das Team diesen Tonträger Stück für Stück absetzen. Ab 2016 werden deshalb alle Abonnements nur noch auf CDs verschickt.

Anfang September betraf das schon die Kassettenausgabe der Hörzeitung „Darmstadt aktuell“. Diese wöchentliche Hörzeitung wird seit 1983 im Auftrag der Stadt Darmstadt für blinde und sehbehinderte Menschen in Darmstadt und Umgebung erstellt. Am 5.9.1988 – also vor genau 27 Jahren – übernahm die Blindenhörbücherei dafür die Kopier- und Versandarbeiten. Nun geht diese Arbeit ausschließlich mit DAISY-CDs weiter.

2014 wurden insgesamt etwa 18.500 CDs und 5.100 Kassetten

aller Abonnements an 2.400 Hörer verschickt. Dazu kam noch der Verleih von knapp 500 Hörbuchtiteln, informierte Thäder. Die Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“ gibt es bereits seit 1964. Seit über 50 Jahren können bei ihr kostenlos Tonträger ausgeliehen werden.

Ein Katalog mit allen Angeboten kann bei der Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“, Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein, Telefon (06257) 506 53-35, Telefax (06257) 506 53-84, E-Mail: andre.thaeder@stimme-der-hoffnung.de, angefordert werden. Anfragen sind außerdem in Braille-Schrift möglich.

Christoph Münchow bleibt EAK-Bundesvorsitzender

Ebenso wiedergewählt wurden in Kassel die beiden Stellvertreter des Bundesvorsitzenden, Elisabeth Peterhoff von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und Stefan Maaß von der Evangelischen Landeskirche in Baden.

Als Beisitzerinnen und Beisitzer ergänzen Lutz Krügener (Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers), Wilfried Ullrich (Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck), Julika Koch (Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland) und Wolfgang Buff (Evangelische Kirche in Hessen-Nassau und Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck) den neuen EAK-Bundesvorstand in den kommenden drei Jahren. Julika Koch, Wolfgang Buff und Lutz Krügener sind neu im Vorstand. Auch Holger Teubert wurde als freikirchlicher Beisitzer bestätigt.

Er ist für die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) im EAK-Vorstand und leitet das Referat Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland.

Ausgeschieden als Beisitzer ist in Kassel Thomas Franke von der Evangelischen Kirche im Rheinland. Qua Amt sind zudem Dr. Roger Mielke vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sowie Rainer Hub für die Diakonie Mitglieder des EAK-Bundesvorstandes.

Die Beratung von Kriegsdienstverweigerern gewinne laut EAK-Geschäftsführer Wolfgang Burggraf zunehmend an Bedeutung in der Arbeit der EAK. Die Geschäftsstelle in Bonn verzeichne eine zunehmende Anzahl von Beratungsanfragen von Soldatinnen und Soldaten, die verweigern wollen. Zwischen 2013 und 2014 habe es dabei einen Anstieg von rund 20 Prozent gegeben, in diesem Jahr gehe die EAK von einer Verdoppelung der Beratungen aus.

Die 1956 gegründete EAK kann im nächsten Jahr auf ihr 60-jähriges Bestehen zurückblicken. Dieses Jubiläum will die Arbeitsgemeinschaft 2016 im Juni in Bonn feiern, beschloss die Mitgliederversammlung in Kassel.

**Adventisten veröffentlichen
Erklärung zur aktuellen**

Flüchtlingssituation

Die „Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zur aktuellen Flüchtlingssituation“ stellt die christliche Verantwortung der Adventisten heraus, für alle Menschen da zu sein, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion oder Weltanschauung. Motivation für die Zuwendung von Christen zu jedem Menschen, der Hilfe braucht, sei die im Evangelium ausgedrückte Solidarität Gottes. Siebenten-Tags-Adventisten sprächen sich ausdrücklich gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit aus.

Die Freikirche werde die bestehenden Strukturen des adventistischen Wohlfahrtswerks AWW und der adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA zugunsten einer nachhaltigen Hilfe für Flüchtlinge nutzen. Zugleich werde sie sich aktiv in die bestehenden Strukturen der Bundesländer und Kommunen einbringen.

Das Dokument macht deutlich, dass die Ortsgemeinden der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland im konkreten Hilfshandeln gefragt sind. Die Gemeinden vor Ort seien eingeladen, ohne Berührungsängste auf Menschen in Not zuzugehen, die Zusammenarbeit mit Behörden, Vereinen, Einrichtungen und anderen Kirchen zu suchen und Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements zu erfragen und konkret umzusetzen. Kirchengemeinden könnten Räumlichkeiten für Sprachkurse, Begegnungstreffen oder Programme zur Kinder- und Freizeitgestaltung zur Verfügung stellen und Flüchtlinge, Migranten und Menschen in Not bewusst in die Fürbitte des Gebets einschließen.

Unterzeichnet wurde die Erklärung von den Pastoren Johannes Naether, Präsident der Adventisten in Norddeutschland und Rainer Wanitschek, Präsident der Adventisten in Süddeutschland. Beide Kirchenleiter sprachen allen, die bereits durch ihr ehrenamtliches Engagement Hilfe für

Flüchtlinge praktizierten, einen herzlichen Dank aus.

Die Erklärung in vollem Wortlaut unter:
<http://www.adventisten.de/news/news/datum/2015/09/24/erklaerung-der-freikirche-zur-aktuellen-fluechtlingssituation/>

EAK-Studientag befasst sich mit Rüstungspolitik und Konversion

„Es hat sich beim Studientag gezeigt, wie unterschiedlich die Sichtweisen bei diesem Thema sind“, bekannte der EAK-Bundesvorsitzende Dr. Christoph Münchow. Darum sei es wichtig, dass die in Kassel geführte Diskussion fortgesetzt werde. „Und dies ohne Denkverbote, ohne Scheuklappen und mit klaren Standpunkten“, forderte er.

Kassel bedeutender Standort der Rüstungsindustrie

Nicht ohne Grund sei Kassel als Ort des Studientages gewählt worden. In der hessischen Stadt sind mehrere Rüstungsunternehmen angesiedelt. Dafür stehen die Namen Henschel und Wegmann. Die Henschel-Werke, 1810 gegründet, produzierten schon früh Rüstungsgüter und sind heute Teil des Rheinmetall-Konzerns. Und Wegmann, 1882 gegründet, spezialisierte sich ebenfalls früh auf militärische Fahrzeuge. Das Unternehmen schloss sich mit Krauss-Maffei 1999 zu Krauss-Maffei Wegmann (KMW) zusammen. „Unsere Stadt ist ein bedeutender Standort der Rüstungsindustrie“, sagte der Kasseler Rechtsanwalt Michael Goldbach, der Mitglied der EAK

ist.

Exportdruck für Rüstungsindustrie

Volkswirtschaftlich spiele die Rüstungsindustrie lediglich eine geringe Rolle, verdeutlichte Otfried Nassauer, Direktor des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS). „Die deutsche Rüstungsindustrie ist zu groß und auch zu klein. Zu groß, um nur den begrenzten Bedarf der Bundeswehr zu decken, aber zu klein, um alles zu liefern was die Bundeswehr benötigt“, so Nassauer. Darum sei dieser Industriezweig stark exportabhängig, was einen Exportdruck erzeuge, denn die Inlandsnachfrage reiche nicht aus. Vor diesem Hintergrund zu einer Konversion zu kommen, sei schwerer als man denke. Denn bevor die Rüstungsindustrie ihre Produktion verringere, versuche sie mehr zu exportieren.

Ernüchterung beim Thema Rüstungskonversion

Es gebe einige Beispiele für Rüstungskonversion. In Bremen wurde der Versuch unternommen, bei den Vereinten Flugbetriebe Werken (VFW), später MBB, nach dem Auslaufen der Tornado-Produktion und den schleppenden Verkäufen beim Airbus eine Konversion zu erreichen. Gewerkschafter, Parteien, Kirchen, Arbeitgeber, zivilgesellschaftliche Gruppen und Wissenschaft erarbeiteten gemeinsam Überlegungen für Alternativen, sodass ein Konversionsprogramm entstand. Aber nach 25 Jahren kam es zur Ernüchterung: Die Liegenschaftskonversion, gemeint ist die Nutzung früherer Kasernen für zivile Zwecke, habe zum Erfolg geführt, „doch in der Rüstungsindustrie selbst hat es keine nachhaltige Konversion gegeben“, so Manfred Nieft von der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion.

Auch in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg werde über Rüstungskonversion nachgedacht. Hier gebe es seit drei Jahren einen Prozess, bei dem Gespräche zwischen Rüstungsunternehmen, Beschäftigten, Politik und Gesellschaft geführt würden. Nächstes Jahr soll es zu ersten Vorlagen kommen. Ein Problem, dass sich auch hier zeige, sei die Zurückhaltung gerade aus den Gewerkschaften aus Angst vor dem

Verlust von Arbeitsplätzen. „Für viele Gewerkschafter ist daher Konversion kein Thema“, sagte Otfried Nassauer.

Schließung von Rüstungsbetrieben keine Katastrophe

„Wenn beide Rüstungsbetriebe in Kassel schließen müssten, wäre das keine Katastrophe, die regionale Wirtschaft würde das verkraften“, meinte José Pinto von der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeine“. Aber er gab auch zu bedenken: „Warum sollte man ein erfolgreiches Unternehmensmodell aufgeben?“ Rüstung sei eine politische Frage, Konversion wäre derzeit kein Thema. Wenn die Politik entscheiden würde, dass die Rüstungsproduktion eingestellt werden sollte, erst dann würde Konversion in den Blick treten, betonte er.

„Rüstungskonversion ist kein totes Thema, sondern muss neu betrachtet werden“, entgegnete Boris Mijatovic, Sprecher der Kasseler Grünen. Allerdings könne das nicht losgelöst von den Exporten angesehen werden. „Rüstung ist kein Wirtschaftsgut, sondern Thema der Außenpolitik“, forderte er. Und Frank Skischuss vom Kasseler Friedensforum war der Überzeugung, dass es gerade auch Aufgabe der Friedensbewegung sei, hier Druck zu machen und Staat wie Wirtschaft dazu zu bringen, die Rüstung aufzugeben.

In Frieden leben dank Rüstung

„Wir brauchen die Rüstung. Dass wir hier 70 Jahre in Frieden leben, haben wir auch der Rüstung zu verdanken“, machte dagegen der Kasseler Diplom-Physiker Martin Bräutigam deutlich. Durch die Waffen würden auch Freiheit und Demokratie in Deutschland gesichert. Verständnis habe er dagegen für die Kritik an den Rüstungsexporten.

„Es ist ein kontroverses Thema, das hat dieser Studientag deutlich gemacht“, meinte Dr. Christoph Münchow. Darum sei es wichtig, an dieser Frage dranzubleiben, auch als Kirche. „Denn dann kann das Bibelwort von den Schwertern, die zu Pflugscharen umgeschmiedet werden, auch Wirklichkeit werden.“

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) ist innerhalb der „Konferenz für Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)“ der Dachverband für jene, die in evangelischen Landeskirchen und Freikirchen für Kriegsdienstverweigerung und Friedensarbeit zuständig sind. Die EAK beschäftigt sich mit Fragen der Friedenstheologie, Friedensethik, Friedens- und Gewissensbildung sowie Friedenspolitik.

Ordination: Adventisten in Norwegen und Dänemark auf neuen Wegen

Die Delegierten der 60. Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten hatten in San Antonio, Texas/USA, am 8. Juli entschieden, dass es den weltweit dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) auch weiterhin nicht gestattet sein soll, in ihrem Gebiet Frauen, die im Pastorendienst tätig sind, zu ordinieren.

Keine Diskriminierung

Diesen Beschluss der Weltsynode wollten sie achten, heißt es in einer Mitteilung der Adventisten in Norwegen, gleichzeitig wollten sie aber auch den „grundlegenden Prinzipien“ der Arbeitsrichtlinien der Weltkirchenleitung (General Conference Working Policy BA 60 05) entsprechen. Dort heißt es: „Die Kirche lehnt jedes System und jede Philosophie ab, die

jemanden aufgrund seiner Rasse, Farbe oder seines Geschlechts diskriminiert.“

Bisherige Ordinationspraxis entspricht nicht dem Gleichbehandlungsprinzip

Die Ordinationspraxis in der adventistischen Kirche sei während vieler Jahre „nicht in Übereinstimmung mit dem grundlegenden biblischen Prinzip der Gleichbehandlung aller Menschen“ gewesen, so die Medienmitteilung. Die schriftlichen Unterlagen, die den Mitgliedern des norwegischen Exekutivausschusses vor der Beschlussfassung zur Verfügung gestanden seien, hätten auf das Priestertum aller Gläubigen verwiesen und ausgeführt, dass es für die Kirche unmöglich sei, das grundlegende Menschenrecht der Gleichbehandlung anzuerkennen ohne die in der Vergangenheit angewandte Ordinationspraxis entsprechend anzupassen.

Das Dokument der norwegischen Adventisten führt weiter aus, dass die adventistische Weltkirche in den letzten fünf Jahren gründliche Studien bezüglich der Ordination durchgeführt habe, die zur Feststellung geführt hätten, dass es unter gewissenhaften und loyalen Adventisten zwei gegensätzliche Auffassungen von Ordination gebe. Die Weltkirchenleitung habe es versäumt, jenen überregionalen oder nationalen Kirchenleitungen (Unionen), welche überzeugt seien, dass die aktuelle Ordinationspraxis aus biblischer Sicht falsch sei, Raum zu lassen, damit sie im Rahmen der Arbeitsrichtlinien ihrem Gewissen folgen könnten. Das habe die norwegische Kirchenleitung in eine schwierige Situation gebracht.

Für norwegische Adventisten eine Gewissensangelegenheit

„Die norwegische Union (nationale Kirchenleitung) rebelliert nicht, noch möchte sie die weltweite Kirche der Siebententags-Adventisten verlassen. Dies festzuhalten ist uns ganz wichtig“, sagte Pastor Finn F. Eckhoff, Generalsekretär der norwegischen Kirchenleitung. „Für die norwegische Union ist dies eine Gewissensangelegenheit“, betonte Pastor Reidar J. Kvinge, Präsident der norwegischen Adventisten. Mit ihrer

Entscheidung ermutige die norwegische Kirche die Weltkirchenleitung jedoch, eine biblisch begründete Ordinationspraxis zu schaffen, welche die Einheit der Kirche nicht gefährde.

Neue Regelungen und Bezeichnungen

Für Personen, die in Zukunft in Norwegen als Pastoralassistenten in den Pastorendienst eingeführt würden, werde ein einfaches Fürbittgebet gesprochen. In gleicher Weise werde auch mit Pastoralassistenten verfahren, wenn sie in den vollen Pastorendienst eingesetzt würden.

Demnach gebe es zukünftig bei den norwegischen Adventisten keine „ordinierten“ und „nicht-ordinierten“ Pastoren mehr. Unabhängig vom Geschlecht werde es nur noch zwei Kategorien von pastoralen Mitarbeitern geben: Pastoren „im normalen Dienst“ oder „im Praktikum bzw. in der Pastoralassistentenz“. Der Weltkirchenleitung werde man solange keine Angaben mehr über Mitarbeitende im Pastorendienst mitteilen bis sie Kategorien für Pastoren geschaffen habe, die nicht diskriminierend seien.

Adventisten in Dänemark geben die Begriffe „Ordination“ und „Beauftragung“ auf

Die Kirchenleitung der Adventisten in Dänemark (DUChC) beschloss 2013 eine Stellungnahme, wonach die Kirche „bei der Ernennung von Pastoren nicht zwischen den Geschlechtern unterscheiden werde und die Gleichstellung der Geschlechter in allen Verantwortungsbereichen wünsche“. Im Dokument steht auch, dass die dänische Kirchenleitung (Union) „die Ordination von neuen Pastoren bis zur Generalkonferenz-Vollversammlung 2015 (Weltsynode) aussetzen werde“, an der die Frage der Frauenordination diskutiert werde.

Gemäß der Arbeitsrichtlinie der Weltkirchenleitung (Working Policy E05 05) könnten auch andere Legitimationen ausgestellt werden. Die dänische Kirchenleitung bitte die Weltkirchenleitung, eine Bezeichnung für die Legitimation von Pastoren zu finden, welche für Männer und Frauen zutreffend

sei.

Auf der Basis dieser Bitte an die Weltkirchenleitung und der Stellungnahme zur Gleichbehandlung aus dem Jahr 2013, die im biblischen Verständnis gründe, wonach Mann und Frau als Ebenbild Gottes geschaffen seien und der Heilige Geist Männern und Frauen geistliche Gaben in gleicher Weise schenke, sei am 20.9.2015 vom Exekutivausschuss der dänischen Kirchenleitung (Union) beschlossen worden, dass die Begriffe „Ordination“ und „Beauftragung“ nicht mehr verwendet werden sollen, sondern nur noch von „ausgesonderten Pastoren“ gesprochen werden soll. In Zukunft werde die dänische Kirchenleitung ausschließlich eine Bezeichnung und eine Legitimation verwenden, nämlich „Pastor/Pastorin“. Dies gelte gleichermaßen für Männer und Frauen, welche die Pastoralassistentenzeit erfolgreich abgeschlossen hätten.

Adventisten in den Niederlanden wollen Frauen auch in Zukunft ordinieren

Nach der Entscheidung der adventistischen Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) vom Juli 2015 veröffentlichte die Kirchenleitung der holländischen Adventisten folgende Erklärung, die von SPECTRUM, Zeitschrift der Vereinigung adventistischer Foren (AF), ins Englische übersetzt wurde:

„Die Delegierten der adventistischen Kirchgemeinden in den Niederlanden haben im Herbst 2012 beschlossen, Frauen in gleicher Weise wie ihre männlichen Kollegen zum Pastorendienst zu ordinieren. Dieser Beschluss trat im Juni 2013 in Kraft und bleibt es weiterhin. Die Entscheidung der Generalkonferenz-Vollversammlung von San Antonio ändert daran nichts.

Die Kirchenleitung in den Niederlanden wird weiterhin Pastorinnen ordinieren. Wir danken Gott, dass er Männer und Frauen in seinen Dienst beruft. Mit Freude wollen wir diesen Ruf durch das Auflegen der Hände bestätigen.“

Bewaffnete töten sieben Adventisten in Kamerun

Die nicht identifizierten Angreifer hätten auch Geschäfte in Brand gesteckt, was zu erheblichen materiellen Verlusten geführt habe, sagte Hendjena in einer Stellungnahme am 18. September.

Am Tag nach der Attacke habe Aïssa Harde einem Geisterdorf geglichen, da die Bewohner mit ihren wenigen Habseligkeiten in Panik geflohen seien. Dies sei der größte Verlust von Mitgliedern durch gewaltsame Attacken seit vor fünf Jahren die Terrormiliz Boko Haram versucht habe, einen strikt muslimischen Staat in Afrika zu errichten, sagte der Kirchenleiter.

Boko Haram schürt Konflikte in Kamerun, Tschad und Nigeria

Die Terrormiliz Boko Haram, die Konflikte im Grenzgebiet zwischen Kamerun, Tschad und Nigeria schürt, habe die Verantwortung für die Attacken vom 17. September nicht übernommen. Der Überfall folge aber dem Muster dieser Terrorgruppe. Als Reaktion auf die Entscheidung Kameruns, gemeinsam mit seinen Nachbarländern Widerstand gegen die Terroristen zu leisten, habe Boko Haram auch Angriffe in Kamerun gestartet, heißt es in der amerikanischen Kirchenzeitschrift *Adventist Review*.

Laut Menschenrechtsorganisationen habe Boko Haram allein in Kamerun im letzten Jahr mehr als 400 Personen getötet und weitere Tausende in anderen Ländern. Darunter seien auch sechs

Adventisten, die Anfang des Jahres bei einem Angriff in Maiduguri, der Hauptstadt des nigerianischen Bundesstaates Borno, getötet worden seien, so der adventistische Kirchenleiter.

Richard Hendjena bat die Adventisten weltweit, in ihren Gebeten an die Geschwister in Aïssa Harde sowie in anderen gefährdeten Gebieten zu denken, „denn es ist nicht leicht in einem solchen Klima, das von Unsicherheit geprägt ist, zu leben“.

Einfache Antworten auf komplexe Fragen gibt es nicht

Wer ohne Lebenshoffnung ist, sollte nicht kriminalisiert werden

Mit Blick auf die anstehende parlamentarische Gesetzgebung zur Suizidbeihilfe sei Hörsting einerseits für das Verbot der geschäftsmäßigen Hilfe zur Selbsttötung, gleichzeitig aber gegen eine Bestrafung von Privatpersonen: „Wo jemand keine Lebenshoffnung mehr hat, hilft keine Kriminalisierung.“ Weit verbreitet wäre heute die Ansicht: „Ich lebe selbstbestimmt, ich sterbe auch selbstbestimmt.“ Für Christen gelte jedoch: „Wir gehören nicht uns selbst, sondern sind von Gott geschaffen. Aus dieser Perspektive schließt sich auch jede Hilfe zur Selbsttötung aus!“ Wichtig sei, das Leben zu schützen. Dazu gehörten auch schmerzlindernde Therapien, die ein würdiges Sterben ermöglichen.

„Marsch für das Leben“

Beim „Marsch für das Leben“, der zeitgleich in Berlin stattfand, gehe es ebenfalls um Tötung, erklärte der Präses. Er stehe vollständig hinter dem Anliegen, das ungeborene Leben zu schützen. Er warnte davor, dass sich eine Gesellschaft an die Praxis der Tötung von ungeborenen Kindern gewöhne. Für aggressive Gegendemonstrationen mit plakativen Aussagen wie: „Hätte Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben“, habe er kein Verständnis. Gleichzeitig kritisierte er Christen, die alle Frauen, die abgetrieben haben, als Mörderinnen bezeichneten.

Flüchtlinge keine Missionsobjekte

Die Menschen, die nach Deutschland als Flüchtlinge kommen, sieht Hörsting „als Chance Gottes“, ihnen seine Liebe weiterzugeben. Auf der anderen Seite bleibe die Unsicherheit, welche Folgen die Zuwanderung für die Gesellschaft in Deutschland habe. Er warnte davor, nur Flüchtlingen mit christlichem Hintergrund zu helfen. Gottes Liebe gelte ebenso Menschen mit einer anderen religiösen Herkunft. Es dürfe allerdings nicht der Eindruck entstehen, Christen nutzten die Notlage der Flüchtlinge aus, um sie zu missionieren. Zugleich gehöre es aber dazu, den Glauben zu bezeugen und über Gott ins Gespräch zu kommen. Besonders für Muslime sei das selbstverständlich.

Während des Bundestages informierte die Freikirche, wie sie Flüchtlingen helfe wolle. Mit Spenden sollen Projekte örtlicher Kirchengemeinden finanziert werden. Drei Freie evangelische Gemeinden berichteten über ihre laufenden Hilfsprojekte. Seit mehreren Jahren hätten verschiedene Gemeinden des Bundes mit Deutschkursen, materiellen Hilfen und internationalen Café-Projekten Erfahrungen gesammelt. Davon könne man in der jetzigen Herausforderung profitieren. Seit Anfang des Jahres sei die Facebook-Seite „FeG-Netzwerk Flüchtlinge“ als Austausch-Plattform online, die von Pastor Immo Czerlinski (FeG Saarlouis) initiiert wurde.

Willkommen in der Evangelischen Kirche – auf Türkisch

Wer als Muslim eine Kirche besucht und sich neugierig umschaut, wird manche Frage haben. Welche Bedeutung hat der Altar? Warum stehen da Kerzen? Warum hängt an der Kanzel ein kleiner Vorhang? Wozu läuten Glocken? Und was hat eigentlich der Hahn auf dem Kirchturm zu bedeuten? Solche Fragen beantwortet das kleine Heft in Wort und Bild. 19 Begriffe sind einfach, aber präzise erläutert. „Nur wenn wir voneinander wissen, können wir in Frieden miteinander leben und unser Land gemeinsam gestalten“, erklärt dazu Präses Annette Kurschus, leitende Theologin der Evangelischen Kirche in Westfalen.

Die 44-seitige Broschüre im Taschenformat in türkisch-deutscher und auch geplant in arabisch-deutscher Fassung richtet sich an Muslime, die in Deutschland leben, sowie an Partner, Gäste und Besucher aus der Türkei und aus dem arabischen Sprachraum – zum Beispiel Flüchtlinge, die Kirchengemeinden besuchen. Selbst einheimische evangelische Gottesdienstbesucher finden in dem Heft Informationen über ihre Kirche, die auch ihnen oft nicht bekannt sind.

Die Broschüre kann im Internet heruntergeladen werden unter:
<http://kirchenshop-westfalen.de/redirect.php?action=product&id=58>

Südkoreanischer Kriegsdienstverweigerer Sang- Min Lee aus Haft entlassen

Sang-Min Lee gehört zur „Gnade und Frieden“-Mennonitengemeinde in Seoul. Der 27-Jährige berichtete laut mennonews.de, dass in Südkorea die meisten Christen und Nichtchristen an dem Thema Kriegsdienstverweigerung kein Interesse hätten und eine derartige Haltung sogar ablehnten. Er müsse damit rechnen, dass er als Vorbestrafter auch nach seiner Haft kriminalisiert und in der Gesellschaft als Verweigerer des Militärdienstes geächtet werde.

Die Mennoniten leiten ihren Anfang von der Täuferbewegung des 16. Jahrhunderts ab; sie sind damit die älteste Freikirche. Sie gelten zudem als „historische Friedenskirche“, da sie vielfach den Kriegsdienst ablehnten und deshalb in Regionen auswichen, wo ihnen dieses Recht als Privileg zugesichert wurde. Im 20. Jahrhundert hat sich ihre Verweigerungshaltung vielerorts zu einer aktiven Gewaltfreiheit entwickelt, die sich für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung mitten in der Gesellschaft einsetzt.

95 Prozent der weltweit inhaftierten Kriegsdienstverweigerer in Südkorea

Die südkoreanische Bürgerrechtsaktivistin Yeo-ok Yang von der Organisation „World Without War“ (Welt ohne Krieg) teilte mit, dass in ihrem Land derzeit etwa 700 Kriegsdienstverweigerer in Haft seien. Das wären rund 95 Prozent aller weltweit inhaftierten Verweigerer. Die seit Ende des Koreakrieges 1953 bestehenden Spannungen mit Nordkorea benutze die

südkoreanische Regierung, um die Militarisierung und ein striktes Militärsystem zu bewahren. Das Land unterhalte bei 50 Millionen Einwohnern eine Armee von 685.000 Männern und Frauen und habe damit die fünftgrößte Armee der Welt. Alle Männer seien wehrpflichtig. Die Dauer des Militärdienstes betrage zwischen 21 und 24 Monaten. Es gebe kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung und deshalb auch keine alternativen waffenlosen oder zivilen Dienste.

Alle, welche die Militarisierung in Südkorea in Frage stellten, zahlten einen hohen Preis, so Yeo-ok Yang. Kriegsdienstverweigerer würden in der Regel zu 18 Monaten Haft verurteilt und in der Gesellschaft diskriminiert. Sie könnten nie einen Arbeitsplatz beim koreanischen Staat bekommen, auch alle Großbetriebe stellten keine Kriegsdienstverweigerer ein.

Gewissenskonflikt auch für südkoreanische Adventisten

Laut Holger Teubert, Ostfildern bei Stuttgart, Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, empfehle die Freikirche ihren wehrpflichtigen Mitgliedern weltweit als „Nichtkämpfer“ einen waffenlosen Dienst oder einen Zivildienst zu leisten. Wo dies nicht möglich sei, müsse jeder seine eigene Gewissensentscheidung treffen, ob er eine Waffe in die Hand nimmt. Da es in Südkorea Alternativdienste nicht gebe, kämen auch Adventisten immer wieder in einen Gewissenskonflikt. So seien beispielsweise die adventistischen Studenten Young-chul Yoon und Hwi-jai Lim wegen Kriegsdienstverweigerung ebenfalls zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Dasselbe gelte für fünf weitere Adventisten, welche als Reservisten bei Wehrübungen den Waffendienst verweigerten. Die adventistische Kirchenleitung in Südkorea fordere seit Jahren vergeblich, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gesetzlich zu regeln.

Hope Channel stellt neues Konzept vor

Das Medienzentrum möchte durch die gegenseitige Ergänzung seiner Angebote den Service für Zuschauer, Zuhörer und Teilnehmer von Bibelkursen verbessern. Das „Internationale Bibelstudien-Institut“ heißt nun „Hope Bibelstudien-Institut“ und wird von Pastor Sven Fockner geleitet. „Wo Hope draufsteht ist auch Hope drin“, sagte Fockner im Rahmen des Festaktes. Es gehe bei den Angeboten darum, Hoffnung zu vermitteln. Die Zusammenarbeit spiegelt sich außerdem in Sendeformaten wieder. Einige Sendungen, die auf Hope Channel gesendet werden, wie z. B. „Unterwegs mit Paulus“ oder „Den Himmel berühren“, sind auch als Bibelkurse verfügbar.

Pastor Klaus Popa, Leiter der Stimme der Hoffnung, hob die Aufgabe des Medienzentrums hervor, Menschen mit Gott bekannt zu machen. Die Bibel liefere Antworten auf existenzielle Fragen. Das Beispiel aus dem Neuen Testament über den christlichen Missionar Philippus, der einem äthiopischen Reisenden beim Verständnis der Bibel half, wählte Pastor Rainer Wanitschek, Präsident der Adventisten in Süddeutschland, als Grundlage seiner Ansprache zum Festakt. „Gott benutzt Menschen, um andere auf ihn aufmerksam zu machen und sie in die Beziehung zu ihm einzuladen“, sagte Wanitschek.

Hope Channel ist ein Radio- und TV-Sender der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Der Sender gehört zur internationalen Senderfamilie Hope Channel, die 2003 in den USA gegründet wurde und aus mittlerweile 36 nationalen Sendern besteht. Mehr Informationen unter www.hope-channel.de.

Das Hope Bibelstudien-Institut ist das älteste Institut für

kostenlosen Bibelfernunterricht in Deutschland, Österreich und der Schweiz und wurde 1948 gegründet, weil Hörer von christlichen Radiosendungen mehr über die Bibel erfahren wollten. Jährlich melden sich etwa 6.000 Teilnehmer zu den kostenlosen und unverbindlichen Bibelfernkursen an. Mehr Informationen unter www.bibelstudien-institut.de.

Arbeiten an der Lutherbibel abgeschlossen

Ein umfangreiches Projekt mit rund 70 Fachleuten

Im Namen des Rates der EKD dankte der Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, allen Mitwirkenden für ihre intensive Arbeit „an einem schwierigen und umfangreichen Projekt“. Der Rat hatte zur Koordination der Lutherrevision einen Lenkungsausschuss eingesetzt, in dem rund 70 exegetische Wissenschaftler, praktische Theologen sowie kirchleitende Personen vertreten waren. Auch gehörten die drei Hauptkoordinatoren dem Lenkungsausschuss an: Für das Alte Testament Professor Dr. Christoph Levin, München, für das Neue Testament Professor Dr. Martin Karrer, Wuppertal, und für die Apokryphen Professor Dr. Martin Rösel, Rostock. Die revidierte Bibel soll im Vorfeld des Reformationsjubiläums 2017 am 30.10.2016 offiziell erscheinen.

Die Bibel in der Sprache Luthers neu entdecken

Die Deutsche Bibelgesellschaft (DBG), vertreten durch ihren Generalsekretär, Christoph Rösel, wurde mit der Herstellung und Verbreitung der neuen Bibel betraut. „Die Wiederentdeckung

der Bibel durch Martin Luther war ein zentrales Geschehen der Reformation. Das Reformationsjubiläum 2017 bietet die Chance, die Bibel in der Sprache Luthers neu zu entdecken“, so Rösel.

Mit der Übergabe des Textes werde deutlich, dass die jahrelange Arbeit an der Revision der Lutherbibel nicht für den Rat der EKD oder die Deutsche Bibelgesellschaft getan wurde, erklärte Bedford-Strohm. „Alle Beteiligten haben dies für Menschen getan, die mit der Lutherbibel aufgewachsen sind und mit ihr leben. Denen diese Texte Mut, Kraft, Stärke, Trost und Hoffnung geben sowie neue Gesichtsfelder und Gedankenwelten über das alltägliche Leben hinaus eröffnen.“

Die Geschichte der Lutherbibel

Die Lutherbibel geht auf die Übersetzungen des Reformators Martin Luther und seiner Mitarbeiter in den Jahren 1521 bis 1545 zurück. Die Übersetzung des Neuen Testaments erschien im September 1522 (Septembertestament). In den folgenden Jahren wurden kontinuierlich weitere Bücher der Bibel übersetzt, bis 1534 die erste Gesamtausgabe des Alten und Neuen Testaments erschien. Im Jahr 1545 kam die letzte von Luther selbst durchgesehene Gesamtausgabe heraus.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann man die Bibelübersetzungen, die auf Martin Luther zurückgingen, sich aber durchaus unterschieden, kritisch durchzusehen und eine erste Revision vorzunehmen. Sie hatte das Ziel, den ursprünglichen Luthertext wieder herzustellen und diesen an jenen Stellen, wo er nicht mehr verständlich oder unklar war, an den allgemeinen Sprachgebrauch anzugleichen. Immer noch in Gemeinde-Gebrauch ist der Text der zweiten Revision von 1912.

Die dritte und letzte Revision wurde in den Jahren 1964 (Altes Testament), 1970 (Apokryphen) und 1984 (Neues Testament) abgeschlossen. Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es im Zuge der Revisionsarbeiten im Jahr 1975. Der damals vorgelegte revidierte Text des Neuen Testaments stieß in weiten Teilen der evangelischen Kirche auf zum Teil massive Kritik. Man

vermisste vor allem die „Treue gegenüber der Sprache Luthers“. Es wurde eine „Nach-Revision“ vorgenommen, sodass der gesamte Prozess der Revision erst 1984 zum Abschluss kam. Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Rechtschreibung 1999 wurde der Text noch einmal durchgesehen.

„Zäune in Europa sind ein Konjunkturprogramm für Schlepper“

Demnach habe Heinrich Bedford-Strohm die Initiativen der EU-Kommission für einen verbindlichen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge ausdrücklich begrüßt und sich beim Kommissionspräsidenten für dessen Einsatz für eine europäische Lösung der Krise bedankt.

Keine Kriminalisierung der Flüchtlinge

Eine Kriminalisierung von Flüchtlingen und eine weitere Abschottung Europas durch Stacheldraht und Militär stünden im Widerspruch zum Gebot christlicher Nächstenliebe, so der Landesbischof und würden das Geschäft der Schlepper nur noch lukrativer machen: „Zäune sind ein Konjunkturprogramm für Schlepper“.

Zivilgesellschaft beweist großes humanitäres Potenzial

Bedford-Strohm habe laut EKD gegenüber Jean-Claude Juncker den vielfältigen ehrenamtlichen Einsatz für die Flüchtlinge in Europa hervorgehoben. Auf seiner jüngsten Reise habe er viel Hilfsbereitschaft und Offenheit erlebt: „So viele Menschen in

Ungarn und Serbien packen mit an und helfen den Flüchtlingen. Die europäische Zivilgesellschaft beweist in diesen Tagen ihr großes humanitäres Potenzial.“

Keine einfachen Antworten in der Flüchtlingsfrage

Der EKD-Ratsvorsitzende betonte, dass die ungelöste Flüchtlingsfrage Europa vor eine große Bewährungsprobe stelle. „Einfache Antworten kann es nicht geben“, so Bedford-Strohm. Deshalb setze die EKD sich gemeinsam mit ihrem ökumenischen Partnern für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in der EU, die Schaffung menschenwürdiger Aufnahme Standards und den Ausbau legaler und sicherer Wege für Schutzsuchende nach Europa durch Neuansiedlung, Ausstellung humanitärer Visa und erleichterte Familienzusammenführung ein. Die Möglichkeiten für Migranten in der EU Arbeit aufzunehmen, sollten zudem ausgebaut und erleichtert werden.

Kurz vor seiner Zusammenkunft mit Kommissionspräsident Juncker hat EKD-Ratsvorsitzender Heinrich Bedford-Strohm seine Reise nach Ungarn und Serbien beendet. Gemeinsam mit Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin von Brot für die Welt, hatte er sich über die laufenden Hilfsprojekte in der Region informiert.

Egal auf welcher Fluchtroute, egal an welchem Zaun

Nach Besuchen im ungarischen Lager bei Röszke und der serbisch-mazedonischen Grenzregion unterstrich Füllkrug-Weitzel: „Es sind weiterhin zehntausende Menschen als Flüchtlinge in Europa unterwegs. Ändern sich die Routen, folgen wir. Wir stehen den Menschen bei – egal auf welcher Fluchtroute, egal an welchem Zaun.“

Kirche und Großstadt - Kirchen als Zufluchtsort

An der 18. Konsultation der Evangelischen Kirche in Deutschland, die in Zürich stattfindet, würden zahlreiche Kirchenvertreter aus ganz Europa beraten, wie Kirche in einer Großstadt gelebt werde bzw. wie sie in Zukunft gelebt werden soll. In der Zwinglistadt würden städtische kirchliche Entwicklungen und Strukturen diskutiert, schreibt die reformierte Kirche Zürich-Enge auf ihrer Website.

„Was bietet Kirche der Stadt und was erhofft sich eine Stadtgesellschaft von Kirche?“ laute eine der wesentlichen Fragen. Nach EKD-Angaben sollen durch den exemplarischen Besuch interessanter Kirchenräume und ihrer Angebote – wie einer Migrationskirche, Gemeinwesen-Aktionen, sozial-diakonischen Projekten, der Musikkirche oder einem Stadtkloster – Anregungen entstehen, wie ein „geistlicher Atemzug“ in der Stadt erfahrbar und Kirchen zu Zufluchtsorten würden.

In einem Vortrag zum Abschluss der Tagung fasse Prof. Dr. Ralph Kunz, Professor der Praktischen Theologie an der Universität Zürich, die gegenwärtigen Herausforderungen von Kirche in Stadtgesellschaften in einem Vortrag zur „Liturgie der Stadt“ zusammen.

Die Tagung zieht laut EKD auch einen theologischen Bogen zum Reformationsjubiläum 2017.

25 Jahre Verein für Freikirchenforschung

Robert C. Walton (1932-2000), Professor für Kirchengeschichte der presbyterianischen Tradition, hatte die vernachlässigte Erforschung der Freikirchen in Deutschland als ein gesamtkirchliches Defizit erkannt. Der US-Amerikaner wirkte von 1978 bis zu seinem Ruhestand 1993 an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. 25 Jahre nach seiner Gründung zählt der Verein heute 180 Einzelmitglieder aus zwölf Ländern. Es sind Professoren verschiedener Fachrichtungen, Theologen, interessierte Laien, die teilweise in akademischen Bereichen engagiert sind. 21 kirchliche und wissenschaftliche Institute aus verschiedenen Ländern sind kooperative Mitglieder der freikirchlichen Forschungsvereinigung. Die Studiengemeinschaft hat durch ihre Mitglieder aus 27 Kirchen, Gemeindebünden und Gemeinschaften eine breite kirchliche Zusammensetzung.

Frühjahrs- und Herbsttagungen

Das Herzstück der Vereinsarbeit sind die beiden im Beirat vorbereiteten jährlichen Tagungen im Frühjahr und Herbst, so Professor Dr. Christoph Raedel, Gießen, der Vorsitzende des VFF. Zu einem Markenzeichen habe sich das Jahrbuch des Vereins entwickelt, das zunehmend eine breitere Wahrnehmung finde und von ehrenamtlich tätigen Mitarbeitenden erstellt werde. Seit 1990 haben fast fünfzig mehrtägige Symposien stattgefunden. In 24 Jahrbüchern ist eine Vielzahl von Vorträgen dokumentiert. Sie befassen sich mit Erfahrungen, Entwicklungen und Problemen in den verschiedenen Freikirchen. „Ganz unterschiedliche Impulse sind von dieser Arbeits- und Studiengemeinschaft ausgegangen“, informierte Raedel. Die Erforschung des sehr verschiedenen Freikirchentums im deutschsprachigen Europa sei deutlich gefördert worden. Völlig neu wäre, dass die Minderheitskirchen sich gemeinsam ganz unterschiedlichen Fragen gestellt hätten, auch wenn sie in den einzelnen Kirchen

verschieden gewichtet würden. „Das beständig gewachsene Vertrauen zueinander hat eine außerordentlich fruchtbare Arbeit ermöglicht“, betonte der Vorsitzende des VFF.

Freikirchenbibliothek des VFF

Professor Raedel weist auch auf die Fachbibliothek des Vereins hin, in der wichtige die Freikirchen betreffende Bücher und Zeitschriften gesammelt werden. Sie war etliche Jahre in privaten und kirchlichen Räumen untergebracht, was die wissenschaftliche Nutzung erschwerte. Da der Bestand einige Tausend Quellen aufwies, wurde eine professionelle Lösung gesucht. Ende März 2000 beschloss der Verein, die Bibliothek in der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebententags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg unterzubringen. Die dortige Hochschulbibliothek war damals bereits an den Deutschen Leihverkehr und auch an das Internet angebunden. Der Umzug erfolgte Anfang März 2002. Die Angestellten der Friedensauer Hochschulbibliothek sortierten die Bestände und erfassten die Daten, um sie für die Internetrecherche vorzubereiten. Auch buchtechnische Arbeiten übernahmen sie, um den wertvollen, zum Teil weltweit einmaligen Bestand, entsprechend zu schützen. Der überwiegende Teil der Medien ist inzwischen in einer „allegro“-Datenbank erfasst und kann in der Bibliothek und über das Internet recherchiert werden (<http://www.thh-friedensau.de/bibliothek/katalog-der-freikirchenforschung/>).

„Ein weites Spektrum mit vielen ungeahnten Einsichten“

Durch die beiden jährlichen Symposien des VFF könnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie damit auch deren Kirchen Einsichten gewinnen, „für die es innerhalb Deutschlands kaum andere Möglichkeiten gibt“, betonte Karl Heinz Voigt, Bremen, Pastor im Ruhestand der evangelisch-methodistischen Kirche und Autor mehrerer konfessionskundlicher Werke. Die Frühjahrstagung 2014 in der Theologischen Fachhochschule Elstal des baptistischen Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Wustermark bei Berlin befasste sich

beispielsweise mit „Friedenstheologie und Friedensengagement in den Freikirchen“. Das Thema sei durch Professor Fernando Enns, einem Mennoniten aus Amsterdam, entfaltet worden. Weitere Referate gab es von der Quäkerin Dr. Susanne Jalka aus Wien, der Majorin der Heilsarmee Christine Schollmeier, Hamburg, und dem Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Pastor Holger Teubert (Ostfildern bei Stuttgart). Es seien Denkanstöße gewesen, die selten in dieses Thema einfließen würden. Ein früherer landeskirchlicher Bundeswehrpfarrer und ein Doktorand über Soldatenarbeit in den Freikirchen hätten zu teilweise völlig anderen Fragestellungen geführt. Das Gespräch über die Erfahrungen ehemaliger DDR-Bausoldaten habe Fragen aus der jüngsten Vergangenheit für die unmittelbare Zukunft gestellt. „Wo ist außer im Rahmen der Freikirchenforschung ein Raum, der ein Thema in einem so weiten Horizont entwickeln kann?“, gab Voigt zu bedenken.

Ähnlich sei es auch mit dem Herbstthema 2014 „Die Freikirchen zwischen politischer Duldung und religiöser Freiheit“ gewesen. Landeskirchliche und freikirchliche Referenten hätten im Vorfeld des Reformationsgedenkens ihre Erfahrungen zum Thema eingebracht. Zuletzt ging es im März 2015 um „Kirchenwechsel – ein Tabuthema der Ökumene?“. Der verantwortliche VFF-Beirat wäre immer darum bemüht, Referenten aus sehr unterschiedlichem Hintergrund zu gewinnen: „Natürlich aus allen Freikirchen, teilweise auch international engagierte Spezialisten.“ Regelmäßig stünden auch Lutheraner, Katholiken und Reformierte auf dem Programm. „Alle zusammen eröffnen ein weites Spektrum mit vielen ungeahnten Einsichten“, betonte Karl Heinz Voigt.

Herbsttagung 2015

Bei der Herbsttagung am 26. und 27.9.2015 in der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg werde nicht nur das 25-jährige Jubiläum des Vereins für Freikirchenforschung gefeiert, sondern auch „Bilanzen und Perspektiven der

Freikirchenforschung“ gezogen, informierte Reimer Dietze, Erzhausen bei Frankfurt/Main, Geschäftsführer des VFF. Dabei gehe es um Themen, wie „Freikirchen in römisch-katholischer Sicht“, „Adventistische Geschichtsforschung“, „Pfingstkirchenforschung“, „Die Erforschung ‚neuer‘ Freikirchen“, „Methodistische Geschichtsforschung“ und „Perspektiven aus der Historiographie der Gemeinschaftsbewegung“. Weitere Informationen zum VFF im Internet unter <http://www.freikirchenforschung.de/>

Adventistische Gruppe im Emirat Fudschaira/VAE gegründet

Laut einem Bericht der adventistischen Kirchenleitung in Beirut/Libanon, die für den Mittleren Osten und Nordafrika (MENA) zuständig ist, haben 25 ausländische Adventisten, vorwiegend Gastarbeiter aus Südostasien und Afrika, die im Emirat Fudschaira arbeiten, eine kirchliche Gruppe gegründet. Eine adventistische Kirchengemeinde wird die Gruppe erst ab einer gewissen Mitgliederzahl und nach der Zustimmung der zuständigen Kirchenleitung.

„Geht im Glauben voran“, ermutigte Pastor Steven Manoukian, Präsident der adventistischen Kirchenleitung im Golf-Feld, die Gläubigen. Der auf die Bibel gegründete Glauben verändere Leben, „das eigene Leben, aber auch jenes der Mitmenschen“.

Adventisten im Emirat Fudschaira

Das Emirat Fudschaira ist 1.165 Quadratkilometer groß und hat rund 152.000 Einwohner. Ab 2002 hätten sich die Adventisten im Emirat Fudschaira jeweils am Freitag versammelt, sagte die Leiterin der neu gegründeten kirchlichen Gruppe, Lorraine Bayot. Das Wochenende sei damals in den VAE-Staaten auf Donnerstag und Freitag festgesetzt gewesen. 2006 hätten die Emirate das Wochenende auf Freitag und Samstag verlegt, sodass sich die Adventisten weiterhin am Freitag versammelt hätten. Einige hätten zusätzlich den adventistischen Gottesdienst am Samstagmorgen im 30 Kilometer entfernten Dubai besucht. Die evangelische Freikirche der Adventisten feiert den biblischen Ruhetag am Samstag (Sabbat). Ab 2009 habe sich die zunehmende Zahl der Adventisten im Emirat Fudschaira am Samstagmorgen in der Wohnung eines Kirchenmitglieds versammelt, dann in einem gemieteten Raum und später im Hotel Concorde, berichtete die amerikanische Kirchenzeitschrift Adventist Review.

Adventisten in den Vereinigten Arabischen Emiraten

Zur adventistischen Kirchenleitung im Golf-Feld gehören die Staaten Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Vereinigte Arabische Emirate (VAE) sowie Jemen. Im Golf-Feld gibt es 16 adventistische Kirchen und fünf kirchliche Gruppen, davon sind acht Kirchgemeinden und zwei Gruppen in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Im Golf-Feld sind sieben adventistische Pastoren tätig. Umm al-Qaiwain ist das einzige Emirat der VAE ohne adventistische Gruppe oder Kirchgemeinde. Die dort lebenden Adventisten versammelten sich im nahegelegenen Emirat Ra's al-Chaima. Die adventistische Kirche in Ra's al-Chaima, am Hauptsitz der adventistischen Kirchenleitung der Golfregion, bietet 1.000 Gottesdienstbesuchern Platz.

In den sieben Vereinigten Arabischen Emiraten leben 5,47 Millionen Einwohner. Davon sind rund 80 Prozent Arbeitsimmigranten, vorwiegend Asiaten, aus denen sich auch die überwiegende Mehrheit der Adventisten in der Föderation der VAE zusammensetzt.

Flüchtlinge beim Deutschkurs der Theologischen Hochschule Friedensau

Für den neunmonatigen Intensivkurs „Deutsch als Fremdsprache“ hätten sich wie in jedem Jahr junge Leute aus aller Welt an der Hochschule eingeschrieben. Die Kursteilnehmer bereiteten sich damit auf ein Studium in Deutschland vor, teilte Andrea Cramer, Pressesprecherin der Hochschule mit. Sie kämen aus den USA, aus Ungarn, Frankreich, Laos, Mexiko, Peru, Korea und Bosnien-Herzegowina. Zusätzlich würden nun drei Flüchtlinge aus Syrien und einer aus dem Irak den Kurs besuchen. In kleinen Lerngruppen werde mit aktuellen Lernmaterialien in einem modernen Sprachlabor unterrichtet. Exkursionen zu den Lutherstätten und in nahegelegene Großstädte rundeten das Kursprogramm ab. Laut Cramer solle dadurch Deutsch nicht nur theoretisch begriffen, sondern auch in der Praxis angewendet werden können.

Auf die Erhebung von Gebühren verzichte die Theologische Hochschule bei den vier Flüchtlingen. Allerdings seien die Kosten für Lehrmaterialien, Exkursionen und das Mittagessen in der Mensa nur teilweise finanziert, die Kosten der Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Burg bei Magdeburg, wo die Migranten wohnen, nach Friedensau gar nicht. Deshalb rufe die Friedensauer Hochschul-Stiftung zu einer Spende auf.

Weibliche Genitalverstümmelung – ein weltweites Problem

150 Millionen Frauen und Mädchen betroffen

Weibliche Genitalverstümmelung, englisch „Female Genital Mutilation“ (FGM), sei ein grausames und leider weit verbreitetes Ritual, informierte der Leiter des „Desert Flower Center“ Waldfriede, der Chefarzt und Ärztliche Direktor des Krankenhauses, Professor Dr. med. Roland Scherer, in seinem Impulsvortrag. Alle elf Sekunden werde weltweit ein Mädchen durch die sogenannte rituelle Beschneidung der Genitalien verstümmelt. Jeden Tag teilten 8.000 Mädchen dieses Schicksal. Global seien nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) etwa 150 Millionen Frauen und Mädchen beschnitten. FGM geschehe nicht nur in bestimmten Regionen Afrikas, sondern auch in einigen Ländern Asiens. Durch die Migration käme dieses Problem auch nach Nordamerika, Europa und Australien. Selbst in Deutschland einschließlich Berlin lebten bis zu 50.000 Opfer.

Zehn Prozent der Mädchen sterben

Bei der Genitalverstümmelung würden einem Mädchen im Alter von vier bis zwölf Jahren die Klitoris sowie häufig auch die inneren und äußeren Schamlippen abgeschnitten. Die Beschneidung werde von professionellen Beschneiderinnen, traditionellen Hebammen oder Großmüttern durchgeführt. Diese hätten kaum medizinische Kenntnisse. Die etwa 15 Minuten dauernde Prozedur geschehe ohne Narkose und völlig unhygienisch. Zehn Prozent der Mädchen würden deshalb an den unmittelbaren Folgen und weitere 25 Prozent an langfristigen Komplikationen von FGM sterben. Das sehr alte Ritual gehe auf

die Pharaonenzeit in Ägypten zurück und sei schon an Mumien aus dem 17. Jahrhundert v. Chr. nachweisbar.

Ganzheitliche Hilfe im „Desert Flower Center“ Waldfriede

Das „Desert Flower Center“ Waldfriede in Berlin-Zehlendorf wurde am 11.9.2013 als weltweit erste Einrichtung eröffnet, die genitalverstümmelte Frauen ganzheitlich versorgt. Schirmherrin des Centers ist das ehemalige Model Waris Dirie. Seit 2002 setzt sie sich mit ihrer „Desert Flower Foundation“ in Wien für die Rechte afrikanischer Frauen und gegen das Ritual der Beschneidung ein.

Bei den medizinischen Eingriffen gehe es laut Scherer um die Behandlung von Komplikationen nach FGM, wie Vernarbungen, Scheiden-Darm-Fisteln, Scheiden-Blasen-Fisteln, Schließmuskelverletzungen sowie Harn- und Stuhlinkontinenz. Auch die Plastische Wiederherstellungschirurgie zur Rekonstruktion der Klitoris und des äußeren Genitales sei im „Desert Flower Center“ möglich, ebenso eine psychosoziale Betreuung und Beratung. Neben Fachärzten der Bereiche Proktologie und Urogynäkologie des Krankenhauses „Waldfriede“ arbeite im Bereich Plastische Chirurgie Dr. med. Uwe von Frischen, Chefarzt der Klinik für Plastische und Ästhetische Chirurgie, Helios Klinikum Emil von Behring, Berlin, im „Desert Flower Center“ mit. Scherer gab allerdings zu bedenken: „Wir können die Verstümmelungen der Frauen nicht vollständig rückgängig machen, aber wir können ihnen Lebensqualität zurückgeben.“ In den beiden letzten Jahren seien in „Waldfriede“ etwa 70 Frauen operiert worden.

Die ärztliche Koordinatorin im „Desert Flower Center“, die Oberärztin für Chirurgie Dr. med. Cornelia Strunz, berichtete, dass sich von den 81 Frauen, welche seit Eröffnung zu ihrer Sprechstunde kamen, nur etwa die Hälfte operieren ließ. Die meisten seien traumatisiert. Deshalb stünde für sie auf Wunsch auch ein Team mit einer Psychotherapeutin, einer Pädagogin, einer Seelsorgerin sowie Beraterinnen und Dolmetscherinnen bereit. Monatlich treffe sich eine Selbsthilfegruppe.

Ohne Beschneidung eine Außenseiterin

„Wenn du nicht beschnitten bist, bist du keine Frau, sondern ein kleines Mädchen. Kein Mann wird dich heiraten.“ Mit diesen Worten werde in bestimmten Kulturen Druck ausgeübt, betonte die aus Kenia stammende Mitarbeiterin im „Desert Flower Center“, Evelyn Brenda. Sie betreut zudem in Kaijado/Kenia ein Internat, das 170 Mädchen Zuflucht vor Beschneidung und Zwangsheirat sowie eine Schulbildung ermöglicht. Um hier ein Umdenken zu bewirken, müssten alle Familienmitglieder einschließlich der Männer mit einbezogen werden. Wo sich durch schulische Bildung und Aufklärung die Stellung der Frauen verbessere, könne die Genitalverstümmelung zurückgedrängt werden. Sie selbst sei als einzige Frau ihrer Familie von diesem Ritual verschont geblieben, weil ihr Vater es nicht wollte. „Dafür bin ich ihm noch heute unendlich dankbar“, betonte sie. Dennoch gelte sie in der eigenen Verwandtschaft als Außenseiterin.

Andere Afrikanerinnen berichteten, was es für sie bedeute, sich nach der Operation wieder als Frau zu fühlen. Sie wiesen darauf hin, dass FGM eine so tief verwurzelte Tradition sei, dass sie auch in Deutschland praktiziert werde. Dazu kämen sogar Beschneiderinnen aus Afrika, um die Genitalverstümmelung heimlich durchzuführen. Oder das Mädchen werde zu Verwandten in ihr Heimatland geschickt, um dort beschnitten zu werden. Doch das gelte als Tabuthema und darüber würde nicht gesprochen. So sei es kaum denkbar, dass etwa eine Mutter die Beschneiderin bei den Behörden anzeige. Sie würde aus ihrer Familie ausgestoßen und hätte auch keinen Zugang mehr zu ihren Kindern.

Die Politik ist gefordert

Der Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann (CDU), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, sagte: „Man steht dieser Situation fassungslos gegenüber. Ein Kind wird von Deutschland ins Ausland gebracht, um beschnitten zu werden!“ Hier sei die Politik gefordert. Er informierte, dass das Bundesministerium

für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Strategien gegen Genitalverstümmelungen entwickle. So sollen beispielsweise Organisationen in Afrika finanziell unterstützt werden, die über FGM in den Dörfern aufklärten.

Frank Schwabe, Bundestagsabgeordneter und Menschenrechtspolitiker der SPD, wies darauf hin, dass in Deutschland FGM ein Verbrechen sei und bestraft werde. Auch das Kind ins Ausland zur Beschneidung zu schicken sei strafbar.

Strafe allein werde aber das nicht Problem lösen, gab die Staatssekretärin für Integration und Frauen des Landes Berlin, Barbara Loth (SPD), zu bedenken. Zwar sollten Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, bereits in den Flüchtlingsheimen darüber informiert werden, dass sie sich strafbar machen, wenn sie weiterhin FGM praktizieren, doch gehöre mehr dazu, um eine jahrtausendalte Tradition zu überwinden. Es sei hierbei sehr viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten waren sich die Politiker einig.

„Waldfriede“ mit umfangreichem Angebot

Das 160-Betten Krankenhaus „Waldfriede“ in Berlin-Zehlendorf ist akademisches Lehrkrankenhaus der Charité-Universitätsmedizin Berlin und behandelt jährlich etwa 13.000 Patienten stationär und 48.000 ambulant. Neben elf Fachabteilungen gehört zu „Waldfriede“ ein ambulanter häuslicher Pflegedienst (Sozialstation), eine Kurzzeitpflege, die Akademie für Gesundheits- und Krankenpflege, das Projekt „Babywiege“ (Babyklappe) für Mütter in Not sowie eine Kindertagesstätte. Schon 1993 entstand das Gesundheitszentrum „PrimaVita“ mit präventiv-medizinischem und gesundheitsförderndem Auftrag als erste krankenhauseigene Einrichtung ihrer Art in Deutschland. Das Krankenhaus ist unter anderem Mitglied im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz sowie Teil des weltweiten „Adventist Health System“ der Siebenten-Tags-Adventisten. Weitere Informationen unter www.waldfriede.de

ADRA unterstützt Flüchtlinge in Syrien, Libanon und im Nordirak

Nordirak: Projekt für Unterkunft und Mietunterstützung

Das Büro von ADRA Kurdistan wurde am 2.12.2014 in Erbil, Hauptstadt des teilautonomen kurdischen Gebiets im Nordirak, eröffnet. Es arbeiten neben den ADRA-Mitarbeitern auch sieben Freiwillige mit. In Derin können 350 Binnenflüchtlinge in den vom Hilfswerk ausgewählten Geschäften ADRA-Gutscheine einlösen.

Im gebirgigen Pirmagrun hat ADRA ein Projektbüro eingerichtet. 900 Flüchtlingsfamilien sollen dort ab Mitte September Hygieneschulung und Sozialberatung sowie später auch ADRA-Gutscheine erhalten. Bis zum Projektende, Mitte Januar 2016, sollen rund 2.000 Binnenflüchtlingsfamilien, die nicht in Lagern leben, psychosoziale Begleitung sowie Mietzuschüsse erhalten.

Freizeitbeschäftigung, Sprachkurse und Mikrokredite

Im Binnenflüchtlingslager Baharka, am Stadtrand von Erbil, stellt ADRA Kurdistan vier Frauen moderne Nähmaschinen zur Verfügung, um ihnen den Aufbau eines Geschäfts zu ermöglichen. In den Sommermonaten nahmen im Lager auch 450 Kinder an spielerischen, musischen und kulturellen Freizeitaktivitäten teil. 94 Erwachsene lernten in einem Sprachkurs Kurdisch.

Situation der Binnenflüchtlinge im Nordirak

Nach Angaben des UNO-Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten OCHA ist die Bereitstellung von Trinkwasser für die Binnenflüchtlinge im Nordirak ein vordringliches Anliegen. Zudem habe das UNO-Welternährungsprogramm WFP den Wert der 83.000 monatlichen Essensgutscheine für Flüchtlinge, die im Gouvernement Erbil und Sulaimaniyya verteilt würden, mangels Gelder von 26 auf 16 US-Dollar im Monat reduzieren müssen. Eine Million Flüchtlingskinder im Nordirak seien Schulkinder. 70 Prozent von ihnen hätten ein Schuljahr verpasst, so OCHA.

ADRA MENA hilft in Syrien und im Libanon

Laut einem Bericht von ADRA Mittlerer Osten und Nordafrika (MENA) arbeiten für das Hilfswerk in Syrien und im Libanon 18 Mitarbeitende aus sieben Ländern. Das ADRA-Projektvolumen in diesen zwei Ländern betrage für 2015 rund 1,6 Millionen US-Dollar (1,4 Millionen Euro).

Syrien: Fertigstellung von Häusern im Rohbau

Das Hilfswerk unterstütze 350 Binnenflüchtlingsfamilien in Jdeidet, Artouz und Karahta, außerhalb der Hauptstadt Damaskus/Syrien, durch die Fertigstellung von Rohbauten und deren Anschluss an die Kanalisation. Gleichzeitig würden Erwachsene und Kinder auf die Wichtigkeit von Hygienemaßnahmen hingewiesen, um Krankheiten zu vermeiden. Weil das Stromnetz zerstört sei, würden den Flüchtlingen auch Generatoren bereitgestellt, schrieb ADRA MENA. Partnerhilfswerk ist ADRA Dänemark.

Libanon: Schulunterricht für Flüchtlingskinder

In einem geschützten Lernumfeld sollen in Beirut/Libanon im Herbst und Winter 120 traumatisierte Flüchtlingskinder die Schule besuchen können, um später ins libanesische Schulsystem wechseln zu können. Psychosoziale Aktivitäten mit 60 libanesischen Kindern, jeweils am Freitag, sollen den 120 Flüchtlingskindern helfen, den seelischen Stress zu lösen und ihnen die Integration erleichtern. Partnerhilfswerk ist Japan Plattform.

Weltbildungstag – „Investition in Bildung bringt beste Zinsen“

„Eine Investition in Wissen bringt noch immer die besten Zinsen“, sagte Benjamin Franklin (1706 – 1790), US-amerikanischer Politiker und Wissenschaftler. In den letzten 15 Jahren sei dank der acht Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen viel erreicht worden, schreibt ADRA Schweiz. Demnach sollte bis 2015 sichergestellt sein, dass Mädchen und Jungen eine Primarschulbildung abschließen könnten. Dennoch bleibe der Zugang zu Bildung für einen Teil der Kinder und vor allem für Mädchen in vielen Ländern erschwert, so ADRA.

Bildung sei für die Arbeit des Hilfswerks einer der drei thematischen Schwerpunkte. ADRA Schweiz helfe, den Zugang zu Bildung zu verbessern. Gefährdete Kinder sollen damit vor Ausbeutung oder Marginalisierung – dem Abdrängen an den Rand der Gesellschaft – geschützt werden.

Kurzvideo zum Weltbildungstag

Das zum Weltbildungstag vom 8. September veröffentlichte Kurzvideo von ADRA wolle aufzeigen, welche Probleme bezüglich Bildung am ehesten auftreten würden und wie das Hilfswerk diesen begegne. Link zum Video: <http://ow.ly/RS6DQ>

Adventisten in der Schweiz wählen Kirchenleitung

Die 4.537 erwachsen getauften Adventisten in der Schweiz sind nach Sprachzugehörigkeit in zwei Vereinigungen aufgeteilt: in die „Deutschschweizerische Vereinigung“ DSV mit Sitz in Zürich und in die „Fédération de la Suisse Romande et du Tessin“ FSRT mit Sitz in Renens. Beide Verwaltungsregionen bilden gemeinsam die Schweizer Union, die nationale Kirchenleitung. Alle fünf Jahre findet eine Generalversammlung mit Delegierten aus den Gemeinden statt, welche den Vorstand und die Geschäftsleitung wählt sowie die Berichte entgegen nimmt.

Neue Geschäftsleitung

Als Präsident der Schweizer Adventisten wurde Pastor Günter Maurer gewählt, der gleichzeitig auch Präsident der Adventisten in der Deutschschweiz ist. Exekutivsekretär wurde Pastor David Jennah, der als Präsident der Adventisten in der welschen Schweiz sowie im Tessin amtiert. Jean-Luc Waber wurde zum Finanzchef gewählt, der in dieser Funktion auch in der Deutschschweizerischen Vereinigung tätig ist.

Die Statuten der Schweizer Union schreiben vor, die Aufgaben der Geschäftsleitungsmitglieder auf Unionsebene mit Geschäftsleitungsmitgliedern der beiden Vereinigungen zu besetzen. Zudem besteht eine Absprache zwischen beiden Vereinigungen, dass das Amt des Präsidenten sowie des Exekutivsekretärs der Schweizer Union alle fünf Jahre zwischen den jeweiligen Vereinigungspräsidenten wechselt, sagte Günther Maurer.

Neuer Vorstand mit drei Frauen

In den achtköpfigen Vorstand der Schweizer Union der Siebenten-Tags-Adventisten wurden auch drei Frauen gewählt. Neben den Mitgliedern der Geschäftsleitung gehören dem Vorstand folgende Personen an: Silvana Gasser, Anneliese Béal und Rickson Nobre (FSRT) sowie Evelyn Studer und Martin Wälti (DSV).

Mitgliederzahl der Adventisten in der Schweiz ist leicht gewachsen

Laut dem Bericht des ehemaligen Exekutivsekretärs ist die Zahl der Adventisten in der Schweiz in den vergangenen fünf Jahren um 227 Personen gewachsen. Dies sei aber primär „Transferwachstum“ und stamme daher, dass mehr Adventisten aus dem Ausland zugewandert als ausgewandert seien. Ende 2014 gab es in der Schweiz 4.537 erwachsene getaufte Mitglieder, die jeweils am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, in rund 50 Gemeinden Gottesdienst feiern.

Einige Hundert Kinder und Jugendliche sind in der Mitgliederzahl nicht enthalten, da die protestantische Freikirche keine Kinder tauft, sondern ihnen die Entscheidung zum Kirchenbeitritt in einem Alter überlässt, wenn sie sich selbst entscheiden können. Weltweit gehören über 18,5 Millionen Personen der Kirche an.

Institutionen und Werke der Adventisten in der Schweiz

Die Adventisten in der Schweiz führen die „Privatschule A bis Z“ in Zürich, zwei Jugendhäuser, in St. Stephan und Les Diablerets, drei Alters- und Pflegeheime in Epalinges, Krattigen und Oron, sowie zwei Altenwohnheime in Gland und Krattigen, den Advent-Verlag in Krattigen sowie eine Versandstelle für französische Bücher in Renens. Im Weiteren unterhalten sie das „Internationale Bibelstudieninstitut“ (IBSI) und das Religionspädagogische Institut (RPI) in Zürich sowie das „Institut d'Etude de la Bible par Correspondance“ (IEBC) in Renens. In Gland befindet sich die Klinik „La Lignière“, spezialisiert auf Rehabilitation bei Herz-Kreislaufkrankungen.

Ausbildung für Pastoren und Pastorinnen

Die Pastoren und Pastorinnen der Deutschschweiz werden vor allem am „Theologischen Seminar Bogenhofen“ in Oberösterreich ausgebildet, das von den Adventisten in der Deutschschweiz und Österreich gemeinsam getragen wird. Die Pastoren der welschen Schweiz lassen sich vorwiegend am „Campus Adventiste du Salève“ in Frankreich ausbilden.

Zu den gesamtschweizerischen Werken zählt die „Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe“ ADRA Schweiz mit Sitz in Zürich. Der „Adventistische Pressedienst“ APD Schweiz, Basel, richtet seine Dienste vor allem an die säkularen sowie kirchlichen Medien. Die Schweizerische „Liga Leben und Gesundheit“, Zürich, bietet mit ihren Seminaren in rund 40 Ortsgruppen ganzheitliche Gesundheitsförderung an: körperlich, seelisch, spirituell und sozial.

Ökumenische Kontakte

Die Adventisten sind Mitglied der Schweizerischen Bibelgesellschaft (SB) und haben den Gaststatus in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz (AGCK-CH). In sieben kantonalen Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen (AG, BL/BS, GE, SH, TI, VD, ZH) sind sie Mitglieder oder haben den Gaststatus.

**ADRA Slowenien sendet
Hilfsgüter per Zug nach**

Belgrad

ADRA Slowenien konnte am 28. August 2,5 Tonnen Hilfsgüter für Flüchtlinge per Flugzeug auf die griechische Insel Lesbos fliegen lassen, da Adria Airways und weitere Beteiligte sämtliche Kosten übernommen hatten. In Molinos, auf Lesbos, hat ADRA Slowenien Freiwillige, die den Flüchtlingen die Hilfsgüter verteilen und beistehen.

Zuvor und danach waren in einer landesweiten Sammlung, die auch vom slowenischen Fernsehen unterstützt wurde, mehr als 16 Tonnen Kleider, Schuhe, Schlafsäcke, Zelte, Decken, Kinderwagen, Hygiene- und Toilettenartikel zusammengekommen. Davon konnte ADRA Slowenien am 4. September 9,4 Tonnen per Zug von Ljubljana zu ADRA Serbien in Belgrad transportieren lassen. Die Frachtkosten sind nach Angaben von ADRA Slowenien von den slowenischen Staatsbahnen übernommen worden. ADRA Serbien hat gemeinsam mit dem UNHCR am 24. August neben dem Eisenbahn- und Busbahnhof in Belgrad ein Asyl-Informationszentrum eröffnet, wo die Hilfsgüter an die Flüchtlinge verteilt werden.

„Wir haben noch weitere sechs Tonnen Hilfsgüter, die wir noch nicht weiterleiten konnten“, sagte Maja Ahac, Geschäftsleiterin von ADRA Slowenien. Wie sie die restlichen Hilfsgüter zu den Flüchtlingen bringen könne, wisse sie noch nicht, denn die Transportkosten seien sehr teuer. Sie halte aber schon aktiv Ausschau nach Spendern oder Projektpartnern.

Vorbereitet für Flüchtlinge in Slowenien

Auch in Slowenien würden in den kommenden Tagen Flüchtlinge erwartet. Gemeinsam mit anderen slowenischen NGOs würden entsprechende Vorbereitungen getroffen. ADRA sei zuständig für Non-Food-Produkte, Hygiene-Kits, die Kommunikation über Social Media und psychosoziale Begleitung.

Koordination von ADRA-Projekten auf der Westbalkan-Route

In Belgrad habe sie Igor Mitrovic, Geschäftsleiter der Partnerorganisation ADRA Serbien, getroffen, so Maja Ahac, um weitere Projekte für Flüchtlinge auf der Westbalkan-Route zu besprechen, die sie möglicherweise mit ADRA Mazedonien und ADRA Griechenland verwirklichen könnten.

„Wir leben jenseits des Gartens Eden“

Deutschland ist kein Paradies

Für viele Flüchtlinge sei Deutschland ein Paradies. Doch hier angekommen, hörten sie auch die Rufe: „Ihr habt hier nichts zu suchen!“, gab die evangelisch-methodistische Bischöfin und stellvertretende Vorsitzende der ACK Deutschland, Rosemarie Wenner (Frankfurt/Main), in ihrer Predigt zu bedenken. Borna habe die ACK gewählt, weil sich dort besonders zeige, wie eine geschundene Natur wieder verändert werden könne. Nach vielen Jahren des Braunkohletagebaus wurde die Landschaft um Borna durch Renaturierungsprojekte in das Naherholungsgebiet „Leipziger Neuseenland“ verwandelt.

Allerdings habe die Renaturierung auch die Grenzen des menschlich Machbaren aufgezeigt und neue Probleme geschaffen, da viele ihre Arbeitsplätze im Braunkohletagebau verloren. „Wir sind nicht angekommen im Paradies“, stellte Bischöfin Wenner fest. „Wir leben jenseits des Gartens Eden.“ Die Schöpfung leide, sagte Wenner in Anlehnung an eine Passage aus dem Römerbrief des Apostels Paulus. „Das Wunderwerk der Schöpfung ist nicht nur vom natürlichen Kreislauf von Werden

und Vergehen gekennzeichnet, es ist auch durch den Größenwahn und Eigennutz der Menschen bedroht“, so die Bischöfin. Neues Leben breche sich dort Bahn, wo Menschen die Natur achten sowie große und kleine Schritte unternehmen, sie zu bewahren. „Wir Menschen schaffen aber keine paradiesischen Zustände. Wir sind ja nicht die Herren der Schöpfung, auch wenn Gott uns schöpferische Fähigkeiten gegeben hat.“ Das eigentliche Paradies werde Gott noch schaffen, wenn Jesus wiederkommt. „Christen rechnen mit der Erneuerung und handeln in der Hoffnung, dass Gott auch aus unserem unvollkommenen Leben etwas Ganzes macht.“

Den Schöpfer loben, die Schöpfung bewahren

Seit dem Jahr 2010 feiert die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland jährlich am ersten Freitag im September einen „Ökumenischen Tag der Schöpfung“. Er geht auf eine Anregung des damaligen Ökumenischen Patriarchen und Ehrenvorstehers der orthodoxen Christenheit, Dimitrios I. (1914-1991), zurück, einmal im Jahr „gemeinsam zum Schöpfer zu beten“. Dieser Tag wird bundesweit begangen und regt dazu an, das Lob des Schöpfers als Christen gemeinsam anzustimmen und gleichzeitig die eigenen Aufgaben für die Bewahrung der Schöpfung in den Blick zu nehmen. In den Gemeinden kann der Schöpfungstag auch an einem anderen Tag innerhalb des Zeitraums vom 1. September bis 4. Oktober gefeiert werden.

Die ACK in Deutschland hat das Grundlagenheft „Gottes Schöpfung feiern – Ökumenischer Tag der Schöpfung“ überarbeitet und neu herausgegeben. Darin wird Geschichte und Anliegen des Schöpfungstages erläutert. Das Heft enthält zudem Materialien für die eigene Vorbereitung und Durchführung von Gottesdiensten sowie Ideen für die Gestaltung der Schöpfungszeit.

Weitere Informationen: www.schoepfungstag.info

Heilsarmee hilft Flüchtlingen

Unterkünfte

So habe die Gemeinde der Heilsarmee in **Leipzig** zehn Syrer und zwei Iraker in ihren Räumlichkeiten untergebracht und biete darüber hinaus verschiedene Programme wie Fußballturniere, ein Spielmobil und Deutschkurse an. Ein weiteres Angebot sei der Transport von Sachspenden und Möbeln in Flüchtlingsunterkünfte und -wohnungen. Allein im August seien etwa 50 Familien mit Kleidung, Möbel, Haushaltswaren und Transporten unterstützt worden.

In **Naumburg** habe die Heilsarmee eine syrische Familie in einer zuletzt leer stehenden Wohnung einquartiert, die sonst für die Suchthilfe-Arbeit genutzt werde. Die Gemeinde habe zudem in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche in ihren Räumlichkeiten das „Café Miteinander“ eröffnet, wo Netzwerktreffen der Flüchtlingsarbeit stattfänden und auch die Flüchtlinge selbst willkommen wären.

In **Dresden** wohnten in einem von der Heilsarmee betriebenen Übergangwohnheim ebenfalls Flüchtlinge. Hier seien zwei obdachlose Syrer untergebracht. Auch im Wohn- und Übernachtungsheim in **Göttingen** würden auf Anfrage des Jugendamtes gerade drei Doppelzimmer für sechs unbegleitete minderjährige Flüchtlinge eingerichtet, die vorwiegend aus Afghanistan stammten. Die Heilsarmee-Gemeinde **Chemnitz-Kaßberg** habe der Kommune angeboten, eine sozialpädagogisch begleitete Wohngruppe für jugendliche Flüchtlinge einzurichten. In **Gelsenkirchen** habe die Heilsarmee der Stadt eine leer stehende Wohnung für eine Familie angeboten.

Sprachkurse und weitere Angebote

Hilfe beim Erlernen der deutschen Sprache gehöre ebenfalls zum Programm der Heilsarmee. So stelle die Gemeinde in **Guben** kostenlos ihre Räume für einen Deutsch-Sprachkurs zur Verfügung, den ein Rentner ehrenamtlich zweimal pro Woche für Flüchtlinge aus Eritrea und Syrien durchführe. In der Gemeinde **Köln** würden zwei Heilsarmee-Mitglieder mittwochs und freitags Flüchtlingen Deutschunterricht geben. Auch in **Barmstedt** engagiere sich die Heilsarmee beim Sprachunterricht sowie bei der Gestaltung von weiteren Freizeitaktivitäten.

„McTurtle“ ist das mobile Kinderprogramm der Heilsarmee. Das aus **Chemnitz** stammende Mitarbeitererteam veranstalte dieses Programm auch in **Greiz** und **Gera**. Hier würden Flüchtlingskinder aus Gemeinschaftsunterkünften abgeholt, sodass sie das Angebot nutzen könnten.

Nahrung und Kleidung

Flüchtlinge suchten auch zunehmend die bereits vorhandenen Angebote der Heilsarmee auf, stellte Majorin Marianne Meyner fest. Dazu zählten die verschiedenen Begegnungscafés und Wärmestuben, die Essens- und Lebensmittelausgaben sowie die Kleiderkammern und Second-Hand-Läden.

Auch das geistliche Angebot der Heilsarmee werde bei Bedarf mit wenig Aufwand an die Bedürfnisse von Flüchtlingen angepasst. An einem Sonntag im August habe beispielsweise die Gemeinde in **Düsseldorf** Besuch von 25 Flüchtlingen erhalten, die gerade erst in einer benachbarten Unterkunft eingetroffen waren. Spontan sei daraufhin der Gottesdienst in Deutsch und Englisch abgehalten worden. In **Solingen** hätten die Heilsarmee-Musiker ihre Probe ausfallen lassen, um ein Flüchtlingsheim zu besuchen und den Menschen dort ein wenig Freude zu bringen. Eine ähnliche Idee habe die Musikkapelle aus **Gelsenkirchen** gehabt, die in einem Flüchtlingsheim in **Herne** spielte. Dort werde die Heilsarmee auf Anfrage des Flüchtlingsausschusses der Stadt auch die „Familienwerkstatt“ anbieten, ein besonderes Programm für Familien, das Beratungsgespräche mit Erwachsenen sowie ein Kinderprogramm und gemeinsames Singen

umfasse.

Ausschüsse und Netzwerke

Die Heilsarmee sei in mehreren Orten in – zum Teil kommunalen – Ausschüssen und Netzwerken vertreten, die sich um die Flüchtlingshilfe kümmern, und kooperiere zudem mit weiteren Partnern, wie Hilfsorganisationen, Ämtern und Einrichtungen. So arbeite die Heilsarmee in **Leipzig** mit den Johannitern, dem Sozialamt und dem Flüchtlingsrat zusammen. In **Guben** sei sie im Netzwerk „Flucht und Migration“ vertreten, das unter anderem Begegnungsfeste für Bürger und Flüchtlinge organisiere. In **Herne** arbeite sie im Flüchtlingsausschuss mit und in **Barmstedt** in einer entsprechenden Arbeitsgruppe der Stadt. In **Bonn** engagierte sie sich in der Flüchtlingshilfe der Nordstadt.

Die Heilsarmee ist eine internationale Bewegung, die sich in 127 Ländern engagiert. Sie sieht ihre Aufgabe darin, das Evangelium von Jesus Christus zu predigen und menschlicher Not ohne Ansehen der Person zu begegnen. Sie hat nach eigenen Angaben weltweit mehr als 1,7 Millionen Mitglieder, etwa 26.000 Offiziere (Geistliche) und fast 108.000 Angestellte. In Deutschland zählt die Heilsarmee rund 1.450 Mitglieder.

BFP-Präsidium äußert sich zur Flüchtlingsituation

„Wir sind dankbar für unsere politisch Verantwortlichen, die sich intensiv um Lösungen auf allen Ebenen bemühen“, heißt es in dem „Wort“ an die Gemeinden. Auch für „eine breite Hilfsbereitschaft in unserer Bevölkerung“ wird gedankt.

Gemeinden des Bundes würden sich ebenfalls in der Flüchtlingshilfe engagieren. Sorge bereite dem Präsidium die fremdenfeindlichen Äußerungen und Handlungen in Deutschland.

Das BFP-Präsidium weist auf das Bibelwort Jesu in Matthäus 25,34 hin: „Ich war ein Fremder, und ihr habt mich in euer Haus eingeladen.“ Es ermutigt seine Gemeinden dem Flüchtlingsthema nicht angstbesetzt zu begegnen, sondern die damit verbundenen Herausforderungen als Chance zu sehen und im Rahmen der sich bietenden Möglichkeiten Hilfe zu geben. Deutschland sei zwar durch die aktuelle Situation herausgefordert, aber nicht überfordert. Gott habe „unser Land gesegnet“. Es wäre deshalb gut, von diesem Segen etwas weiterzugeben. Die Bibel fordere dazu auf, nicht müde zu werden Gutes zu tun. Das gelte allen Menschen gegenüber, unabhängig von Rasse, Sprache, Hautfarbe oder Religion.

Zum Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) zählen rund 52.000 Mitglieder in 778 Gemeinden. 291 davon (37,4 Prozent) sind Migrantengemeinden. Einschließlich der Kinder, Jugendlichen und regelmäßigen Gästen besuchten in Deutschland etwa 155.700 Personen die Gottesdienste des BFP.

ADRA Slowenien lieferte Hilfsgüter per Flugzeug nach Lesbos

„Die Bewohner von Slowenien sind für ihre Großzügigkeit bekannt“, sagte Maja Ahac, Geschäftsleiterin von ADRA

Slowenien. „Wenn Hilfe nötig ist, spenden sie.“ Die meisten Hilfsgüter seien von Menschen mit wenig Einkommen zur Verfügung gestellt worden, so Ahac, „das überrascht mich nicht wirklich, den sie wissen, wie es ist, wenn man in Not ist.“

Nach Angaben von ADRA Slowenien haben Jure Poglajen, Zahnarzt, und David Zorko, Tierarzt, auf der griechischen Insel Lesbos Ferien gemacht und die verzweifelte Situation der Flüchtlinge gesehen, denen niemand geholfen habe. Die beiden Ärzte hätten in Eigeninitiative medizinische Hilfe und Essen zur Verfügung gestellt und am 24. August ADRA Slowenien um Hilfsgüter gebeten. Gemeinsam mit dem Netzwerk slowenischer Hilfswerke, SLOGA, zu dem auch ADRA gehört, seien in nur zweieinhalb Tagen die Hilfsgüter gesammelt, sortiert, gepackt und am Nachmittag des 27. August auf dem Flughafen Ljubljana zum Abtransport bereitgestellt worden. Neben vielen Freiwilligen habe auch die slowenische Armee mit Militärlastwagen und Soldaten beim Transport der Hilfsgüter geholfen, und Adria Airways, die slowenische Fluggesellschaft, habe die Kosten der Flugfracht übernommen.

Spender von Hilfsgütern verursachten einen Verkehrsstau

Mittels Radio, Fernsehen, Zeitungen und Social Media habe ADRA Slowenien die Sammelaktion im ganzen Land gestartet. Neben Geldspenden seien von der Bevölkerung immens viele Hilfsgüter zum Hauptsitz des Hilfswerks in Ljubljana gebracht worden, sodass es auf einer Hauptstraße der Stadt einen Stau gegeben habe, so das Hilfswerk. Neben den elf ADRA-Sammelstellen in Slowenien hätten Bewohner in Eigeninitiative weitere zwölf Sammelstellen im Land eröffnet. Am Abend des ersten Sammeltages habe das Hilfswerk einen zusätzlichen Lagerraum mit 300 Quadratmetern mieten müssen, der mit Hilfsgütern gefüllt worden sei.

Güterwagen mit Hilfsgütern nach Belgrad

Die restlichen Hilfsgüter, die nicht nach Lesbos transportiert werden konnten, werden laut ADRA Slowenien in einer gemeinsamen Aktion mit ADRA Serbien am 3. September in einem

Güterwagon nach Belgrad/Serbien transportiert. Die slowenische Staatsbahn habe bereits zugesagt, die Kosten für den Transport zu übernehmen.
